



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Dezember 2015



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

27. November 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
Photographiee.eu – Fotolia (S. 5), Andy Ilmberger – Fotolia (S. 7),
Freepik (S. 10), tai111 – Fotolia (S. 13), CandyBox Images –
shutterstock (S. 14), Maksym Yemelyanov – 123rf (S. 15), hohl –
iStockphoto (S. 16), Calvste – shutterstock (S. 18), Africa Studio –
shutterstock (S. 20), Julia Kuznetsova – shutterstock (S. 21),
Ewais – Shutterstock (S. 22), Monkey Business Images –
shutterstock (S. 25), raphan Jampala – shutterstock (S. 27),
UBER IMAGES – Fotolia (S. 28), TuTheLens – Thinkstock (S. 29),
alexey_boldin – Fotolia (S. 31), BMWi/Susanne Eriksson (S. 32),
suphakit73 – iStockphoto (S. 35), Aveza Design – Fotolia (S. 36)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	11
Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen!.....	13
Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz.....	19
Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen.....	25
Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung.....	29
Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist.....	35
II. Wirtschaftliche Lage.....	39
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	40
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	42
III. Übersichten und Grafiken.....	53
1. Gesamtwirtschaft.....	54
2. Produzierendes Gewerbe.....	62
3. Privater Konsum.....	70
4. Außenwirtschaft.....	72
5. Arbeitsmarkt.....	74
6. Preise.....	76
7. Monetäre Entwicklung.....	80
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	82
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	84

Editorial



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die deutsche Wirtschaft ist trotz eines schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds in einer guten Verfassung. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung ist weiterhin robust. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit einer Rekordbeschäftigung und einer im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosigkeit setzt sich fort. Erstmals im wiedervereinten Deutschland sind die Reallöhne seit Anfang 2014 in sechs aufeinanderfolgenden Quartalen um mindestens 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Zudem hat der Bund im Jahr 2014 erstmals nach ununterbrochener Nettokreditaufnahme seit 1969 wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Im laufenden Jahr wird der Bund sogar Überschüsse erzielen, die zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben für die Flüchtlingszuwanderung im kommenden Jahr genutzt werden können.

Trotz dieser robusten konjunkturellen Lage ist die Wirtschaftspolitik heute mehr denn je gefordert. Zum einen, weil der außergewöhnlich hohe Zustrom von Schutzsuchenden Menschen und deren schnelle und umfassende Integration in Deutschland nur mit klugen Maßnahmen auf der Basis von soliden Staatsfinanzen gelingen kann. Zum anderen, weil eine nachhaltige Investitionsstrategie erforderlich ist, damit die deutsche Volkswirtschaft auch zukünftig im weltweiten Wettbewerb um die besten Ideen, Produkte und Talente bestehen kann. Dies gilt umso mehr, je weiter der technologische Wandel voranschreitet und je schwieriger es wird, die Fachkräftebasis in einer alternden Gesellschaft dauerhaft zu sichern. Es war deshalb richtig und wichtig, dass sich die Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt hat, die gesamtwirtschaftlichen Investitionen über den OECD-Durchschnitt zu heben.

In der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung bereits weitreichende Schritte unternommen, um die öffentlichen Investitionen zu erhöhen und das Investitionsklima in Deutschland zu verbessern. Dazu zählen insbesondere die finanzielle Entlastung von Kommunen und Ländern, die Einrichtung eines Sondervermögens für Investitionen in finanzschwachen Kommunen sowie zusätzliche Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Energieeffizienz und Klimaschutz. Zudem hat die Bundesregierung wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen ergriffen, etwa im Rahmen der EEG-Reform, der Digitalen Agenda 2014–2017 oder des Bürokratienteilungsgesetzes.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass dieser investitionsorientierte Kurs konsequent fortgesetzt wird. Dazu gehören bessere Rahmenbedingungen für effiziente öffentliche Investitionen, zum Beispiel die Schaffung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft für die Bundesfernstraßen und eines Kompetenzzentrums für kommunale Investitionsprojekte, wie sie die von mir im Sommer letzten Jahres berufene Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Fratzscher vorgeschlagen hat. Darüber hinaus sehe ich vor allem drei Ansatzpunkte, um das Investitionsklima in Deutschland nachhaltig zu stärken.

► **Forschung und Entwicklung:**

Mit einer FuE-Quote in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etwas unter drei Prozent liegt Deutschland zwar bereits über dem europäischen Durchschnitt. Einige wichtige Innovationsindikatoren, so z. B. die Innovationsintensität im Mittelstand, sind jedoch rückläufig. Die Expertenkommission hat uns deshalb darauf hingewiesen, dass wir mehr tun müssen, wenn wir auch künftig unser hohes Wohlstandsniveau durch produktive und gut bezahlte Arbeit sichern wollen. Ich bin überzeugt, dass wir uns das ehrgeizige Ziel setzen sollten, den Anteil der FuE-Ausgaben am BIP bis 2025 auf 3,5 Prozent zu steigern und weltweit wieder zu den Innovationsführern aufzurücken.

► **Digitalisierung:**

Die Digitalisierung verändert das Wirtschaften und Arbeiten in einem ähnlichen Tempo und mit vergleichbarer Tragweite wie die industrielle Revolution. Da der Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht überall wirtschaftlich ist, stellt die Bundesregierung für den Breitbandausbau ein Förderprogramm mit rund 2,1 Milliarden Euro bereit. Das Ziel, bis 2018 ein flächendeckendes Angebot von Netzen zu haben, die 50 Megabit pro Sekunde transportieren, ist richtig und notwendig. Dazu gehört der Ausbau des mobilen Breitbandnetzes entlang der Autobahnen und Fernstraßen, um eine leistungsfähige, ununterbrochene Echtzeit-Vernetzung der Fahrzeuge untereinander und mit der Infrastruktur zu ermöglichen sowie die Digitalisierungsprozesse in der Wirtschaft und zwischen den Unternehmen zu vernetzen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Dazu wollen wir eine gezielte Digitalisierungsoffensive im Mittelstand starten.

► **Bürokratieabbau:**

Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz haben wir insbesondere die Existenzgründer und die mittelständische Wirtschaft von Berichts- und Informationspflichten befreit. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen rund 744 Millionen Euro. Wir werden weiter prüfen, in welchen Bereichen wir durch den Abbau bürokratischer Belastungen für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger Freiräume für wirtschaftliches Handeln und Investitionen schaffen können. So zeigt ein Blick in die Geschichtsbücher, dass die Wertgrenze von 410 Euro für die Abschreibungsfreiheit geringwertiger Wirtschaftsgüter vor einem halben Jahrhundert festgelegt wurde und ihren Zweck, nämlich die Bürokratieentlastung schon lange nicht mehr erfüllt. Eine spürbare Anhebung wäre hier eine deutliche Hilfe gerade für kleine und mittlere Unternehmen.

Die aktuelle Ausgabe des Monatsberichts deckt ein sehr weites Spektrum wichtiger wirtschaftspolitischer Themen ab. Ich wünsche Ihnen wie immer viel Freude und neue Erkenntnisse bei der Lektüre!

Ihr

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

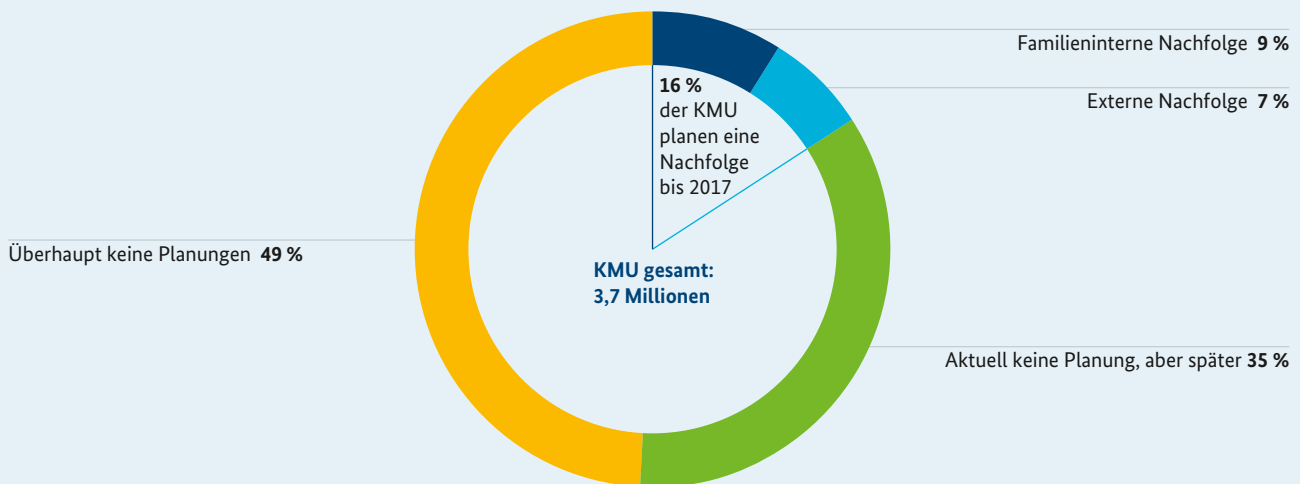
Unternehmensnachfolgebörse nexxt-change erleichtert den Generationswechsel im Mittelstand



Über ein Drittel aller Inhaber mittelständischer Unternehmen sind bereits 55 Jahre oder älter. Damit haben mehr als 1,3 Millionen Inhaberinnen und Inhaber ein Alter erreicht, in dem es nahe liegt, über die Zukunft des Unternehmens nach dem eigenen Ausscheiden nachzudenken. Durch den demografischen Wandel nimmt die Bedeutung von Unternehmensnachfolgen weiter zu. Nach Analysen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) planen bis 2017 rund 580.000 mittelständische Unternehmer die Weitergabe ihres Unternehmens. Weitere 35 Prozent, das sind noch einmal gut 1,3 Millionen, haben zwar keine aktuellen Planungen, sehen diese aber für einen späteren Zeitpunkt vor.

Um Unternehmer beim Generationswechsel zu beraten und zu unterstützen, haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und die KfW bereits 2006 gemeinsam mit bundesweiten Kooperationspartnern die Unternehmensnachfolgebörse nexxt-change eingerichtet. Seit 2006 haben über diese Internetplattform 12.000 Unternehmer ihre Nachfolger gefunden. Derzeit sind ca. 7.700 Verkaufsangebote und ca. 2.900 Kaufgesuche eingestellt. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) unterstützen die Plattform.

Abbildung 1: Nachfolgeplanungen im Mittelstand bis 2017



Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2014

In diesem Herbst haben das BMWi und die KfW die bundesweite Unternehmensnachfolgebörse inhaltlich und technisch umfassend überarbeitet. Die Internetplattform wurde um neue Servicefunktionen erweitert; Benutzerfreundlichkeit und Datensicherheit wurden erhöht. Zu den neuen Inhalten gehören beispielsweise Best-Practice-Beispiele, die zeigen, wie Unternehmensübergaben erfolgreich ablaufen können.

Über eine Onlinebörse auf [nexas-change](#) können Übergeber, Übernehmer und weitere Interessenten kostenlos Inserate einstellen; eine detaillierte Suchmaske hilft Interessenten bei der Suche nach für sie relevanten Unternehmensangeboten. Zusätzlich bietet die Internetplattform umfassende Informationen zum gesamten Ablauf einer Unternehmensübernahme, beispielsweise Hinweise zu Finanzierungsmöglichkeiten, Wertermittlung von Unternehmen, Checklisten zum Übernahmeprozess, Expertenkontakte und vieles mehr. Das Rückgrat der Börse bilden die derzeit rund 800 Regionalpartner, die den Unternehmen und Suchenden vor Ort bei allen Fragen und beim Einstellen der Inserate zur Verfügung stehen.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist es entscheidend, dass das in bestehenden Unternehmen vorhandene unternehmerische Know-how und die Arbeitsplätze nicht verloren gehen, wenn der „Staffelstab“ weitergereicht wird. Dieser einschneidende Schritt für das Unternehmen und die persönliche Zukunft des Betriebsinhabers müssen daher strategisch richtig und vor allem rechtzeitig vorbereitet werden.

Für gründungsinteressierte Menschen bietet eine Unternehmensübernahme eine attraktive Alternative zu einer Neugründung: Es ist der Einstieg in ein bewährtes Geschäftskonzept mit qualifizierten Mitarbeitern und bestehendem Kundenstamm. Die Unternehmensnachfolgebörse [nexas-change](#) bietet eine ideale Plattform, um beide Seiten miteinander in Kontakt zu bringen.

Übernehmerinnen und Übernehmer, die ein Unternehmen erwerben, können auf alle Angebote der Gründungsfinanzierung, vor allem aus dem ERP-Sondervermögen, z. B. ERP-Gründerkredit – StartGeld, zurückgreifen. Hier stehen langfristige und niedrig verzinsten Kreditangebote wie auch eigenkapitalverstärkendes Nachrangkapital zur Verfügung. Häufig fehlende Sicherheiten bei Gründern und Nachfolgern können über Haftungsfreistellungen und Übernahme von Bürgschaften durch die Bürgschaftsbanken verbessert oder ersetzt werden.

Ansprechpartner: Holger Maus
Referat: Unternehmensgründung

BMWi-Projekt „Die Destination als Bühne: Wie macht Kulturtourismus ländliche Regionen erfolgreich?“



Kulturtourismus ist ein Markenzeichen für das Reiseland Deutschland. Das vielfältige Kulturangebot zieht Touristen aus dem In- und Ausland an. Viele Städte nutzen diesen Trend bereits erfolgreich für ihre Vermarktung. Aber auch in ländlichen Regionen schlummert viel Potenzial. Denn Deutschland hat auch in der Fläche viel zu bieten. Dabei beschränkt sich die kulturelle Vielfalt nicht nur auf Museen, Theater, Schlösser und Burgen. Auch Tradition und Brauchtum in den Regionen bieten vielfältige Möglichkeiten für Entdeckungen und weitreichende Abwechslung.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMW) setzt sich dafür ein, das Potenzial in ländlichen Regionen künftig besser für den Tourismus zu erschließen. Denn als Motor für Wachstum und Beschäftigung ist der Tourismus gerade in ländlichen, oft strukturschwachen Räumen besonders wichtig: Touristen stärken die Nachfrage im örtlichen Einzelhandel. Sie nutzen den öffentlichen Nahverkehr, Schwimmbäder, Museen und Parks. So trägt der Tourismus dazu bei, örtliche Infrastruktur in ländlichen Regionen zu erhalten. Schließlich kann Tourismus auch helfen, das kulturelle Erbe in der Breite zu bewahren.

Bereits in den Jahren 2011 bis 2015 hat das BMWi unter dem Titel „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“ Handlungsempfehlungen zur Entwicklung des Tourismus in ländlichen Räumen erarbeitet. Diese wurden in so genannten „Roadshows“ bundesweit vorgestellt.

Daran knüpft das neue BMWi-Projekt „Die Destination als Bühne: Wie macht Kulturtourismus ländliche Regionen erfolgreich?“ an. Es wurde im Wege einer öffentlichen Ausschreibung vergeben und läuft von August 2015 bis März 2018. Auftragnehmer ist eine Bietergemeinschaft bestehend aus dem Deutschen Tourismusverband e. V. (DTV) und DIW Berlin, dwif-Consulting GmbH, KULTUREXPERTEN Dr. Scheytt GmbH, mediamare consulting GmbH sowie Sandstein Kommunikation GmbH. Mit dem Projekt greift das BMWi einen zentralen tourismuspolitischen Auftrag des Koalitionsvertrags auf.

Ausgehend von einem weit gefassten Kulturbegriff untersucht das Projekt das Potenzial von Kultur als Impulsgeber für den Tourismus in ländlichen Räumen und überführt es in die Praxis. Es werden nicht lediglich Leitfäden und Handlungsempfehlungen bereitgestellt, sondern erstmalig auch drei ländliche Regionen modellhaft „gecoacht“. Sie werden in die Lage versetzt, konkrete kulturtouristische Angebote zu entwickeln. So werden Umsetzungsbeispiele geschaffen, die später bundesweit auf möglichst viele Regionen übertragbar sind.

Die Auswahl der Modellregionen erfolgt sorgfältig auf Grundlage verschiedener Kriterien. Schlüsselparameter ist dabei eine Bevölkerungsdichte von unter 150 Einwohnern pro km² auf Basis der Definition des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumordnung für ländliche Regionen.

Neben weiteren quantitativen Parametern spielen aber auch qualitative Aspekte eine wichtige Rolle. In der Region muss z. B. eine kulturtouristische Grundsubstanz vorhanden sein. Als Basis für den Aus- und Aufbau von Netzwerken sollen zudem bereits Kontakte zwischen Touristikern und Kulturschaffenden vorhanden sein. Voraussetzung ist ferner, dass eine Region in dem „Coaching“-Prozess aktiv mitwirkt und bereit ist, gewonnene Erkenntnisse mit anderen Regionen zu teilen.

Aktuell läuft das Auswahlverfahren der Modellregionen: Anfang November 2015 wurden zunächst die nach den oben genannten quantitativen Parametern in Frage kommenden rund 100 ländlichen Reiseregionen schriftlich aufgefordert, sich mit einer Profilskizze als Modellregion zu bewerben. Anschließend wird aus allen Bewerberregionen eine Vorauswahl getroffen. In einem zweiten Schritt bereisen die Auftragnehmer die Regionen und „interviewen“ die Akteure vor Ort. Auf dieser Basis werden voraussichtlich Anfang 2016 die drei Modellregionen ausgewählt.

Die drei ausgewählten Regionen erhalten dann ein maßgeschneidertes „Coaching“. Ausgehend von den konkreten Herausforderungen vor Ort werden die Tourismus- und Kulturschaffenden darin unterstützt, konkrete vermarktungsfähige Angebote zu entwickeln. Das Coaching bezieht sich auf organisatorische und betriebswirtschaftliche Fragestellungen ebenso wie auf die Netzwerkbildung und Kommunikationsstrategie.

Die Erfahrungen in den Modellregionen werden Interessierten bundesweit an die Hand gegeben. Und das ist bereits während des Coachings möglich: Über eine digitale Dialogplattform können die Beteiligten an diesem Projekt ab 2016 ihre Erfahrungen untereinander und mit einer breiten Öffentlichkeit austauschen.

Kontakt: Petra Doms
Referat: Tourismuspolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Dezember 2015	
04.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
07./08.12.	Eurogruppe und ECOFIN
10.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.12.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Telekommunikation)
15.12.	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
17./18.12.	Tagung Europäischer Rat
Ende Dezember	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Januar 2016	
07.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
08.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
13.01.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14./15.01.	Eurogruppe und ECOFIN
28./29.01.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat in Amsterdam
Ende Januar 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Februar 2016	
02.02.	Informeller Handelsrat in Amsterdam
05.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
08.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11./12.02.	Eurogruppe und ECOFIN
11.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
18./19.02.	Tagung Europäischer Rat
29.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Februar 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

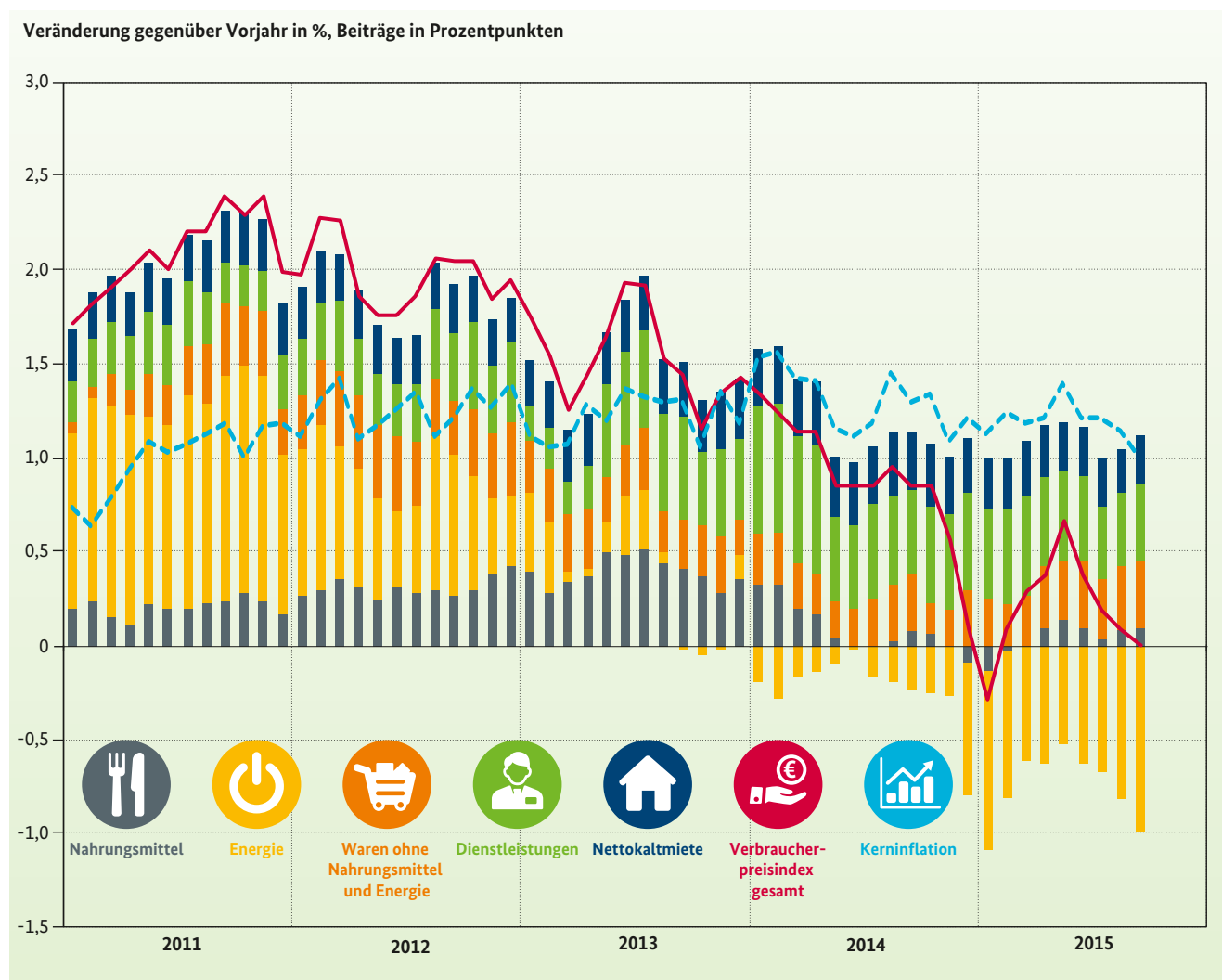


Grafik des Monats

Die Inflation in Deutschland ...

... wird derzeit maßgeblich vom starken Rückgang der Energiepreise geprägt. Seit Mitte des letzten Jahres sank der Preis für Rohöl der Sorte Brent um mehr als 50 Prozent. Davon profitieren Verbraucher durch niedrigere Benzinpreis oder geringere Ausgaben für Heizöl. Das günstige Rohöl wirkt sich durch sinkende Produzentenpreise auch auf indirektem Weg auf die Verbraucherpreise aus. Von Deflation kann in Deutschland aber keine Rede sein, denn die Kerninflation – ohne die volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel – erreicht derzeit mit etwas über einem Prozent ein moderates Niveau.

Beiträge der Komponenten zum Verbraucherpreisindex



Hinweis: Wegen Rundungen ergeben sich geringfügige Abweichungen zwischen der Summe aller Beiträge und der Verbraucherpreisinflation.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Wirtschaft expandiert solide, trotz bestehender Unsicherheiten und Gegenwinds aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld.
- ▶ Die Industrieproduktion durchlebt eine Durststrecke. Sowohl die Aufträge als auch die Produktion entwickeln sich gegenwärtig schwach.
- ▶ Die Bauwirtschaft hat ihre ruhigere Gangart bis zuletzt beibehalten, die Baugenehmigungen und das Geschäftsklima lassen jedoch eine Belebung erwarten.
- ▶ In den Dienstleistungsbereichen setzt sich der Aufwärtstrend unverändert fort.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv und gibt dem privaten Konsum Impulse.

Die deutsche Wirtschaft expandiert solide.¹ Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im dritten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal nach einem Anstieg um 0,3% im ersten und 0,4% im zweiten Quartal.² Zur starken inländischen Nachfrage trugen vor allem die privaten und staatlichen Konsumausgaben bei. Die Investitionsentwicklung war zurückhaltend. Die Importe nahmen stärker zu als die Exporte. Der Außenhandel dämpfte per Saldo ebenfalls.

Die Industrie spürt gegenwärtig einen gewissen Gegenwind, der vornehmlich von der Schwäche der Schwellenländer herrührt. Nach einer Anpassungsphase dürfte die Nachfrage nach industriellen Produkten aber wieder zunehmen. Die Bautätigkeit hat ihre ruhigere Gangart, die sie nach dem starken Winterhalbjahr eingeschlagen hat, bis zuletzt beibehalten. Das äußerst zuversichtliche Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe kündigt jedoch immer eindringlicher eine nennenswerte Belebung an. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist demgegenüber beständig aufwärtsgerichtet. Eine wichtige Rolle für die insgesamt robuste Entwicklung spielt nach wie vor der Arbeitsmarkt.

Er liefert einen anhaltend steigenden Beschäftigungsstand und eine gute Einkommensentwicklung. Weitere Triebfedern bleiben der niedrige Ölpreis und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro. Wirtschaftliche Impulse, wenn auch in überschaubarer Größenordnung, werden von der zusätzlichen Nachfrage durch die Flüchtlingsmigration ausgehen.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft verlief im ersten Halbjahr wenig dynamisch. Die OECD hat daher im Economic Outlook vom November ihre Prognose für das Wachstum der globalen Wirtschaft für das Jahr 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,9% und für das Jahr 2016 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,3% nach unten korrigiert. Die weltweite Industrieproduktion ist im August etwas gesunken. Dabei waren sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellenländern leichte Rückgänge zu verzeichnen. In China deuten die Zahlen zum dritten Quartal auf eine Verlangsamung des Wachstums hin. Die Wachstumsaussichten in den rohstoffexportierenden Schwellenländern wie Russland oder Brasilien sind nach wie vor gedämpft. In den Industrieländern war die Entwicklung im ersten Halbjahr dagegen relativ robust. Insgesamt dürfte sich das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf leicht beschleunigen.

Die deutschen Unternehmen haben ihre nominalen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik im Berichtsmonat September dennoch um 2,3% ausgeweitet.³ Dies war auch eine Gegenreaktion zum August, in dem die Ausfuhren um 4,8% gesunken waren. Die nominalen Einfuhren sind im Berichtsmonat September mit 4,1% etwas stärker gestiegen als die Ausfuhren. Im gesamten dritten Quartal legten die nominalen Ausfuhren um saisonbereinigt 0,5% und die Einfuhren um 1,3% zu. Da die Einfuhrpreise im dritten Quartal vor allem aufgrund rückläufiger Rohstoffpreise zudem stärker zurückgingen als die Ausfuhrpreise, hat der Außenhandel das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal gebremst.

Die Industriekonjunktur hat sich im Verlauf des dritten Quartals dieses Jahres spürbar abgeschwächt. Sowohl die Produktion als auch die Umsätze gingen im August und September zurück. Im Bereich der Vorleistungsgüter zeigt sich bereits seit Jahresbeginn eine rückläufige Produktion. Die Konsumgüterindustrie entwickelte sich im dritten

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. November 2015 vorlagen.

2 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13. November 2015 (sog. Schnellmeldung).

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Quartal ebenfalls schwach, was vor allem auf die Pharmabranche zurückzuführen war. Der Bereich der Investitionsgüter stagnierte nahezu. Dabei wurde das schwache Quartalsergebnis im Maschinenbau durch positive Impulse aus der Kfz-Branche ausgeglichen. Die Entwicklung in der Industrie kann maßgeblich, aber nicht ausschließlich auf die schwache Weltkonjunktur zurückgeführt werden. Das Inlands- und das Auslandsgeschäft haben im dritten Quartal zu gleichen Teilen zum Umsatzrückgang beigetragen. Ausnahme blieb der Euroraum, der insbesondere den Investitionsgüterproduzenten ein kräftiges Umsatzplus ermöglichte. Die Aussichten für die Industrie sind derzeit gemischt. Einerseits entwickelten sich die Auftragseingänge zuletzt überraschend schwach. Dies galt vor allem für die Nachfrage aus Ländern außerhalb des Euroraums, insbesondere bei den Investitionsgütern. Auf der anderen Seite haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen verbessert. Insgesamt ist für die kommenden Monate mit einer eher verhaltenen Dynamik in der Industrie zu rechnen.

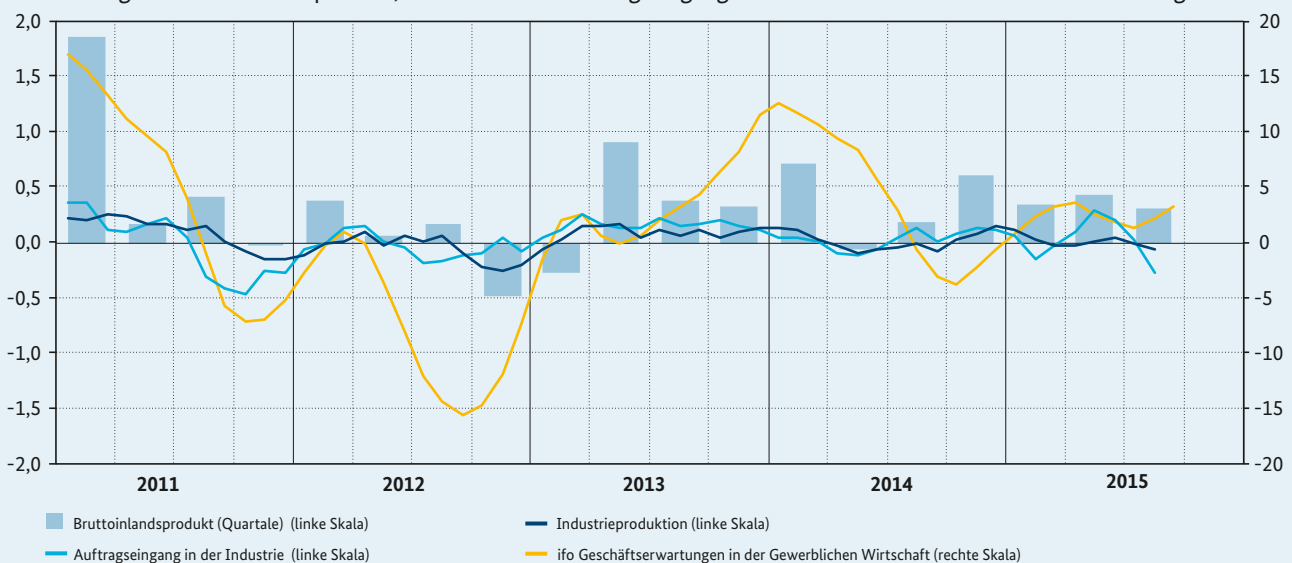
Steigende Erwerbstätigenzahlen und reale Einkommenszuwächse tragen zur Belebung des privaten Konsums bei. Dies kommt auch dem Einzelhandel zugute. Im dritten Quartal lagen die Umsätze saison- und kalenderbereinigt um 0,9% über denen des Vorquartals und arbeitstäglich

bereinigt um 3,4% über denen des Vorjahreszeitraums. Die Stimmung unter den Einzelhändlern hat sich nach den zuvor starken Anstiegen zwar etwas eingetrübt, das Geschäftsklima bewegt sich aber auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Die Aussichten für den Konsum bleiben auch aufgrund der weiterhin sehr moderaten Entwicklung der Verbraucherpreise – insbesondere sinkender Preise für Energie und Kraftstoffe – freundlich.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an. Die Erwerbstätigkeit nahm im September saisonbereinigt um 50.000 Personen kräftig zu. In Ursprungszahlen wurden im Inland 43,4 Mio. Erwerbstätige gezählt, 381.000 Personen mehr als im Vorjahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im August saisonbereinigt um 59.000 Personen und damit stärker als die Erwerbstätigkeit im August. Die geringfügige Beschäftigung hat sich nach deutlichen Rückgängen zu Jahresbeginn nunmehr stabilisiert. Die Arbeitslosigkeit sank im Oktober um saisonbereinigt 5.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr ging sie um 83.000 auf 2,649 Mio. Personen zurück. Die Unterbeschäftigung verringerte sich ebenfalls. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt weiterhin zu. Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen!

Erste Erfahrungen mit dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat den Zusammenhang zwischen der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns und der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie der Arbeitslosigkeit untersucht. Ergebnis ist, dass die Einführung des Mindestlohns bisher weder zu einer Verlangsamung des Beschäftigungswachstums noch zu einer Verlangsamung des Abbaus der Arbeitslosigkeit geführt hat.



Größte Arbeitsmarktreform seit den Hartz-Reformen

Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 hat die große Koalition mit Mehrheit von Bundestag und Bundesrat in Deutschland einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Personen in Berufsausbildung, Langzeitarbeitslose für die ersten sechs Monate und dort, wo allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge 8,50 Euro bis 1. Januar 2017 unterschreiten) haben Beschäftigte in Deutschland nunmehr Anspruch auf einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde. Dies wird zu Recht als wesentliche Arbeitsmarktreform angesehen, weil zuvor Mindestbedingungen nur durch Zugehörigkeit zu einer Tarifvertragspartei Gültigkeit erlangten und lediglich in einzelnen Branchen als allgemeinverbindlich erklärt werden konnten.

Rückgang der Tarifbindung und Anstieg der Ungleichheit

Die Einführung des Mindestlohns ist vor dem Hintergrund von zwei bedeutenden Trends zu sehen. Erstens gilt Deutschland traditionell als Land mit einer sehr hohen Tarifabdeckung. Diese hohe Tarifabdeckung ist aber seit den 90er Jahren unter Druck geraten. In West- wie Ostdeutschland waren die Anteile der Beschäftigten, die von einem Tarifvertrag abgedeckt sind, deutlich rückläufig: In beiden Landesteilen ist die Tarifabdeckung in den vergangenen 20 Jahren um fast 20 Prozentpunkte zurückgegangen. 2013 waren in Westdeutschland gerade noch knapp über die Hälfte der Arbeitnehmer tarifvertraglich beschäftigt, in Ostdeutschland war es nur noch etwas über ein Drittel (Ellguth/Kohaut, 2015).

Zweitens ist in Deutschland zugleich seit Mitte der 90er Jahre ein deutlicher Anstieg der Ungleichheit der Bruttolöhne zu beobachten. Dieser Anstieg der Lohnungleichheit geht nicht nur darauf zurück, dass die Einkommen in den oberen Qualifikationssegmenten gestiegen sind, sondern auch darauf, dass die Reallöhne der unteren Qualifikationssegmente gesunken sind (Fitzenberger, 2012).



Beide Entwicklungen haben die politische Diskussion über die Notwendigkeit eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns vorangetrieben.

Wirkung des Mindestlohns im Vorfeld umstritten

Im Vorfeld der Einführung war vielfach vor negativen Beschäftigungseffekten durch den Mindestlohn gewarnt worden (zum Beispiel Sachverständigenrat 2013, 2014), obwohl die Wirkung des Mindestlohns auf die Beschäftigung keineswegs eindeutig ist (Garloff, 2010). Dramatische Zahlen wurden beispielsweise vom IFO-Institut publiziert; danach wären bis zu 900.000 Arbeitsplätze gefährdet (IFO, 2014). Andere warnten vor einer Überschätzung der negativen Beschäftigungswirkungen (Möller, 2014).

Im Hinblick auf die tatsächlichen Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns ist die Datenlage noch nicht befriedigend. Daher gibt es bisher wenig verlässliche Aussagen zu den Wirkungen. Daten des Statistischen Bundesamtes zu Verdiensten nach Ost- und Westdeutschland und nach Branchen weisen darauf hin, dass Niedriglohnbranchen in Ostdeutschland erhebliche Verdienstzuwächse verzeichnen konnten. Dies dürfte mit der Einführung des

Mindestlohns zusammenhängen (Deutsche Bundesbank, 2015). Groll (2015) analysiert die Entwicklung der Beschäftigung auf Basis der vergangenen Entwicklungen und kommt zu dem Ergebnis, dass der derzeitige Beschäftigungsanstieg schwächer sei als erwartet. Dies wird als Indiz für negative Beschäftigungseffekte des Mindestlohns gewertet.

Nutzung regionaler Daten zur Beurteilung der Wirkungen des Mindestlohns

Stützt man sich bei der Analyse der Entwicklungen lediglich auf die aggregierte Entwicklung von Beschäftigung/Arbeitslosigkeit, so hat dies den Nachteil, dass nicht unterschieden werden kann, ob die Veränderungen nach dem Jahreswechsel 2015 tatsächlich auf den Mindestlohn oder auf andere Entwicklungen, wie etwa konjunkturelle Veränderungen oder die Flüchtlingskrise, zurückgehen. Eine Möglichkeit, die Auswirkungen des Mindestlohns von solchen makroökonomischen Entwicklungen zu isolieren, liegt in der Analyse von regionalisierten und branchenspezifischen Daten. Denn Regionen und Branchen sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Lohnstrukturen unterschiedlich stark durch die Einführung des Mindestlohns betroffen.

Hierzu lässt sich die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) nutzen, die einmal monatlich Arbeitslosenzahlen veröffentlicht. Diese sind regional kleinräumig verfügbar. Ebenso werden monatlich (mit einer Verzögerung von zwei Monaten) Zahlen für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung veröffentlicht, die auf Ebene der Bundesländer und der Wirtschaftszweige¹ vorliegen. Auf Grundlage dieser Daten lassen sich Arbeitsmarktentwicklungen regional kleinräumig nachzeichnen. Zugleich bietet die BA-Statistik auch Daten zur regionalen Lohnverteilung. Mit Hilfe dieser Daten lässt sich näherungsweise bestimmen, wie viel (vollzeitbeschäftigte) Personen in der jeweiligen Region (ggf. unterteilt nach weiteren Charakteristika, wie Alter, Geschlecht und Wirtschaftszweig) von der Einführung des Mindestlohns direkt betroffen waren, weil ihr Lohnsatz unterhalb der Mindestlohnschwelle lag.

Diese beiden Datenquellen lassen sich kombinieren, um zu überprüfen, ob die Beschäftigung in Regionen und Wirtschaftszweigen mit hoher Betroffenheit durch den Mindestlohn langsamer gewachsen ist. Ebenso lässt sich überprüfen, ob Regionen mit hoher Mindestlohnbetroffenheit einen schwächeren Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnet haben als Regionen, die nicht so stark von der Einführung des Mindestlohns betroffen waren.

Ergebnisse der Untersuchung: Keine Nebenwirkungen des Mindestlohns

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Mindestlohn-betroffenheit und dem Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kann auf Basis von Vorjahresvergleichen ab Januar 2015 monatlich durchgeführt werden. Dabei kann der Tatsache Rechnung getragen werden, dass gegebenenfalls jedes Bundesland und jeder Wirtschaftszweig unabhängig vom Mindestlohn mit unterschiedlicher Geschwindigkeit wächst. Außerdem kann der Einfluss weiterer Einflussfaktoren auf die Beschäftigungsentwicklung, zum Beispiel des Wachstums der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Vergangenheit, des Medianlohns, der Vollzeitquote oder anderer Faktoren, mitberücksichtigt werden. Bei dieser Betrachtung zeigt sich, dass der verbleibende Zusammenhang zwischen dem Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und Mindestlohnbetroffenheit robust und positiv ist. Diese Aussagen finden auch im dynamischen Panel, wo weitere Faktoren berücksichtigt werden können, und unter methodischen Variationen Bestätigung (siehe Kasten zur Methodik, S. 17).



Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass besonders vom Mindestlohn betroffene Branchen sich im Hinblick auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung besser entwickelt haben als weniger betroffene Branchen. Ein Grund dafür könnte darin bestehen, dass gerade in den besonders betroffenen Branchen verstärkt Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden und sich deshalb die Beschäftigung dort dynamischer entwickelt hat.

Für die Arbeitslosigkeit finden sich vergleichbare Ergebnisse. Der Zusammenhang zwischen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Betroffenheit durch den Mindestlohn ist im Vergleich zur Analyse für die Beschäftigung allerdings weniger stabil. Im statistischen Sinne lässt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Mindestlohnbetroffenheit feststellen. Darüber hinaus zeigt sich bei einer Variante, bei der die größte Zahl anderer Einflussfaktoren berücksichtigt wird, sogar ein negativer Zusammenhang. Das heißt, dass die Arbeitslosigkeit in besonders betroffenen Regionen für Frauen und Männer sogar stärker gesunken ist als andersorts. Daher erscheint die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass sich jedenfalls keine ungünstigen Effekte auf die (regionale) Arbeitslosigkeitsentwicklung durch den Mindestlohn nachweisen lassen.

¹ Genauer gesagt handelt es sich bei der Untergliederung nach Sektoren um Wirtschaftsabschnitte.



Diskussion der Ergebnisse: Hat der Mindestlohn Beschäftigung geschaffen?

Aus Sicht der klassischen ökonomischen Theorie ist ein positiver Zusammenhang zwischen Mindestlohn Betroffenheit und Beschäftigungswachstum überraschend. Denn das würde bedeuten, dass mit der Einführung des Mindestlohns Beschäftigung geschaffen worden wäre. Ein solcher positiver Zusammenhang ist allerdings insbesondere dann möglich, wenn durch den Mindestlohn zusätzliche Personen Arbeit aufnehmen, zum Beispiel, weil es sich erst ab einem bestimmten Einkommen lohnt zu arbeiten. Im deutschen Fall kommt eine Besonderheit hinzu, nämlich dass die so genannten Minijobs nicht zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zählen. Werden solche Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt, steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wahrscheinlich hat der Mindestlohn zu einer solchen Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigung geführt. Das heißt, es ist noch offen, ob der Mindestlohn per Saldo tatsächlich zu Beschäftigungsgewinnen geführt hat, wenn sozialversicherungspflichtige Jobs und Minijobs zusammengezählt werden. Ein Vergleich der projizierten mit der tatsächlichen Beschäftigungsentwicklung lässt aber vermuten, dass auch unter Einbeziehung der Minijobs keine signifikante Verschlechterung der Beschäftigungsentwicklung zu beobachten ist. Das steht im Gegensatz zu den Ergebnissen von Groll (2015).

Der Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Arbeitslosigkeit ist weniger klar. Selbst bei dem hier gemessenen positiven Zusammenhang zwischen Mindestlohn Betroffenheit und Beschäftigungswachstum könnte sich steigende

Arbeitslosigkeit ergeben. Der Grund dafür liegt in der so genannten Partizipationsentscheidung, also der Entscheidung, überhaupt arbeiten zu wollen. Denkbar ist nämlich, dass die Einführung des Mindestlohnes aufgrund der gestiegenen Lohnerwartungen mehr Personen dazu bewegt, arbeiten zu wollen. Da aber nicht jeder immer sofort einen Job findet, kann dies die Arbeitslosigkeit auch bei steigender Beschäftigung erhöhen. Nachweisen lässt sich ein solcher Effekt auf die Arbeitslosigkeit in den Daten der Bundesagentur für Arbeit aber bisher nicht: Besonders vom Mindestlohn betroffene Arbeitsmarktregionen haben nicht mit höherer Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Keine Nebenwirkungen, aber Vorsicht geboten

Die Bundesregierung hat den Mindestlohn mit Augenmaß und zum richtigen Zeitpunkt eingeführt. Die Einführung des Mindestlohns hat nach bisherigen Erkenntnissen weder zu einer ungünstigeren Beschäftigungsentwicklung beigetragen, noch hat die Einführung des Mindestlohns einen eindeutig ungünstigen Effekt auf die Arbeitslosigkeit gehabt. Die Befürchtungen, die vor Einführung des Mindestlohns z. B. vom Sachverständigenrat (2014, 2015) oder vom IFO-Institut (2014) geäußert wurden, waren offenbar unzutreffend.

Dennoch gilt es wachsam weitere Entwicklungen der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zu beobachten. Denn Unternehmen müssen in der Lage sein, die gezahlten Löhne zu erwirtschaften, damit es nicht zu einem Abbau der Beschäftigung kommt.

Verwendete Methodik

Der Zusammenhang zwischen Mindestlohn Betroffenheit und Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosigkeitsentwicklung lässt sich mit Hilfe so genannter kleinste Quadrate Regressionen ermitteln. Dabei entspricht die Mindestlohn Betroffenheit dem Anteil der Vollzeitbeschäftigten, deren Lohn vor Einführung des Mindestlohnes unterhalb von 8,50 Euro pro Stunde lag. Formal lässt sich die Regression für die Beschäftigungsveränderung in folgender Gleichung darstellen:

$$\Delta L_{ij}^t = \beta^0 + \beta^1 * EGT^{31122013}_{ij} + \beta^2 * D^{Region}_i + \beta^3 * D^{WZWG}_j + \beta^4 * X_{ij} + \epsilon_{ij}^t$$

Hierbei steht L für die Beschäftigung in Region i und Wirtschaftsabschnitt j. D sind so genannte Dummy-Variablen, die den Wert 1 annehmen, wenn die Beschäftigungsveränderung der/des betreffenden Region/Wirtschaftszweigs betrachtet wird, EGT (Eingriffstiefe) ist die Mindestlohn Betroffenheit in jeder Zelle. Der hochgestellte Index t bezieht sich auf die Monate Januar-August 2015. Die hochgestellten Zahlen bei den beta-Koeffizienten sind als Indizes zu lesen, nicht als Exponenten. X fasst weitere Kontrollvariablen (Medianlohn, Beschäftigungstrend) zusammen. β^1 ist dabei der interessierende Parameter.

Diese Regression wird für jeden Monat getrennt durchgeführt.

Darüber hinaus lässt sich aus der Zeitreihe ein so genanntes dynamisches Panel konstruieren, indem für jede Bundesland-Wirtschaftszweig-Kombination die Vorjahresveränderungen über einen längeren Zeitraum zusammengetragen werden. Dies hat den Vorteil, dass sowohl das Wachstum der Vorperiode und das typische Beschäftigungswachstum der jeweiligen Bundesland-Wirtschaftszweig-Kombination berücksichtigt werden können. Damit kann vermieden werden, dass solche Entwicklungen zu Unrecht auf den Mindestlohn zurückgeführt werden. Formal bedeutet dies:

$$\Delta L_{ijt} = \gamma + \gamma^0 * \Delta L_{ijt-1} + \gamma^1 * EGT^{31122013}_{ij} + \gamma^2 * D^{2015}_{ijt} + \gamma^3 * EGT^{31122013}_{ij} * D^{2015}_{ijt} + \gamma^4 * D^{Monat}_t + \gamma^5 * D^{WZWG,Region}_{ij} + \gamma^6 * X_{ij} + \epsilon_{ijt}$$

Hierbei steht der Dummy mit dem Index 2015 für das Jahr 2015, also nach der Mindestlohneinführung. t läuft von Juni 2014 bis August 2015. Die Regression wird mit (i, j) fixen Effekten und Monatsdummies durchgeführt. γ^3 ist hierbei der interessierende Parameter.

Die Vorgehensweise bei der Arbeitslosigkeit ist ähnlich. Allerdings wird die Analyse dort auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen und Geschlecht (statt Bundesländern und Wirtschaftszweigen) durchgeführt. Auf dieser Ebene werden im Gegensatz zu obiger Vorgehensweise keine weiteren Kontrollvariablen berücksichtigt.

Auch für die Arbeitslosigkeit lässt sich ein dynamisches Panel konstruieren, um Zusammenhänge mit der Vorperiode und das typische Arbeitslosigkeitswachstum dieser Arbeitsmarktregion bei Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Datengrundlage sind monatliche Beschäftigungszahlen (Arbeitslosenzahlen) für je 16 Bundesländer und je 20 Wirtschaftsabschnitte (bzw. 151 Arbeitsmarktregionen sowie Männer und Frauen). Diese sind über das Internetdatenangebot der Statistik der Bundesagentur zu beziehen. Die Eingriffstiefe lässt sich aus der Entgeltstatistik der Bundesagentur ermitteln, ebenso der Medianlohn. Weitere Beschäftigtendaten können der Beschäftigtenstatistik entnommen werden.



Literatur

Deutsche Bundesbank (2015): Erste Anhaltspunkte zur Wirkung des Mindestlohnes auf den Verdienstanstieg, Monatsbericht August 2015, Deutsche Bundesbank, Frankfurt, S. 58 – 59.

Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne (2015): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung * Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 68, H. 4, S. 290 – 297.

Fitzenberger, Bernd (2012): Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland, Arbeitspapier No. 04/2012, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Garloff, Alfred (2010): Minimum wages, wage dispersion and unemployment in search models * a review. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 43, H. 2, S. 145 – 167.

Groll, Dominik (2015): Mindestlohn: erste Anzeichen für Jobverluste, Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 95, H. 6, S. 439 – 440.

IFO (2014): Der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro gefährdet bis zu 900.000 Arbeitsplätze, Pressemitteilung vom 19.03.2014, München.

Möller, Joachim (2014): Werden die Auswirkungen des Mindestlohns überschätzt? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 94, H. 6, S. 387 – 392.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013): Gegen eine rückwärts-gewandte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2013/2014, Wiesbaden.

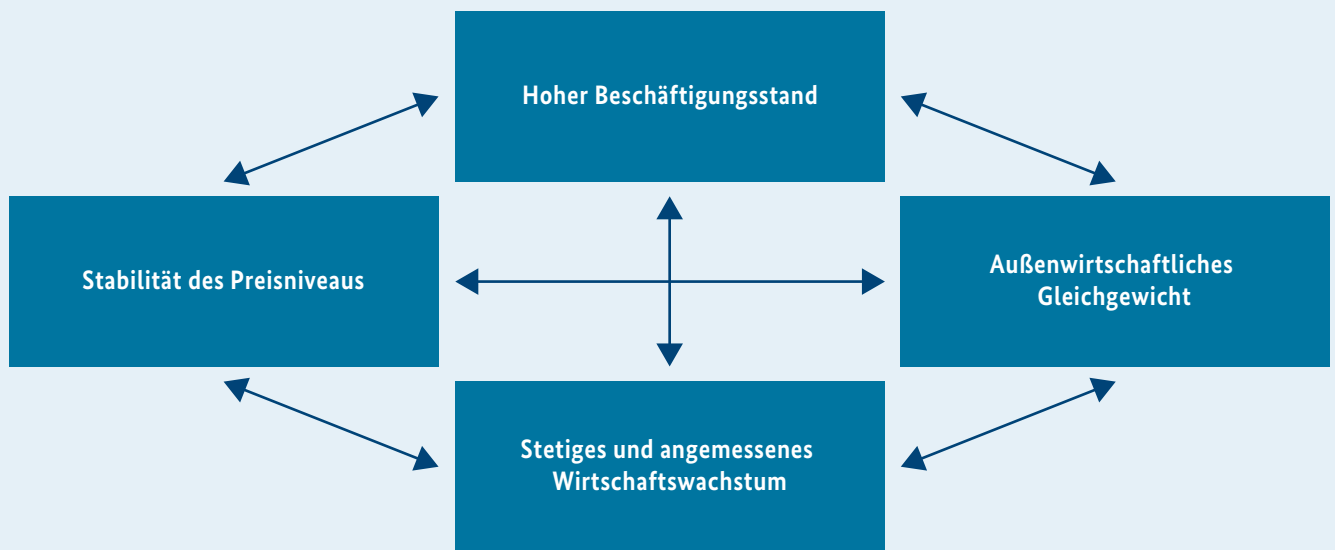
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014): Mehr Vertrauen in Marktprozesse, Jahresgutachten 2014/2015, Wiesbaden.

Kontakt: Dr. Alfred Garloff
Referat: Wirtschaftspolitische Fragen des Arbeitsmarkts und der Sozialordnung

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz

Eine Würdigung im Lichte der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion ganzheitlicher Wohlfahrtsziele

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967 legt mit dem „magischen Viereck“ allgemeine Ziele für die Wirtschaftspolitik auf allen staatlichen Ebenen fest und bildet einen Rahmen für kurzfristiges stabilitätsorientiertes Handeln. Auf einer hochrangig besetzten Fachsitzung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wurde erörtert, welche Bedeutung dem Gesetz angesichts eines veränderten wirtschaftspolitischen Umfeldes heute noch zukommt. Ein wichtiges Ergebnis: Die Ziele und Instrumente des Gesetzes sind weiterhin geeignet, um in gesamtwirtschaftlichen Ausnahmesituationen konjunkturpolitisches Handeln zu beschleunigen. Den Prozess hin zu einer ganzheitlichen Wohlfahrtsbetrachtung wird die Bundesregierung losgelöst vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz weiter vorantreiben.



Ausgangslage

Die Wirtschaftspolitik der Gegenwart steht vor vielfältigen Herausforderungen. Dazu zählen der demografische Wandel, die weiter voranschreitende Globalisierung der Märkte, die umfassende Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch die Ressourcenknappheit und die Umweltzerstörung. Eine Konzentration auf kurzfristiges Wachstum bietet keine geeignete Politikstrategie zur Lösung dieser primär strukturellen und langfristigen Aufgaben. Vielmehr rücken Fragen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit und der Zukunftsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in den Fokus der gesellschaftlichen Diskussion. So hat in der 17. Legislaturperiode eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages die Frage nach neuen Methoden zur Messung von Wachstum und Wohlstand intensiv erörtert.¹

In der Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen einer traditionellen Wachstumsorientierung und einem differenzierteren Ansatz für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung wird auch gefordert, die ökonomischen Stabilitätsziele des seit fast 50 Jahren bestehenden Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, kurz StabG, zu erweitern und das Gesetz an die neuen Herausforderungen anzupassen.² Dieser Anknüpfungspunkt könnte deshalb naheliegen, weil das StabG als einzige gesetzliche Grundlage in Deutschland gilt, in der explizit allgemeine Ziele für die Wirtschaftspolitik auf allen staatlichen Ebenen festgelegt werden. Die in § 1 des Gesetzes aufgeführten gleichberechtigten Ziele stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht haben nicht zuletzt deshalb den Nimbus eines so genannten „Magischen Vierecks“ erlangt. Es

1 Deutscher Bundestag (2013), Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300 vom 03. Mai 2013.

2 Verweis im Endbericht der Enquête-Kommission auf: Sebastian Dullien und Till van Treeck (2012): Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für einen neuen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen, WISO Diskurs November 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung.

stellt sich die Frage, ob anstatt des Ziels oder zusätzlich zum Ziel der späten 60er und 70er Jahre – der Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Produktionspotenzial und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage – eine Herausforderung von heute im StabG adressiert werden sollte, nämlich die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit.

Vor diesem Hintergrund ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode vereinbart, das StabG gemeinsam mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Sachverständigenrat) zu überprüfen.

Im Juni 2015 hat diese Überprüfung im Rahmen eines ganztägigen Workshops im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stattgefunden. Teilnehmer waren neben den Mitgliedern des Sachverständigenrates und Vertreterinnen und Vertretern von Bundeskanzleramt, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Bundesministeriums der Finanzen auch Vertreter der Wissenschaftlichen Beiräte der beiden Ministerien. Im Folgenden werden die zentralen Argumente und Erkenntnisse aus dem Workshop zusammengefasst.³

Hintergrund für die Konzeption des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes

Seit der Währungsreform 1948 war die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zunächst ununterbrochen aufwärtsgerichtet. Erst Anfang der 60er Jahre verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum etwas. Im Herbst 1966 kam es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer Rezession. Die Arbeitslosigkeit stieg 1967 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 300.000 Personen auf fast eine halbe Million an.

Im gleichen Jahr trat das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabG) in Kraft. Mit ihm wurde erstmalig ein Rahmen für eine aktive fiskalpolitische Stabilisierungspolitik geschaffen. Bund und Länder wurden auf die Erreichung der oben genannten Ziele eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verpflichtet. Dafür stellt das StabG der Politik ein konkretes Instrumentarium zur Verfügung. Es enthält zum einen Informationsinstrumente, zu denen in erster Linie der Jahreswirtschaftsbericht, der Subventionsbericht und die mittelfristige Finanzplanung zählen. Zum anderen stellt



es zahlreiche Interventionsinstrumente zur Verfügung. Mittels Konjunkturausgleichsrücklagen, temporären Zu- oder Abschlägen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, Sonderabschreibungen, Kreditbeschränkungen oder Maßnahmen zur Investitionsbelebung oder -beschränkung kann die Wirtschaftspolitik stabilisierend auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen reagieren. Schließlich gibt das StabG der Wirtschaftspolitik mit dem Konjunkturart (§ 18 StabG) und der so genannten „konzertierten Aktion“ (§ 3 StabG) auch Koordinationsinstrumente an die Hand.

Die Vorstellung des Gesetzgebers war es, mithilfe dieses Repertoires die Wirtschaft dauerhaft auf einem stabilen Wachstumspfad ohne inflationäre Spannungen zu halten. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte kontinuierlich beobachtet und analysiert werden, um konjunkturelle Normalsituationen von krisenhaften Zuständen der Wirtschaft abzugrenzen, und über diese Analyse sollte ein möglichst weitgehender Konsens mit allen relevanten Akteuren einschließlich der Sozialpartner hergestellt werden. Dies sollte eine zielgerichtete wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung und ein gesamtwirtschaftlich rationales Handeln aller Beteiligten gewährleisten.

³ Der Sachverständigenrat hat in seinem aktuellen Jahresgutachten ebenfalls zu dem Workshop Stellung genommen: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Jahresgutachten 2015/16, S. 265-267.



Funktionalität und Relevanz des StabG

Die im StabG niedergelegten Ziele des „Magischen Vierecks“ und die bereitgestellten Instrumente sind grundsätzlich weiterhin geeignet, um in konjunkturellen Ausnahmesituationen konjunkturpolitisches Handeln zu beschleunigen. Zielgrößen sind im Gesetz selbst nicht quantifiziert. Sie lassen sich im Einzelfall aber operationalisieren, sodass sich auch kurzfristig auftretende Zielkonflikte zwischen einzelnen Größen identifizieren und priorisieren lassen. Beispielsweise wurde zur Zeit der Schaffung des StabG ein kurzfristiger Zielkonflikt zwischen den Zielen Preisniveaustabilität und hoher Beschäftigungsstand in der ökonomischen Theorie und der wirtschaftspolitischen Praxis intensiv diskutiert.

Zur Wirkmächtigkeit der einzelnen Instrumente des StabG lassen sich zwar auch von wissenschaftlicher Seite keine exakten Aussagen treffen. Aber vom Grundansatz her ist das Instrumentarium, wie zum Beispiel die Beschleunigung bzw. Dämpfung von öffentlichen Investitionen oder die Variation von Einkommen- und Körperschaftsteuersätzen, nach wie vor geeignet, um bei einer Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einzuwirken. Die Wirkmächtigkeit ist immer auch von den übrigen gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten abhängig, wie etwa vom Schuldenstand und von den Erwartungen auf den Güter- und Faktormärkten.

Unabhängig von der Wirksamkeit einzelner Instrumente bietet das StabG weiterhin einen verlässlichen Rahmen für konjunkturpolitische Interventionen, der dazu beitragen kann, die Erwartungen in krisenhaften Zeiten zu stabilisieren. Der Instrumentenkatalog hat ferner weitgehend verteilungsneutralen Charakter. Dies kann helfen, Kontroversen um verteilungspolitische Wirkungen von Konjunkturmaßnahmen abzumildern und die Reaktionsfähigkeit der Politik zu erhöhen. Das im StabG hinterlegte beschleunigte Abstimmungsverfahren zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat trägt zu einer zügigen Umsetzung von Maßnahmen bei. Dies ist umso entscheidender, wenn die politischen Rahmenbedingungen für kurzfristige Beschlüsse ungünstig sind, weil beispielsweise die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag knapp oder zwischen Bundestag und Bundesrat unterschiedlich verteilt sind.

Auch die Informations- und Koordinierungsinstrumente des StabG haben weiterhin ihre Relevanz. Die kontinuierliche Berichterstattung in Jahreswirtschaftsbericht, Subventionsbericht und mittelfristiger Finanzplanung bildet eine wichtige Grundlage für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie fließt u. a. auch in das Nationale Reformprogramm und das Stabilitätsprogramm – die struktur- und die haushaltspolitische Berichterstattung auf europäischer Ebene – ein. Im Jahreswirtschaftsbericht legt die Bundesregierung ihre für das laufende Jahr geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik dar ebenso wie die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Subventionsbericht bietet eine



systematische Übersicht über die Subventionspolitik des Bundes und ist damit eine wichtige Diskussionsgrundlage für den Subventionsabbau, die Etablierung neuer und die Fortführung bestehender Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Ergänzend zum jährlichen Entwurf des Bundeshaushalts beschließt das Bundeskabinett die mittelfristige Finanzplanung, die für alle Politikbereiche eine wichtige Grundlage ist. Dieser Finanzplanung geht ein Eckwertebeschluss der Bundesregierung voraus. Die Länder und die Sozialversicherungen erstellen ebenfalls mittelfristige Finanzpläne. Eine fünfjährige gesamtstaatliche Haushaltsprojektion wird jährlich im April mit dem deutschen Stabilitätsprogramm an die Europäische Union übermittelt.

Kritikpunkte am StabG, Ansatzpunkt für eine Reform?

Trotz dieser in vielen Teilen weiterhin wichtigen Funktion des Gesetzes lässt sich nicht von der Hand weisen, dass durch die geänderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen die Bedeutung der konjunkturpolitischen Steuerungsinstrumente über die Zeit spürbar abgenommen hat. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass seit Mitte der 70er Jahre und selbst beim größten Konjunkturprogramm der Nachkriegsgeschichte in den Jahren 2008 und

2009 kein expliziter Rückgriff auf die Interventionsinstrumente des StabG erfolgte.

Eine Erklärung hierfür ist, dass die so genannten automatischen Stabilisatoren eine zunehmende Bedeutung für die Stabilisierungspolitik gewonnen haben. Diese wirken vor allem über die – in Deutschland im internationalen Vergleich relativ umfangreichen – sozialen Sicherungssysteme. Beispielsweise steigen in einer Rezession die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung regelmäßig an, während die Steuereinnahmen in der Regel zurückgehen. Darüber hinaus steht die deutsche Volkswirtschaft seit den Ölpreiskrisen der 1970er Jahre vermehrt strukturellen Herausforderungen gegenüber, denen mit dem konjunkturpolitischen Instrumentarium nicht adäquat begegnet werden kann.

Viele Mechanismen und Eingriffsinstrumente für Krisensituationen – wie z. B. die „Bankenrettungsschirme“ – sind zudem inzwischen spezialgesetzlich geregelt oder bedürfen einer europäischen Abstimmung. So wird nach der neuen grundgesetzlichen Schuldenregel (Artikel 109 und 115 GG) die Anwendung diskretionärer fiskalpolitischer Maßnahmen nunmehr in den Rahmen der Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gestellt.

Auch der Zielkatalog des StabG erscheint mit den aktuellen Rahmenbedingungen der europäischen Währungsunion nicht mehr vollkommen kompatibel. So ist etwa die Steuerbarkeit eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes ebenso wie die der Preisniveaustabilität in einer Währungsunion auf nationaler Ebene begrenzt. Zumindest bedarf es hierfür einer vertieften Kooperation innerhalb der Europäischen Union und zwischen den Ländern der Eurozone.

Noch ausschlaggebender für die abnehmende Wahrnehmung des StabG dürfte sein, dass sich der Zielkatalog des Gesetzes im Vergleich zu den komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit auf die Vorstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und die kurzfristige Stabilisierung der Konjunktur bezieht. Auch mit dieser begrenzten Ausrichtung auf konjunkturpolitische Stabilisierung kann die im StabG verankerte Vorstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zwar – wie es auch der Sachverständigenrat sieht – einen wichtigen Beitrag zu einer ökonomisch verstandenen Nachhaltigkeit leisten. Diese deckt aber definitionsgemäß andere Dimensionen von Nachhaltigkeit nicht ab und kann daher auch viele wirtschafts- und finanzpolitisch relevante Debatten über gesellschaftspolitische Ziele und Wertvorstellungen nicht abbilden.

Die Frage ist deshalb, ob das StabG zu einem breiteren Orientierungsrahmen für die Wirtschaftspolitik ausgebaut werden kann. Genau dieser Gedankengang bildete einen zentralen Diskussionspunkt des gemeinsamen Workshops mit dem Sachverständigenrat. Dabei wurde deutlich, dass sich schon beim Versuch, diesen Ansatz in den Strukturen des StabG weiterzuentwickeln, erhebliche konzeptionelle Hürden zeigen. Die wesentliche Hürde liegt dabei darin, dass das StabG zwar die gesamtwirtschaftliche Entwicklung adressiert, aber eben nur unter der begrenzten Perspektive der makroökonomischen Stabilisierungspolitik. Nur für dieses Politikfeld enthält das Gesetz Ziele und Instrumente, die den seinerzeitigen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisstand über Zielkonflikte und Wirkungsketten konjunkturpolitischer Maßnahmen widerspiegeln. Sie sind gezielt auf die kurze Frist ausgerichtet und bieten dem Staat Eingriffsmöglichkeiten, um schnell und effektiv auf konjunkturelle Schockwirkungen zu reagieren.

Gesamtgesellschaftliche Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsziele basieren dagegen zuvorderst auf einer langfristigen Perspektive. Zur Erreichung eher langfristiger Nachhaltigkeitsziele dürfte es aber gerade nicht auf die Beschleunigung wirtschaftspolitischer Maßnahmen ankommen. Das

StabG und die darin enthaltenen Interventionsinstrumente können deshalb einer langfristig angelegten ganzheitlichen Wohlfahrtsbetrachtung nicht genügen und bieten auch keine geeigneten Anknüpfungspunkte für eine langfristige Nachhaltigkeitsstrategie.

Um Nachhaltigkeitsziele effektiv ansteuern zu können, wäre zunächst ein Konsens über die Dimensionen von Nachhaltigkeit und ihr Verhältnis zueinander sowie eine Verständigung über den Umgang mit den unvermeidlichen Zielkonflikten erforderlich. Sodann bedürfte es eines angepassten und wahrscheinlich erheblich erweiterten Instrumentensatzes. Dieser existiert aber bereits in zahlreichen Programmen, Gesetzen und Verordnungen, z. B. im Energie- und Umweltrecht. Es erscheint wenig sinnvoll, dieses Instrumentarium in ein neu zu schaffendes erweitertes StabG aufzunehmen. Hinzu kommt, dass die Wirkungen der verschiedenen Maßnahmen und auch die Zielkonflikte auf diesen breiten Politikfeldern erheblich vielschichtiger sind als bei der relativ eingegrenzten Thematik der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik.

Schließlich dürfte für das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen, insbesondere im Umweltbereich, vor allem entscheidend sein, funktionierende internationale Institutionen und Abkommen zu etablieren, die langfristig angelegte Maßnahmen mit einem hinreichenden Verbindlichkeitscharakter definieren und aufeinander abstimmen.

Vor diesem Hintergrund gelangten die Workshop-Teilnehmer zu dem Schluss, dass das StabG keinen geeigneten Rahmen bieten kann, um Ziele und Instrumente einer ganzheitlichen Wohlfahrtsbetrachtung abzubilden. Allerdings halten der Sachverständigenrat und die Wissenschaftlichen Beiräte beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und beim Bundesministerium der Finanzen zusätzliche Nachhaltigkeitsbetrachtungen und einen breiten öffentlichen Diskurs darüber auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten für relevant.

Ökologische und soziale Nachhaltigkeitsaspekte finden sich bereits in zahlreichen Vereinbarungen und einzelgesetzlichen Regelungen wieder. Teilweise haben diese aber einen unterschiedlichen Verbindlichkeitsgrad und die Gewichtung einzelner Nachhaltigkeitsaspekte bleibt unklar. Insofern erscheint es als ein wichtiger logischer Schritt, die verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekte zu einer konsistenten und kohärenten gesamtstaatlichen Wohlfahrtsbetrachtung zusammenzuführen.

Fazit

Auch wenn die praktische Anwendung des StabG sich fast 50 Jahre nach seinem Inkrafttreten von dem ursprünglichen Ansatz einer feinjustierten konjunkturpolitischen Globalsteuerung entfernt hat, bildet es immer noch einen wirksamen Rahmen für kurzfristiges stabilitätsorientiertes Handeln und rasche Abstimmungsprozesse auf allen staatlichen Ebenen. Es bietet ferner die Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Berichte und Projektionen, anhand derer wirtschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Damit erhält die Politik eine Orientierung für eine Anpassung der wirtschafts- und finanzpolitischen Ansätze und Maßnahmen.

Die aktuellen Herausforderungen zeigen aber auch, dass insbesondere die ökologische und soziale Nachhaltigkeit weiter an Bedeutung gewinnen wird und dass die Wirtschaftspolitik über das „Magische Viereck“ des StabG hinausgehende Zielgrößen verstärkt berücksichtigt. Hierfür bedarf es weiterer vertiefter Diskussionen, in denen messbare Indikatoren und konkrete politische Ziele definiert werden. Es bedarf auch einer eingehenden wissenschaftlichen Analyse der Wirkmechanismen möglicher Instrumente und Zielkonflikte. Hierüber gilt es Klarheit zu gewinnen, um fundiert die Anforderungen an eine ganzheitliche Wohlfahrtsbetrachtung bestimmen zu können. Nur so kann den politischen Entscheidungsträgern eine adäquate Grundlage für die möglicherweise zu treffenden Maßnahmen gegeben werden. Das StabG erscheint in der Gesamtwürdigung der Argumente und seiner immer noch berechtigten Funktion hingegen nicht als geeigneter Rahmen zur Integration dieser Überlegungen.

Die Bundesregierung wird deshalb den Prozess hin zu einer ganzheitlichen Wohlfahrtsbetrachtung auf anderem Wege vorantreiben. Bereits jetzt werden unterschiedliche Nachhaltigkeitsgesichtspunkte in einer Reihe von Berichten und Aktivitäten der Bundesregierung (z. B. Armutsbericht, Tragfähigkeitsbericht, nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Demografiestrategie) aufgegriffen. Eine umfassende ganzheitliche Wohlfahrtsbetrachtung gibt es jedoch noch nicht. In seinem Jahresgutachten 2015/2016 beschreibt der Sachverständigenrat einen möglichen Prozess: So könnte ein auf die ganzheitliche Wohlfahrtsbetrachtung ausgerichtetes Indikatorensystem einmal pro Legislaturperiode von einem unabhängigen und sachverständigen Gremium wissenschaftlich begutachtet werden. Dabei sieht er gute Aussichten, dass ein Indikatorensystem, das auf den vorliegenden Arbeiten basiert, gesellschaftlich breit akzeptiert werden könnte.

Der jüngst eingeleitete Bürgerdialog im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut Leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ stellt einen Schritt in diese Richtung dar. Er bietet die Chance, die aktuellen strukturellen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen offen zu artikulieren und der Politik Handlungsbedarf aufzuzeigen. Dieser Prozess kann Orientierung dafür geben, neue Ziele der Wirtschaftspolitik zu formulieren. Ergänzend könnte die Bundesregierung sich in ihren Jahreswirtschaftsberichten mit Aspekten einer umfassenden Wohlfahrtsbetrachtung auseinandersetzen und dabei geeignete Indikatorensysteme berücksichtigen.

Kontakt: Dr. Martin Meurers, Dagmar Weinberg,
Nadine Herzum
Referat: Finanzpolitik und konjunkturpolitische
Koordination

Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen

Zur Belebung der nach der Finanzkrise immer noch schwachen Wirtschaftsentwicklung in Europa und zur Stärkung des langfristigen Wachstumspotenzials braucht die Europäische Union dringend mehr Investitionen. Vor einem Jahr hat daher die Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker die Europäische Investitionsinitiative vorgestellt. Im Folgenden wird ein erster Zwischenbericht gegeben.



Ziel der Europäischen Investitionsinitiative ist es, die Investitionstätigkeit in der Europäischen Union als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu steigern. Die Initiative hat drei Säulen:

- ▶ erste Säule: Verbesserter Zugang zu Finanzierung durch Errichtung eines Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI)
- ▶ zweite Säule: Unterstützung bei der Umsetzung von Investitionsprojekten
- ▶ dritte Säule: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen

Im Juli 2015 ist eine EU-Verordnung zur Umsetzung der ersten beiden Säulen der Initiative in Kraft getreten.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit folgenden Fragen:

- ▶ Wie ist der Europäische Fonds für Strategische Investitionen konzipiert und welche Chancen bietet er Unternehmen – insbesondere dem deutschen Mittelstand?
- ▶ Wie sind die beiden anderen Säulen der Investitionsinitiative ausgestaltet?

- ▶ Welches erste Fazit lässt sich ziehen?

Erste Säule der Investitionsinitiative: Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI)

Der EFSI ist ein Garantieinstrument, mit dessen Hilfe Mittel aus dem Privatsektor für strategische Investitionsprojekte mobilisiert werden sollen. Der Fonds ist mit 21 Milliarden Euro ausgestattet, davon 16 Milliarden aus dem EU-Haushalt sowie fünf Milliarden Euro aus den eigenen Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die Garantie soll es der EIB-Gruppe ermöglichen, in erheblich größerem Umfang als bisher risikoreichere Projekte zu finanzieren und so die Investitionstätigkeit in Europa anzuregen. Insgesamt sollen so zusätzliche Investitionen im Gesamtvolumen von 315 Milliarden Euro generiert werden.

Anforderungen an EFSI-Projekte

Der EFSI kann für Infrastruktur- und Innovationsinvestitionen in Anspruch genommen werden. Potenzielle Projekte müssen einem der folgenden Bereiche zuzuordnen sein, von denen hohe Wachstumsimpulse erwartet werden:

- ▶ Forschung, Entwicklung und Innovation
- ▶ Entwicklung des Energiesektors
- ▶ Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologie
- ▶ Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)
- ▶ Umweltschutz und Ressourceneffizienz
- ▶ Humankapital, Kultur und Gesundheit

Auch die weiteren Kriterien für eine Förderbarkeit durch den EFSI ergeben sich aus der im Juli 2015 in Kraft getretenen Verordnung zur Umsetzung der ersten Säule.¹ Danach müssen Projekte *technisch durchführbar, wirtschaftlich tragfähig* und *mit der Unionspolitik vereinbar* sein. Ferner sollen sie möglichst viel *privates Kapital mobilisieren* und *Zusätzlichkeit* bieten. „Zusätzlichkeit“ bedeutet, dass mit dem EFSI geförderte Vorhaben nicht oder zumindest nicht im selben Maß von der EIB, dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) oder durch andere EU-Finanzinstrumente, wie z. B. im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, gefördert werden könnten. Entscheidend ist bei

EFSI-Projekten auch deren Risikoprofil. Dieses sollte über dem liegen, was bei EIB-Projekten sonst üblich ist.

Ob ein Projekt für den EFSI in Frage kommt, wird anhand einer Bewertungsmatrix, einem so genannten „Scoreboard“, bewertet. Mit dieser wird ein Projekt anhand unterschiedlicher Kategorien als besonders oder weniger geeignet für eine Förderung mit Mitteln des EFSI eingestuft. Die Matrix ist angelehnt an die auch vor dem EFSI bereits angewandte und bewährte Art und Weise der EIB, Projekte zu bewerten.

Vorteile für deutsche Unternehmen, insbesondere KMU

Die Investitionsinitiative im Allgemeinen und der EFSI im Besonderen eröffnen für die deutsche Wirtschaft – und hier gerade für den Mittelstand – große Chancen. Der EFSI kann genau dort Finanzierungsoptionen bieten, wo bislang Engpässe bestehen. Das ist besonders im Bereich risikoreicherer und/oder langfristiger Projekte der Fall, bei denen – derzeit – Geschäftsbanken oder sonstige Kapitalgeber eher zurückhaltend sind. Der EFSI schafft Vertrauen bei Investoren und übernimmt einen Teil der Investitionsrisiken, sodass Investoren einen Anreiz erhalten, sich stärker zu engagieren.

Abbildung 1: Zusammensetzung der Gesamtmittel des EFSI



* 50 % Garantie = 8 Mrd. Euro aus der Fazilität Connecting Europe (3,3 Mrd.), der Initiative Horizont 2020 (2,7 Mrd.) und der Haushaltsmarge (2 Mrd.)
 ** Abzüglich der für Garantien verwendeten anfänglichen EU-Beiträge: 307 Mrd. Euro

Quelle: EIB

1 Siehe Verordnung (EU) 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013.

Es wird erwartet, dass der Fonds ein Finanzierungspotenzial von bis zu 315 Milliarden Euro hebt. Der Weg eines Projekts zur Finanzierung orientiert sich vor allem am Volumen des jeweiligen Projekts sowie an dessen Träger: Von der bereitgestellten Garantiesumme in Höhe von 21 Milliarden Euro sind fünf Milliarden Euro gerade für Projekte kleiner und mittelgroßer Unternehmen von bis zu 3.000 Beschäftigten vorgesehen. Die Garantiesumme soll ein Finanzierungsvolumen von bis zu 75 Milliarden Euro ermöglichen. Flankiert wird sie durch ein deutlich intensivierte Beratungsangebot.

Großprojekte (ab einem Volumen von ca. 25 Millionen Euro) können direkt über die EIB abgewickelt werden. Die Finanzierung von Investitionsprojekten mittelständischer Unternehmen erfolgt in erster Linie über den EIF und baut so auf bewährte Strukturen auf.

Die dem EIF im Rahmen des EFSI zur Verfügung gestellten Finanzmittel oder Garantien ermöglichen diesem die Vergabe von Darlehen, Garantien oder Rückgarantien. Ferner in Betracht kommen die Anwendung von Kapitalmarktinstrumenten sowie jeder anderen Form von Finanzierungsinstrumenten, Instrumenten zur Verbesserung der Bonität, Eigenkapitalbeteiligungen oder auch Quasi-Eigenkapitalbeteiligungen. Der EIF kann bei seinen Geschäften im Rahmen des EFSI zudem nationalen Förderbanken/-instituten oder Investitionsplattformen eine Garantie gewähren oder in Investitionsplattformen investieren.

EFSI bereits in Deutschland aktiv

Die Bundesregierung wird über ihre Förderbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Investitionsoffensive für Europa mit rund acht Milliarden Euro unterstützen. Im September startete das erste deutsche EFSI-Projekt. Es setzt auf erprobte Strukturen sowie die bewährte Zusammenarbeit zwischen KfW und EIF auf und soll die Gründung von Unternehmen in Deutschland noch stärker fördern. Dazu wird das von der KfW angebotene Existenzgründerprogramm „ERP-Gründerkredit – StartGeld“ in Zusammenarbeit mit dem EIF ausgeweitet. Das Programm wird durch eine Garantie ermöglicht, die im Rahmen des EU-Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU gestellt wird. Dank einer durch den EFSI erweiterten Garantie werden bis zum Jahr 2018 Darlehen in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro bereitgestellt, um mindestens 15.000 Gründerinnen und Gründer sowie junge Unternehmen in Deutschland zu unterstützen.



Zweite Säule der Investitionsinitiative: Beratung und Information

Investitionen scheitern oft nicht (nur) an der Finanzierung, sondern auch an mangelnden Informationen für Investoren bzw. daran, dass Projekt und Investor nicht zueinanderfinden. Hier setzt die zweite Säule der Investitionsinitiative an.

Der EFSI wird durch die Europäische Plattform für Investitionsberatung (EIAH) flankiert. Sie ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der EIB und dient als Informationsportal, um private wie öffentliche Projektträger und Investoren auch praktisch zu unterstützen. Im Einzelnen wird sich die Beratung gleichermaßen auf den Zugang zu Finanzierung bzw. zu Finanzierungsinstrumenten wie auf konkrete Projekte (Vorbereitung und Implementierung) richten. Ferner werden ein „Best-Practice-Austausch“ und Fallstudien angeboten.

Ein weiteres Instrument der praktischen Hilfe wird schließlich das im Internet verfügbare Europäische Investitionsvorhabenportal sein. Dort sollen potenzielle Investitionsprojekte in standardisierter Weise aufgelistet und Informationen für interessierte Investoren bereitgestellt werden.

Wichtig ist, dass in dem Portal gelistete Projekte nicht automatisch eine EFSI-Förderung erhalten. Vielmehr handelt es sich um ein zusätzliches Informationsangebot, um Investoren den Überblick über Investitionsmöglichkeiten in der Europäischen Union zu erleichtern. Das Portal befindet sich derzeit im Aufbau und wird voraussichtlich zum Jahresende zugänglich sein. Geplant ist, dass juristische Personen mit Sitz innerhalb der EU Projekte über ein Online-

Portal einstellen können. Es sollte sich dabei um Projekte handeln, die den Zielen und Werten der EU entsprechen und begründete Aussicht darauf haben, innerhalb der nächsten drei Jahre anzulaufen.

Dritte Säule der Investitionsinitiative: Verbesserung der regulatorischen und administrativen Rahmenbedingungen

Nicht-finanzielle Hürden können Unternehmen ebenso von Investitionen abhalten wie finanzielle. Gemeint sind insbesondere regulatorische oder administrative Herausforderungen. Hier Abhilfe zu schaffen ist Ziel der dritten Säule der Investitionsinitiative. Damit Investitionsprojekte überhaupt in Angriff genommen werden, müssen diese Rahmenbedingungen stimmen und gegebenenfalls auch Anreize bieten.

Wichtig für den Erfolg des EFSI wird daher sein, dass auch die dritte Säule der Investitionsinitiative zeitnah umgesetzt wird. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie setzt sich dafür ein, dass es hier bald zu konkreten Vorschlägen der EU-Kommission kommt. Zu den Schwerpunkten sollten dabei aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums verstärkte Bemühungen um den Abbau von Bürokratiekosten² ebenso gehören wie bessere Rahmenbedingungen im Energie- sowie im digitalen Bereich.

Fazit

Die Europäische Investitionsinitiative setzt breit an, um die Investitionstätigkeit in der EU anzukurbeln. Dieser Ansatz ist zu begrüßen, weil Investitionen eine wesentliche Grundlage für Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union sind.

Obwohl der EFSI, die erste Säule der Initiative, „offiziell“ voraussichtlich erst Anfang 2016 operativ wird, hat die EIB schon diverse Projekte vorab als EFSI-tauglich genehmigt und eine Finanzierungszusage gegeben. Auch das Interesse von Investoren und Unternehmen am EFSI spricht dafür, dass Europa hier auf dem richtigen Weg ist. Gerade auch die Aktivitäten zu Gunsten von KMU sind nach erster Einschätzung der EIB sehr gut angelaufen und entwickeln sich positiv.



Angesichts des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus in Deutschland ist offensichtlich, dass ein EFSI-unterlegtes Finanzierungsangebot hier – im Vergleich mit den Finanzierungsmöglichkeiten in anderen Mitgliedstaaten – nicht per se attraktiver ist als andere Finanzierungsangebote. Dies gereicht aber weder der deutschen Wirtschaft noch dem EFSI selbst zum Nachteil, da dieser gerade dort zusätzliche Optionen bieten soll, wo der Markt bislang zögerlich ist.

Der langfristige Erfolg des EFSI steht und fällt schließlich mit der Qualität der Projekte. Wie sich am Beispiel des ersten deutschen EFSI-Projekts „ERP-Gründerkredit – StartGeld“ zeigt, müssen gute Projekte nicht das Rad neu erfinden. Der EFSI kann auch dazu dienen, ein anderweitig bereits erfolgreiches Projekt noch weiterzubringen.

Wird auch die dritte Säule der Investitionsinitiative noch mit Leben gefüllt, so ist die Initiative imstande, das Investitionsniveau in der EU dauerhaft zu steigern.

Kontakt: Dr. Felicitas Hoch
Referat: Europa 2020, Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bund-Länder

² Siehe ausführlich zur besseren Rechtsetzung sowie Details bzgl. Bürokratieabbau: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 9/2015, S. 1 ff.

Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung

Die Bundesregierung treibt mit der Strategie Intelligente Vernetzung die Digitalisierung von Basissektoren voran

Die Digitalisierung in den Basissektoren Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung bietet jährliche Nutzenpotenziale von bis zu 56 Milliarden Euro. Die Bundesregierung optimiert die Rahmenbedingungen mit einem übergreifenden Strategieansatz. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) bringt mit der Initiative Intelligente Vernetzung Akteure über Branchengrenzen stärker zusammen und unterstützt aktiv bei der Informationsbeschaffung. Seit Ende November ist die Initiative auf bundesweiter Roadshow.



Die Bundesregierung hat am 16. September 2015 unter Federführung des BMWi die Strategie Intelligente Vernetzung beschlossen. Ziel der Strategie ist eine Weiterentwicklung der digitalen Vernetzung in den Infrastrukturbereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung.

Eine intelligente digitale Vernetzung ermöglicht es, mit Hilfe innovativer Technologien bestehende Prozesse zu optimieren. In der Wirtschaft entstehen dadurch neue Geschäftsmodelle mit großen Wachstumschancen für Unternehmen. Zudem führt die Umsetzung von Lösungen Intelligenter Vernetzung zu Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen.

Intelligente Vernetzung

Der Begriff Intelligente Vernetzung steht für eine

1. systematische Digitalisierung vorhandener Infrastrukturen und Informationen,
2. sektorübergreifende Vernetzung der Akteurinnen und Akteure mittels innovativer Technologie und Anwendungen sowie
3. stärkere Nutzerorientierung in Basissektoren unseres Gemeinwesens, wie Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung.

Potenziale der Digitalisierung stärker nutzen

Deutschland ist im internationalen Vergleich bei der Intelligenten Vernetzung Vorreiter. Dies ergab eine Best-Practice-Studie im Auftrag des BMWi. Vor allem in Bezug auf bisher seltene sektorübergreifende Lösungen können Entwicklungspotenziale erschlossen werden, um den Standort Deutschland zu stärken und zusätzliche Exportchancen zu ergreifen.

In den Anwendersektoren bestehen in weiten Teilen ähnliche Interessenlagen und Fragestellungen, etwa bei Datenschutz und Datensicherheit, Nutzerauthentifizierung, Datenplattform-Architekturen, Standardisierung und Normung sowie Marktzugang. Durch eine übergreifende Koordination können daher Synergien gehoben werden.

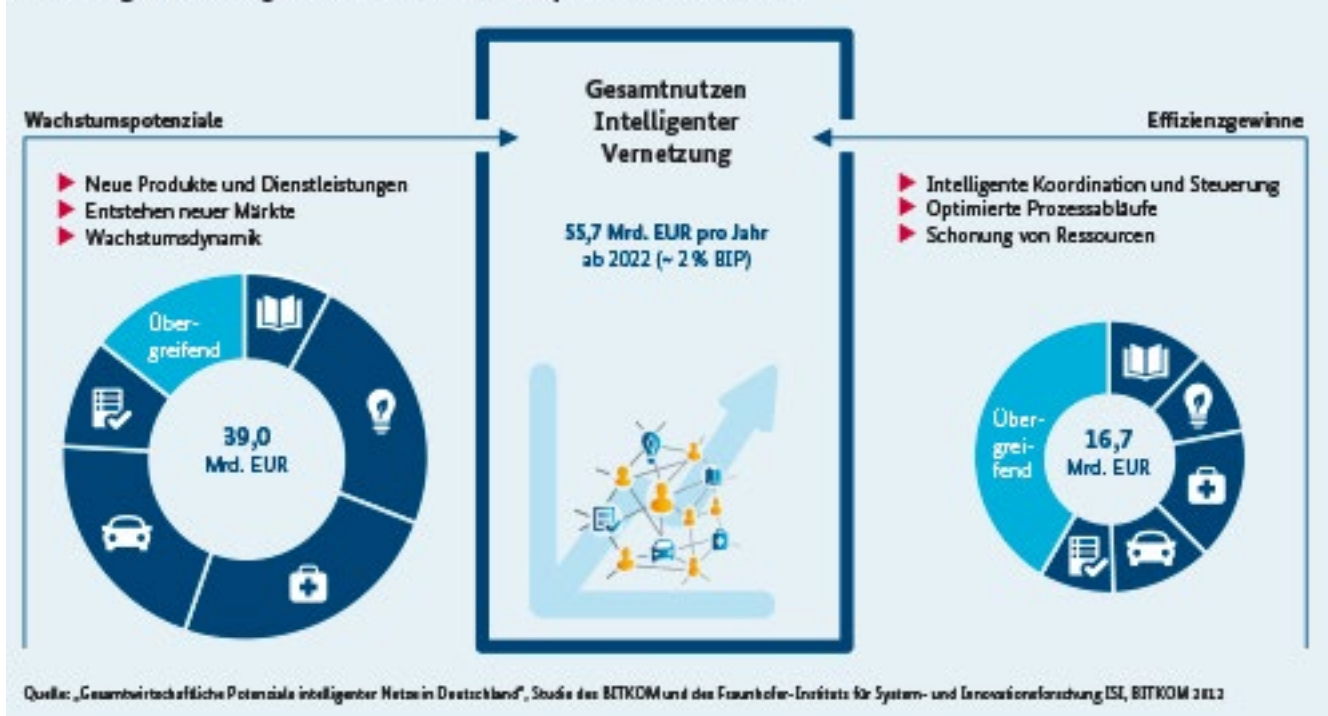
Jährlich rund 56 Milliarden Euro Gesamtnutzen möglich

Für die fünf zentralen Infrastrukturbereiche Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung errechnet eine Studie des Verbandes BITKOM und des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) einen möglichen wirtschaftlichen Gesamtnutzen in Höhe von

rund 56 Milliarden Euro pro Jahr. Dies entspricht rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Berechnung umfasst rund 17 Milliarden Euro Wachstumsimpulse durch neue Anwendungen und Dienstleistungen sowie rund 39 Milliarden Euro Effizienzgewinne, das heißt Einsparungen aufgrund der optimierten Auslastung der Infrastruktur.

Intelligente Vernetzung bietet auch Bürgerinnen und Bürgern viele Vorteile. Im Energiesektor können die Verbraucherinnen und Verbraucher über mehr Transparenz der Preisentwicklung und eine bessere Steuerung ihres Verbrauchs von geringeren Stromkosten profitieren. Im Bildungsbereich geht es um so genannte E-Learning-Angebote mit Videos oder Lernplattformen. E-Learning ermöglicht es, die Zeit, den Ort und das Tempo des Lernens flexibel festzulegen. So kann das persönliche Lernen leichter mit anderen beruflichen oder familiären Verpflichtungen in Einklang gebracht werden. Außerdem wird der Zugang zu Bildungsangeboten für alle Bevölkerungsgruppen erleichtert. Im Gesundheitssektor können aufgrund der aufgezeichneten Daten Krankheitsbilder besser erkannt und behandelt werden. Im Verkehrssektor können automatische Leitsysteme die Zahl von Staus und Unfällen reduzieren. Und eine digitale Verwaltung kann Unternehmen und Bürger spürbar entlasten.

Abbildung 1: Effizienzgewinne und Wachstumsimpulse nach Basissektoren



Chancen der Digitalisierung ergreifen – Netze neu nutzen

Ziel der Strategie ist es, im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interesse einen Beitrag zur Wohlstandssteigerung zu leisten, und zwar durch eine optimale Nutzung der durch Digitalisierung und Vernetzung eröffneten Möglichkeiten für Basissysteme unseres Gemeinwesens. Hierfür werden 36 Einzelmaßnahmen in vier Aktionsfeldern ergriffen:

1. Anwendungssektoren unterstützen
2. Zusammenarbeit fördern
3. Rahmenbedingungen verbessern
4. Beteiligung stärken

Mit der zunehmenden Digitalisierung wird auch die Nachfrage nach Telekommunikationsdienstleistungen sowie die Zahlungsbereitschaft für besonders leistungsfähige Breitbandanschlüsse steigen. Damit werden auch die Refinanzierungsmöglichkeiten für den Breitbandausbau verbessert.

Die Bundesregierung hat Strategieempfehlungen der früheren Arbeitsgruppe 2 des IT-Gipfels (heute Fokusgruppe Intelligente Vernetzung) ebenso aufgegriffen wie Ergebnisse einer Best-Practice-Studie und des BMWi-Fachdialogs Intelligente Vernetzung. Für die Strategieerarbeitung hat das BMWi eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Vertreterinnen und Vertreter von Ländern, Kommunen, Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft waren zusätzlich eingebunden.

Politischer Handlungsbedarf wurde bei der Verbesserung von Rahmenbedingungen, wie Breitbandausbau und Frequenzen, Standardisierung und Normung, Datenschutz und IT-Sicherheit, gesehen, sowie vor allem in der Unterstützung bei der Beschaffung und Bewertung von Informationen und der Reduzierung von Koordinationskosten bei den Akteuren. Deshalb zielt die Strategie insbesondere darauf, privaten und gewerblichen Anwenderinnen und Anwendern durch Aufklärung und Partizipation selbstbestimmte, informierte Entscheidungen zu ermöglichen.



Initiative Intelligente Vernetzung – informieren und vernetzen



Um die zahlreichen Potenziale zu heben, sind mehr Information und Kommunikation notwendig. Es ist wichtig, den Austausch zu fördern, das Wissen um Intelligente Vernetzung zu erhöhen und das Thema durch mehr gute Beispiele greifbar zu machen.

Das Ziel der Initiative ist es, Intelligente Vernetzung gemeinsam mit Partnern aus Unternehmen, Forschungsinstitutionen und Verbänden sowie Experten aus den Anwendungssektoren Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung voranzubringen. Wie auch für die Plattform Industrie 4.0 wurde für die Initiative Intelligente Vernetzung eine Anlaufstelle für eine intensivere branchenübergreifende Zusammenarbeit eingerichtet. Die Initiative möchte zu einem besseren Verständnis des Themenbereichs und seiner Fragestellungen beitragen und eine fachliche Vertiefung sowie eine neue Qualität und neue Formate des Dialogs realisieren. So führt die Initiative Befragungen, Surveys und Studien durch, z. B. die Best-Practice-Studie „Intelligente Netze – Beispielhafte IKT-Projekte in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung“ sowie eine Studie über die Fördermittellandschaft auf EU-, Bundes- und Länderebene.



Staatssekretär Machnig und Professor Oltmanns auf der Auftaktveranstaltung

Akzeptanz ist ein Schlüsselfaktor

Bei der Auftaktveranstaltung der Initiative Intelligente Vernetzung am 19. Juni 2015 in Berlin wurden auch die Ergebnisse der ersten Befragung der Initiative zum Thema Akzeptanz vorgestellt. Staatssekretär Machnig betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung Intelligenter Vernetzung und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen für Deutschland. Gleichzeitig machte er deutlich: „Der Schlüssel für die Nachfrage und Nutzung innovativer Lösungen und damit für den Erfolg der Digitalisierung liegt in der Akzeptanz. Handlungsbedarf besteht insbesondere darin, das Wissen um entsprechende

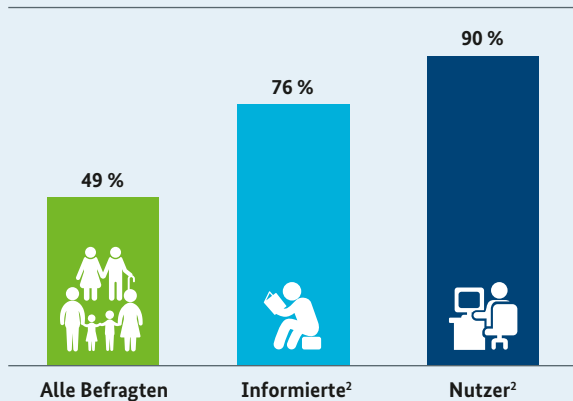
Anwendungen und deren Chancen zu erhöhen, da viele Menschen für sie mögliche Anwendungen häufig gar nicht kennen. Denn die Akzeptanz Intelligenter Vernetzung steigt, je besser Menschen über die entsprechenden Anwendungen Bescheid wissen und diese nutzen.“

Die von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für die Initiative durchgeführte repräsentative Bevölkerungsbefragung „Akzeptanz von Anwendungen Intelligenter Vernetzung“ bestätigte: Viele Menschen sehen einen gesellschaftlichen, aber auch persönlichen Nutzen Intelligenter Vernetzung (siehe Abbildung 2).

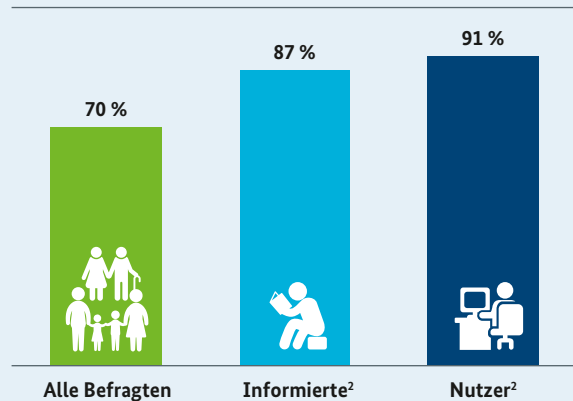
Abbildung 2: Bewertung des persönlichen und gesellschaftlichen Nutzens Intelligenter Vernetzung

„Ich glaube, dass derartige Anwendungen [für mich/die Gesellschaft] einen hohen Nutzen haben“

Persönlicher Nutzen¹



Gesellschaftlicher Nutzen¹

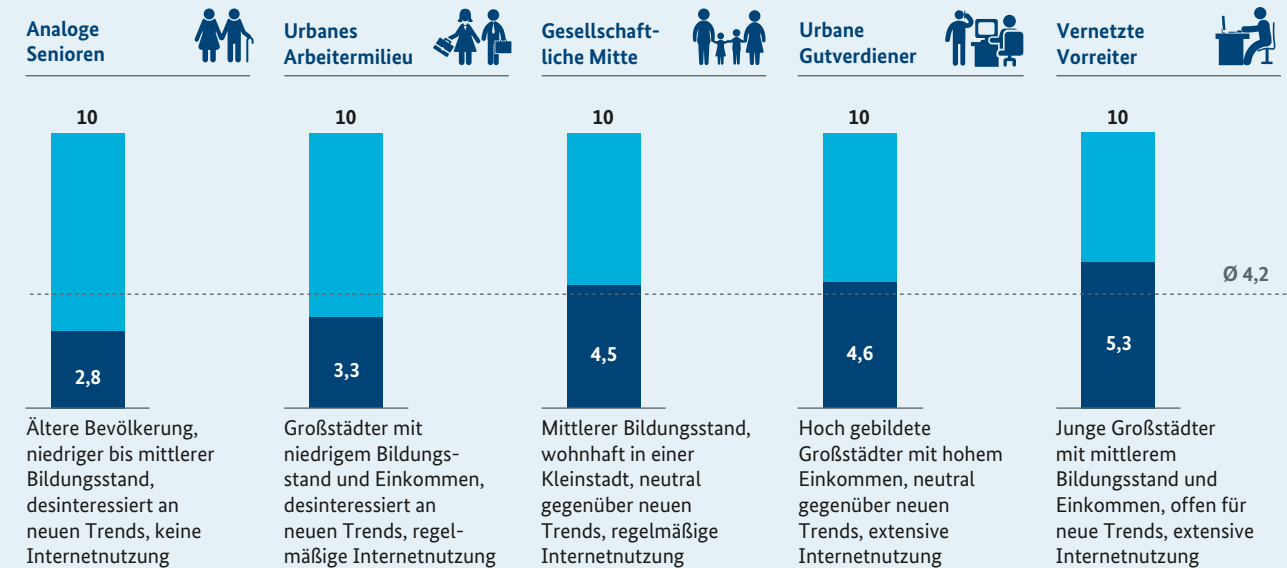


1 Durchschnitt über alle Sektoren; Befragte, die „Stimme voll und ganz zu“, „Stimme zu“ und „Stimme eher zu“ geantwortet haben
 2 Informierte: Kannten derartige Anwendungen bereits; Nutzer: Nutzen derartige Anwendungen bereits regelmäßig

Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage 2015, durchgeführt durch die GfK im Auftrag der Initiative Intelligente Vernetzung

Abbildung 3: Akzeptanz nach verschiedenen Anwendergruppen

Akzeptanz-Index (0 – 10) und Unterscheidungsmerkmale der Anwendergruppen



Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage 2015, durchgeführt durch die GfK im Auftrag der Initiative Intelligente Vernetzung

Als persönliche Vorteile werden von rund 80 Prozent der Befragten die größere Flexibilität und Qualität sowie Kosteneinsparungen wahrgenommen. Zudem ist zu sehen, dass die Akzeptanz Intelligenter Vernetzung steigt, je mehr Menschen die entsprechenden Anwendungen kennen und diese nutzen. Unter allen Befragten lag der Akzeptanz-Index bei 4,2 (auf einer Skala von 0 bis 10), während er bei den Befragten, die auch Anwendungen kannten, bei 5,9 lag. Am stärksten ist die Akzeptanz Intelligenter Vernetzung bei jungen Menschen, die offen für neue Technik sind und intensiv das Internet nutzen (siehe Abbildung 3).

Die Ergebnisse wurden im Rahmen von fünf Expertenworkshops zu den Anwendungssektoren bei der Auftaktveranstaltung intensiv diskutiert. Dabei waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig:

- ▶ Anwendungen Intelligenter Vernetzung müssen für die Menschen greifbar und erfahrbar gemacht werden – beispielsweise durch Modellregionen.
- ▶ Professionelle Anwenderinnen und Anwender wie Lehrer, Ärzte und Beamtinnen und Beamte müssen aktiv informiert und unterstützt werden, damit die Potenziale der Digitalisierung – soweit sinnvoll – genutzt werden und auch im Rest der Bevölkerung auf Vertrauen stoßen.

- ▶ Die Probleme mit Datenschutz und -sicherheit müssen geklärt und transparent kommuniziert werden, denn ohne das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in sichere Daten wird es schwer, Menschen von den Vorteilen der Anwendungen zu überzeugen.

Open-Innovation-Plattform

Neben den Informationsangeboten wie den vorgestellten Befragungen und Studien ist die Open-Innovation-Plattform ein weiterer zentraler Baustein der Initiative. Auf diesem digitalen Markt- und Diskussionsplatz der Intelligenen Vernetzung können sich Expertinnen und Experten, Nutzerinnen und Nutzer sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Initiative beteiligen: Die Beiträge der ersten Kampagne zum Thema Akzeptanz fließen in einen Leitfaden Intelligente Vernetzung ein. Dieser bietet Handlungsempfehlungen für die weitere Ausrichtung der Initiative, Hilfestellung für neue Projektideen und Anregungen für Studienthemen. In einer zweiten Kampagne bringen Menschen eigene Ideen und Erfahrungen ein und stellen Best-Practice-Projekte vor, zum Beispiel zu virtuellen Kraftwerken oder Gesundheits-Apps.

Open-Innovation-Plattform

So können sich Interessierte beteiligen:

- ▶ Sie registrieren sich unter:
www.oip.netze-neu-nutzen.de
- ▶ Sie reichen eigene Beiträge, Konzepte und Ideen ein (in Form kurzer Zusammenfassungen oder auch als detailliert-ausführliche Beschreibungen).
- ▶ Sie teilen die Beiträge mit anderen und erhalten Anregungen für die Weiterentwicklung ihrer Ideen und Projekte.
- ▶ Sie schauen sich zudem die Beiträge anderer an, bringen dort ihre Meinung ein und vernetzen sich.

Weitere Vorstellungen wegweisender Projekte erhalten die Nutzerinnen und Nutzer auf der Website www.netze-neu-nutzen.de, zum Beispiel auf einer interaktiven Best-Practice-Landkarte, auf der sie gezielt nach Projekten in ihrer Region suchen können. Zudem finden sich dort Hintergrundinformationen zu den fünf Anwendungssektoren sowie der Newsletter der Initiative. Er erscheint quartalsweise und informiert alle Interessierten über die neuesten Entwicklungen der Intelligenten Vernetzung in Deutschland und die Aktivitäten der Initiative.

Auch Veranstaltungen zählen zu den Maßnahmen. Eine Roadshow bringt Partner vor Ort in den Regionen gezielt Intelligente Vernetzung nahe. Ihr Ziel ist es, Chancen Intelligenter Vernetzung speziell für die jeweilige Region zu erörtern und interessierte Akteure miteinander zu vernetzen. An diesen Workshop-Veranstaltungen mit hohem Praxis- und Regionalbezug beteiligen sich Netzwerkpartnerinnen und -partner, Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Politik sowie Projekte vor Ort in Städten und Gemeinden.

Auf der Future Convention in Frankfurt am 23. November startete die Roadshow. Im Mittelpunkt standen die Chancen und Risiken von Big Data im Gesundheitsbereich. Unter dem Titel „Sind wir schon bei ‚The Circle‘? – Vernetzte Daten in der Gesundheitswelt“ wurde dieses zentrale Zukunftsthema der Initiative von allen Seiten beleuchtet. Im Rahmen ihrer Roadshow wird die Initiative am 18. Februar 2016 Walldorf/Wiesloch (Metropolregion Rhein-Neckar), am 24. Februar 2016 Nürnberg und im März 2016 Leipzig und Aachen besuchen.

Interessierte Kommunen, Städte und Regionen sind eingeladen, mit weiteren Veranstaltungen an der Roadshow teilzunehmen. Dabei kann es sowohl um ein neues Projekt der Intelligenten Vernetzung gehen als auch um frische Impulse für bestehende Projekte vor Ort.

Bei Fragen und Anliegen zur Initiative sowie dem Wunsch nach einer Zusammenarbeit oder einem gemeinsamen Roadshow-Termin zur Intelligenten Vernetzung können sich Interessierte mit der Anlaufstelle in Verbindung setzen:

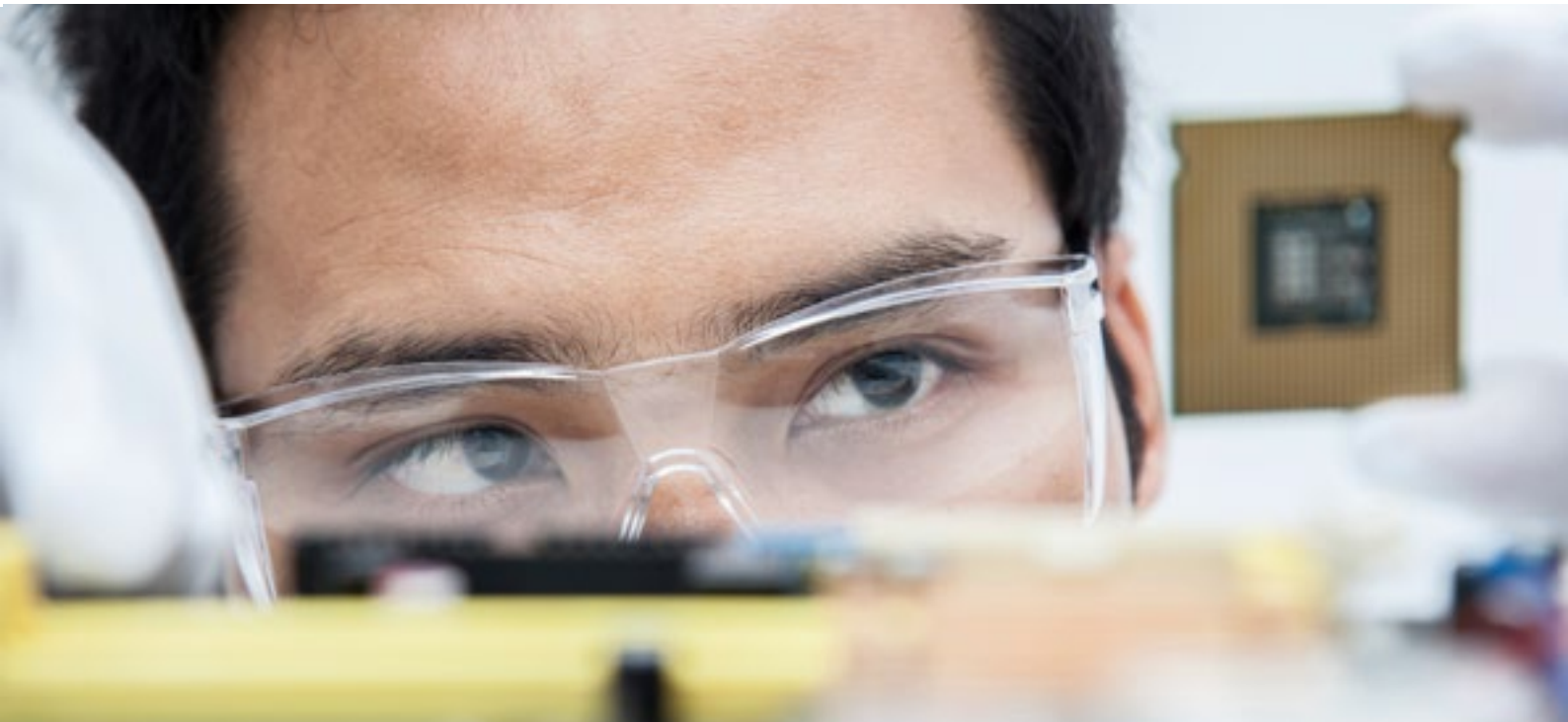
Kontakt zur Initiative Intelligente Vernetzung

Initiative Intelligente Vernetzung
c/o Roland Berger GmbH
Telefon: +49 (0) 30 399 27-3300
Fax: +49 (0) 30 8968-3300
E-Mail: info@netze-neu-nutzen.de

Kontakt: Andreas Hartl
Referat: Grundsatzfragen der TK- und Postpolitik,
wettbewerbs- und regulierungspolitische Fragen der
Digitalisierung, Fachaufsicht BNetzA

Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist

„So viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig“: Diese Maxime von Karl Schiller gilt auch heute noch – vor allem mit Blick auf die Bereiche Forschung und Innovation. Die Politik will einerseits Impulse für konkrete, strategisch wichtige und zukunftsrelevante Forschung und Innovationen setzen. Andererseits baut der Staat auf das Wissen der Marktteilnehmer und lässt die Unternehmen selbst entscheiden, auf welchen Technologiefeldern sie forschen und innovieren wollen.



Technologiespezifische Forschungsförderung

Die Forschungsförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist zu einem Teil technologiespezifisch, das heißt auf bestimmte Forschungsthemen ausgerichtet. Technologiespezifische Förderprogramme, für die das BMWi federführend zuständig ist, finden sich in der Energiepolitik, der Luft- und Raumfahrt, der maritimen Wirtschaft und der Elektromobilität. Ein gemeinsames Kennzeichen dieser Bereiche ist, dass aus wirtschaftspolitischen, gesellschaftspolitischen und/oder umweltpolitischen Gründen ein „Mehr“ an Forschung und Innovation erforderlich ist, als der Markt von sich aus hervorbringt. Das gilt umso mehr, je weiter die Forschungsprojekte vom Markt entfernt sind.

Das BMWi leitet für diese Bereiche auf Basis von Bedarfsanalysen und Expertengesprächen die Forschungsthemen ab, die eine besondere Zukunftsrelevanz haben, und fördert entsprechende Forschungsprojekte. Der Etatansatz beträgt für 2015 insgesamt rund zwei Milliarden Euro, davon über eine Milliarde Euro allein für die Raumfahrt.

Die Forschungsförderung orientiert sich meist an konkreten Zielen: Mit Projekten im Bereich der Elektromobilität sollen beispielsweise bis Ende 2020 rund eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen gebracht werden. Aber auch qualitative Ziele sind möglich: In der Luftfahrtforschung lautet beispielsweise eines der Ziele, leise und effiziente Antriebe zu entwickeln.

Technologieoffene Forschungsförderung

Auf der anderen Seite bietet das BMWi technologie- und branchenoffene Forschungs- und Innovationsförderprogramme an. Hier ist es nicht das BMWi, sondern die Wirtschaft selbst, die darüber entscheidet, in welchen Bereichen geforscht und innoviert wird. Das BMWi wird lediglich flankierend tätig. Es sorgt dafür, dass chancenreiche, aber anspruchsvolle und risikobehaftete Forschungs- und Innovationsvorhaben der Wirtschaft umgesetzt werden, die ohne Förderung so nicht zustande kommen würden. Über die technologieoffenen Programme werden vor allem markt-nahe Projekte unterstützt, die unmittelbar die Umsätze der Unternehmen steigern und neue Arbeitsplätze schaffen.

Zu den technologieoffenen Programmen in der Zuständigkeit des BMWi gehören das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF). Damit unterstützt das BMWi die verschiedenartigsten Forschungs- und Innovationsaktivitäten in den Unternehmen – und zwar in ihrer ganzen thematischen Breite: von Biotechnologie, Maschinenbau und IKT über Bautechnologie bis hin zur angewandten Textilforschung. Beiden Programmen ist gemeinsam, dass sie einen seit vielen Jahren (ZIM) beziehungsweise Jahrzehnten (IGF) verlässlichen Förderrahmen bieten. In diesem Jahr stehen für beide Programme insgesamt rund 700 Millionen Euro zur Verfügung.

ZIM

Mit einem Jahresbudget von über 540 Millionen Euro in 2015 und rund 4.500 geförderten Projekten im Jahr ist das ZIM das größte deutsche Programm zur Stärkung des innovativen Mittelstands. Je nach Projektform erhalten die Unternehmen einen Zuschuss in Höhe von 25 bis 55 Prozent der Projektkosten, die bis maximal 380.000 Euro förderfähig sind. Mit Mittelständlern kooperierende Forschungseinrichtungen können ihre Teilprojekte bis zu einer Höhe von 190.000 Euro zu 100 Prozent erstattet bekommen. Auch Netzwerke für anspruchsvolle Innovationsvorhaben können unterstützt werden.

IGF

Die IGF (Etatansatz für 2015: 139 Millionen Euro) unterstützt vorwettbewerbliche Forschungsprojekte von Forschungsvereinigungen, in denen eine Vielzahl von Unternehmen mitwirken. Unternehmen begleiten die Projekte gemeinschaftlich und haben so einfachen und schnellen Zugang zu verwertbaren Forschungsergebnissen, auf deren Basis die Unternehmen markt-nahe Innovationsprojekte in die Wege leiten können.

Roadshow

Um das ZIM, die IGF und das weitere Spektrum des ineinandergreifenden Förderangebots noch bekannter zu machen, hat das BMWi zusammen mit der Förderberatung des Bundes und regionalen Partnern eine auf ein halbes Jahr angelegte Informationsreihe (Roadshow) gestartet. Nach der Auftaktveranstaltung am 27. Oktober 2015 in Mülheim an der Ruhr sind weitere Veranstaltungen in Frankfurt/Main, Stuttgart, Hannover, Suhl, München, Hamburg, Chemnitz und Berlin vorgesehen.

Innovationen entstehen heutzutage nicht nur dadurch, dass einzelne Unternehmen ihre Ideen in die Praxis umsetzen, sondern oftmals durch Zusammenwirken von mehreren Marktteilnehmern und in Verbindung mit Forschungseinrichtungen. Aus diesem Grund werden im Rahmen von ZIM und IGF Kooperationen zwischen Unternehmen, aber auch zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft in verstärktem Maße gefördert. Dabei können die Kooperationspartner auch aus dem Ausland kommen. In der Praxis lässt sich beobachten, dass Unternehmen zunehmend den Weg der Zusammenarbeit wählen. Durch diese Vernetzungen entstehen häufig bemerkenswerte und hochinnovative Produkte und Verfahren.



Praxisbeispiele aus IGF und ZIM

Die durch technologieoffene Programme wie IGF und ZIM beförderte interdisziplinäre Zusammenarbeit bringt oft überraschende, hochinnovative Ergebnisse zutage:

So haben beispielsweise bei einem im vergangenen Jahr mit dem Rohstoffeffizienzpreis ausgezeichneten IGF-Projekt verschiedene Forschungseinrichtungen zusammen mit Unternehmen der Umwelttechnik, der Textilindustrie und der metallverarbeitenden Industrie innovative Textilfasern entwickelt, mit denen Gold und andere Wertmetalle aus bestimmten Abwässern gefiltert werden können.

Fachübergreifende Zusammenarbeit ist oft auch ein Erfolgsfaktor von ZIM-Projekten: Beispielsweise entwickelten Zoologen, Anlagenbauer und Umwelttechniker ein System, in dem Fliegenlarven in der Abwärme von Kraftwerken Müll in Biorohstoff verwandeln.

Gleichzeitig belegen Förderbeispiele, dass aus der Breite des Mittelstands oft früh in Zukunftstechnologien investiert wird, oft in chancenreichen Marktnischen. Beispielsweise entwickelten 2010 drei Unternehmen in einem ZIM-Projekt gemeinsam ein modernes Elektro-Moped, das heute bereits tausendfach leise und umweltfreundlich über Europas Straßen fährt.

Zusammenfassung und Ausblick

Technologiespezifische und technologieoffene Forschungsförderprogramme verfolgen das Ziel, die Forschungs- und Innovationsleistungen in Deutschland zu steigern. Die technologiespezifische Förderung ist dabei auf die Bewältigung großer zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen ausgerichtet. Die technologieoffene Forschungsförderung will hingegen angewandte und marktnahe Forschung ohne vordefinierte Grenzen stimulieren, indem sie den Ideenreichtum der Unternehmen nutzt. Sie setzt dabei auf das dezentrale Wissen und die wirtschaftlichen Interessen von vielen Marktteilnehmern.

Für eine große Volkswirtschaft wie die Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, beide Ansätze weiterzuentwickeln, um mit den besten Forschungs- und Innovationsstandorten weltweit mithalten zu können.

Kontakt: Ruth Lochte

Referat: Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik

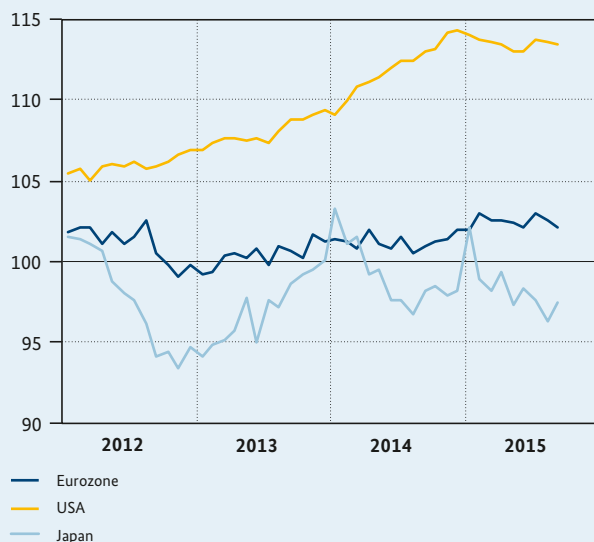
II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Heterogenes Bild.

Die Entwicklung in der Weltwirtschaft verlief im ersten Halbjahr wenig dynamisch. Für den weiteren Verlauf haben sich die Aussichten vor allem aufgrund der Konjunkturabschwächung in den Schwellenländern etwas eingetrübt. Die OECD hat daher ihre Prognose für das Wachstum der globalen Wirtschaft für das Jahr 2015 im aktuellen Economic Outlook vom November um 0,2 Prozentpunkte auf 2,9% und für das Jahr 2016 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,3% nach unten korrigiert. Im August ist die weltweite Industrieproduktion etwas gesunken. Dabei waren sowohl in den Industrie- als auch den Schwellenländern leichte Rückgänge zu verzeichnen. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima schwächte sich zuletzt weiter ab und signalisiert keine durchgreifende Verbesserung. In China scheint sich die Verlangsamung des Wachstums graduell fortzusetzen. Dies haben die Zahlen zum dritten Quartal gezeigt. Die Wachstumsaussichten der rohstoffexportierenden Schwellenländer wie Russland oder Brasilien sind weiterhin durch die niedrigen Öl- und Rohstoffpreise gedämpft.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

In den Industrieländern war dagegen das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr relativ robust. In den Vereinigten Staaten stieg das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2015 annualisiert allerdings nur um 1,5%. Im Eurogebiet setzte sich die moderate konjunkturelle Erholung fort. Insgesamt dürfte sich daher das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf nur wenig beschleunigen.

USA: Mit verlangsamtem Wachstum.

Im dritten Quartal 2015 schwächte sich die Wachstumsdynamik der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung in den Vereinigten Staaten nach ersten Schätzungen ab und blieb mit einem Anstieg um annualisiert 1,5% deutlich hinter der kräftigen Steigerung des zweiten Quartals zurück (annualisiert +3,9%). Die Wachstumsverlangsamung ist auf eine schwächere Entwicklung in nahezu allen Verwendungsbereichen zurückzuführen. Wachstumstreiber blieb insbesondere die Nachfrage der privaten Haushalte.

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft im zweiten Halbjahr bisher verhalten. Nach einem Anstieg im Juli ging die Industrieproduktion im September zum wiederholten Mal zurück. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im Oktober zum vierten Mal in Folge gesunken. Der konsolidierte Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen stagnierte zuletzt oberhalb der Expansionsschwelle. Der Beschäftigungszuwachs nahm im Oktober nach zwei schwächeren Monaten wieder zu. Der anhaltend starke Dollar dürfte die Exportwirtschaft belasten. Im Gesamtbild erscheint der Aufschwung in den Vereinigten Staaten etwas gebremst, wobei die letzten Arbeitsmarktzahlen wieder positiv überraschten. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Diskussion um die Zinswende fort. Die OECD behielt ihre Prognose vom September für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 in Höhe von 2,4% in ihrem aktuellen Economic Outlook vom November bei. Für das Jahr 2016 geht die OECD von einer leichten Beschleunigung auf 2,5% aus.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3
Euroraum	0,3	0,4	0,5	0,4	0,3
USA	1,1	0,5	0,2	1,0	0,4
Japan	-0,3	0,3	1,1	-0,2	-0,2

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Euroraum	11,0	10,9	10,9	10,8	-
USA	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0
Japan	3,4	3,3	3,4	3,4	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

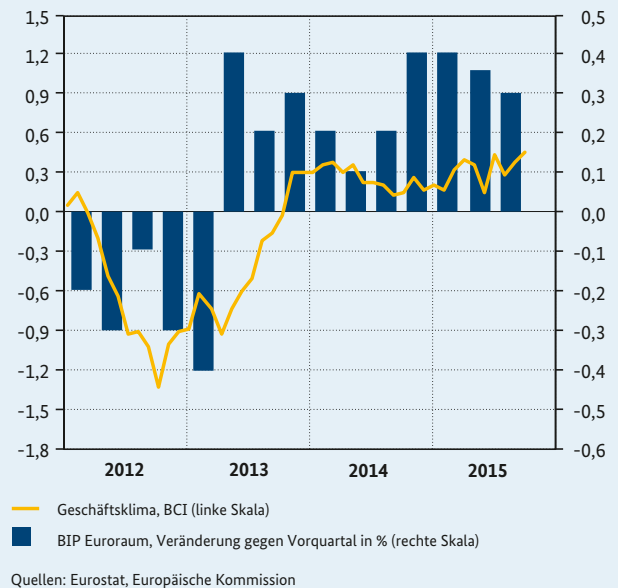
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Euroraum	0,2	0,2	0,1	-0,1	0,1
USA	0,1	0,2	0,2	0,0	-
Japan	0,4	0,3	0,2	0,0	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Mit weiterer Abschwächung.

Nach einer Schwächephase im Sommerhalbjahr 2014 expandierte die japanische Wirtschaft im Winterhalbjahr und insbesondere im ersten Quartal 2015 kräftig. Im Sommerhalbjahr 2015 schwächte sich die Konjunktur ab. Das Bruttoinlandsprodukt ging im zweiten und dritten Quartal um jeweils 0,2% zurück. Die Industrieproduktion bewegt sich seit einigen Monaten sehr volatil seitwärts. Trotz leichter Erholung im September setzten die Auftragseingänge ihre Abwärtstendenz fort. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe befindet sich jedoch seit Mai oberhalb der Expansionsschwelle und stieg im Oktober erneut. Auch die Beschäftigung erhöhte sich im September weiter gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Verbraucherpreise weisen allerdings nach wie vor wenig Dynamik auf. Der Ausblick für die japanische Wirtschaft hat sich angesichts der geschwächten Exportnachfrage aus dem asiatischen Raum und insbesondere China eingetrübt. In ihrem aktuellen Economic Outlook vom November geht die OECD von einem Wirtschaftswachstum von 0,6% für das Jahr 2015 und 1,0% für das Jahr 2016 aus. Diese Einschätzung deckt sich mit der des IWF in dessen letzten Update vom Oktober 2015.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Fortschreitende Erholung.

Im Euroraum setzt sich die moderate Erholung weiter fort. Die wirtschaftliche Aktivität ist im dritten Quartal preis- und saisonbereinigt um 0,3% gestiegen, nach einem Anstieg um 0,4% im zweiten und 0,5% im ersten Quartal. Von den großen Mitgliedstaaten wächst vor allem die spanische Wirtschaft mit Wachstumsraten von 0,8% bis 1,0% zu den vorangegangenen Quartalen dynamisch. Frankreich erzielte zuletzt ein Wachstum von 0,3% nach Stagnation im zweiten Quartal und einem sehr guten Jahresstart. In Italien war das Wirtschaftswachstum nach der Rezession mit +0,2% im dritten Vierteljahr das dritte Quartal in Folge positiv.

Nach einem guten Start in die zweite Jahreshälfte ging die Industrieproduktion im Eurogebiet im September erneut etwas zurück. Der Economic Business Climate Indicator stieg im Oktober wiederholt und liegt aktuell auf dem höchsten Wert seit Juli 2011. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im September weiter leicht auf 10,8% zurück. Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich im Verlauf des Jahres weiter festigen, was durch den niedrigen Ölpreis und den schwachen Wechselkurs unterstützt wird. Die OECD erwartet für das Jahr 2015 ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,5%. Für das Jahr 2016 geht sie von einer Beschleunigung auf 1,8% aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz Gegenwind aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld in einem gemäßigten, aber soliden Aufschwung.

Die deutsche Wirtschaft expandiert solide.¹ Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im dritten Vierteljahr preis-, kalender- und saisonbereinigt weiter um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal nach einem Anstieg um 0,3 % im ersten und 0,4 % im zweiten Quartal.² Zur starken inländischen Nachfrage trugen vor allem die privaten und staatlichen Konsumausgaben bei. Die Investitionen entwickelten sich dagegen zurückhaltend. Die Importe nahmen stärker zu als die Exporte. Der Außenhandel dämpfte per Saldo ebenfalls.

Die Industrie spürt gegenwärtig einen gewissen Gegenwind, der vornehmlich von der Schwäche der Schwellenländer herrührt. Nach einer Anpassungsphase dürfte die Nachfrage nach industriellen Produkten aber wieder etwas zunehmen. Die Bautätigkeit hat ihre ruhigere Gangart, die sie nach dem starken Winterhalbjahr eingeschlagen hat, bis zuletzt beibehalten. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist

demgegenüber beständig aufwärtsgerichtet. Eine wichtige Rolle für die insgesamt robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung spielt nach wie vor der Arbeitsmarkt. Er liefert einen anhaltend steigenden Beschäftigungsstand und eine gute Einkommensentwicklung. Weitere Triebfedern bleiben der niedrige Ölpreis und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro. Wirtschaftliche Impulse, wenn auch in überschaubarer Größenordnung, werden von der zusätzlichen Nachfrage durch die Flüchtlingsmigration ausgehen.

2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrie spürt die rauere Weltwirtschaftsentwicklung.

Das Geschäftsklima im Bau ist trotz vorübergehend schwacher Baukonjunktur gut.

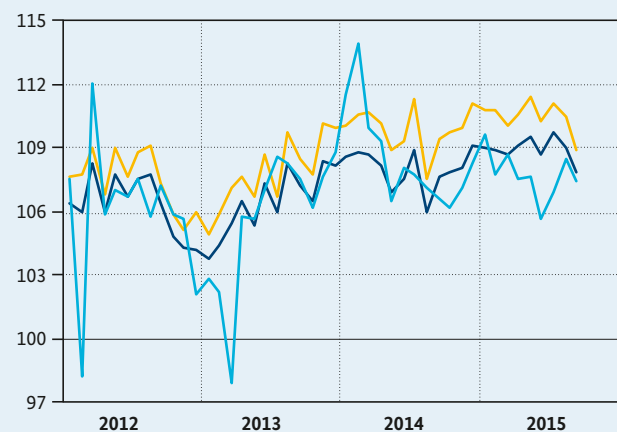
Der Start in das dritte Quartal verlief für das Produzierende Gewerbe zwar positiv, die Lage wurde aber durch zwei Monate mit rückläufigen Produktionsergebnissen zunehmend ungünstiger. Zusammengenommen verminderte

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. November 2015 vorlagen.

2 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13. November 2015 (sog. Schnellmeldung).

sich die Produktion im Produzierenden Gewerbe im dritten Vierteljahr um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Auch die Lageeinschätzung gemäß des ifo Konjunkturtests in der gewerblichen Wirtschaft ging im Verlauf des dritten Quartals leicht zurück, verblieb aber noch über seinem durchschnittlichen Niveau des vergangenen Jahres.

Die Industrieproduktion war in den Monaten August und September rückläufig, sodass sich für den Quartalsdurchschnitt ein Rückgang von 0,5 % ergab. Die rückläufige Produktion erstreckte sich sowohl auf den Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten (-0,8 %) als auch auf Investitionsgüter (-0,1 %) und Konsumgüterproduzenten (-0,9 %). Die Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen konnten zwar angesichts eines sehr guten Starts in das dritte Vierteljahr noch ein positives Quartalsergebnis erreichen. Aber auch sie mussten in den Monaten August und September zwei kräftige Rückgänge der Produktion verkraften. Das Produktionsergebnis im Maschinenbau ist mittlerweile seit vier Monaten abwärtsgerichtet. Diese Entwicklungen stellen eine Belastung für das Schlussquartal dieses Jahres dar.

Industrie

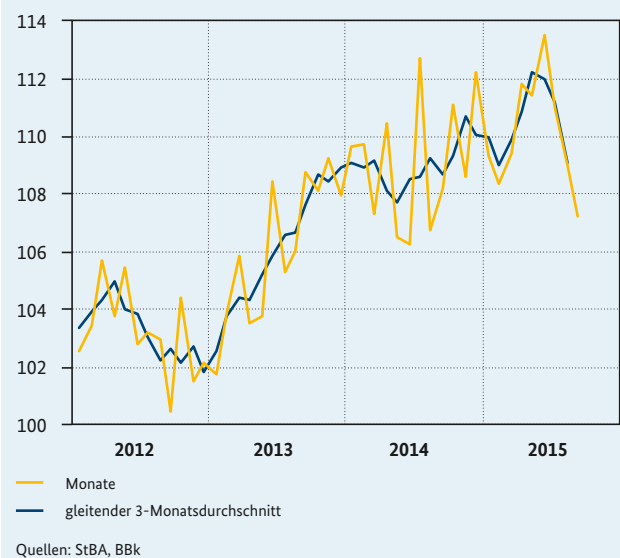
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Produktion					
Insgesamt	0,2	-0,5	0,8	-0,6	-1,4
Vorleistungsgüter	-0,3	-0,8	-0,8	0,4	-0,4
Investitionsgüter	0,4	-0,1	2,8	-1,8	-1,4
Konsumgüter	0,9	-0,9	-0,6	-0,2	-3,2
Umsätze					
Insgesamt	0,8	-0,6	1,5	-0,9	-1,2
Inland	0,1	-0,6	0,3	-0,6	-1,1
Ausland	1,5	-0,6	2,7	-1,3	-1,3
Auftragseingänge					
Insgesamt	2,9	-2,8	-2,2	-1,8	-1,7
Inland	-0,7	0,3	3,7	-2,4	-0,6
Ausland	5,6	-5,0	-6,1	-1,4	-2,4
Vorleistungsgüter	0,7	-1,6	-1,4	-0,5	0,4
Investitionsgüter	4,4	-3,5	-2,5	-2,9	-2,9
Konsumgüter	3,2	-4,1	-2,8	-0,9	-0,4

Quellen: StBA, BBk

Auch die Umsätze fielen im September den zweiten Monat in Folge schwach aus. Dies gilt für das Inlands- und das Auslandsgeschäft gleichermaßen. Dabei resultiert der Rückgang der Umsätze mit dem Ausland aus dem Handel mit Drittstaaten. Die Umsätze mit dem Euroraum fielen im September und auch im Durchschnitt des dritten Vierteljahres positiv aus. Die Erwartungskomponente des ifo Konjunkturtests für die gewerbliche Wirtschaft entwickelte sich im September und Oktober positiv, sodass trotz der zuletzt ungünstigen Umsatzindikatoren eine gewisse Zuversicht begründet ist.

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



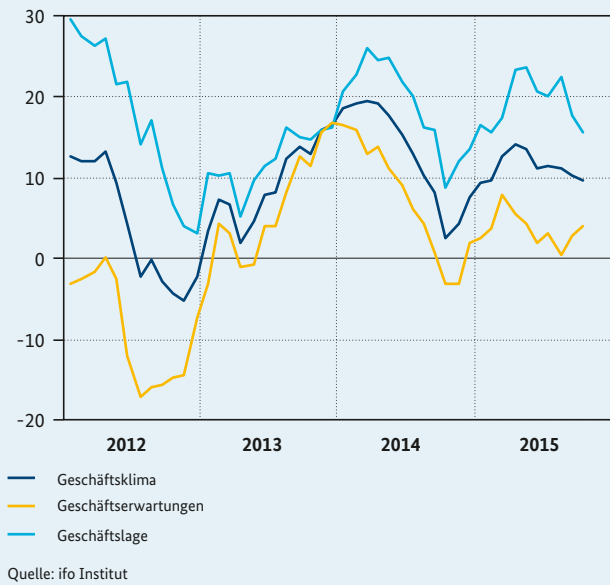
Die Auftragseingänge blieben im September abermals unter dem Niveau des Vormonats. Insbesondere die Bestell-tätigkeit aus dem Ausland ist nunmehr seit drei Monaten abwärtsgerichtet und liegt im dritten Vierteljahr um 5,0 % unter dem Niveau des zweiten Vierteljahres. Die Bestellungen aus dem Inland waren in den Monaten August und September ebenfalls rückläufig, allerdings konnte mit einem Plus von 0,3 % ein noch leicht positives Quartalsergebnis erzielt werden. Insgesamt verschlechtern sich mit den aktuellen Daten die Aussichten für eine Belebung der Industriekonjunktur. Besonders die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen war mit -1,0 % den dritten Monat in Folge schwach. In diesem Wirtschaftsbereich zeigt sich eine gesplante Entwicklung. Während die Aufträge aus dem Nicht-Euroraum im dritten Vierteljahr um 18,9 % unter dem Vorquartalsergebnis zurückblieben,

waren diejenigen aus dem Euroraum um 2,9% höher als im Vorquartal. Die neuen Bestellungen dieses Wirtschaftszweigs aus dem Inland blieben mit -0,2% nahezu unverändert.

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe ist tendenziell etwas abwärtsgerichtet, liegt aber mit 9,7 Saldenpunkten im Oktober weiterhin deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt von 2,5 Saldenpunkten. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich in den vergangenen Monaten etwas verbessert, die Lageeinschätzungen indes verschlechtert.

Nach zwei Monaten mit Produktionszuwächsen hat sich die Bauproduktion im September etwas reduziert. Im dritten Vierteljahr insgesamt nahm die Produktion um 0,7% zu. Dabei war die Erzeugung im Bauhauptgewerbe rückläufig, vor allem bedingt durch geringere Leistungen am Hochbau. Das Ausbaugewerbe konnte demgegenüber mit einem Plus von 2,4% gegenüber dem Vorquartal seine Produktion merklich ausweiten.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Insgesamt	-1,6	0,7	1,2	1,4	-0,9
Bauhauptgewerbe	-0,7	-0,9	0,1	-0,2	0,4
Ausbaugewerbe	-2,7	2,4	2,6	3,1	-2,2

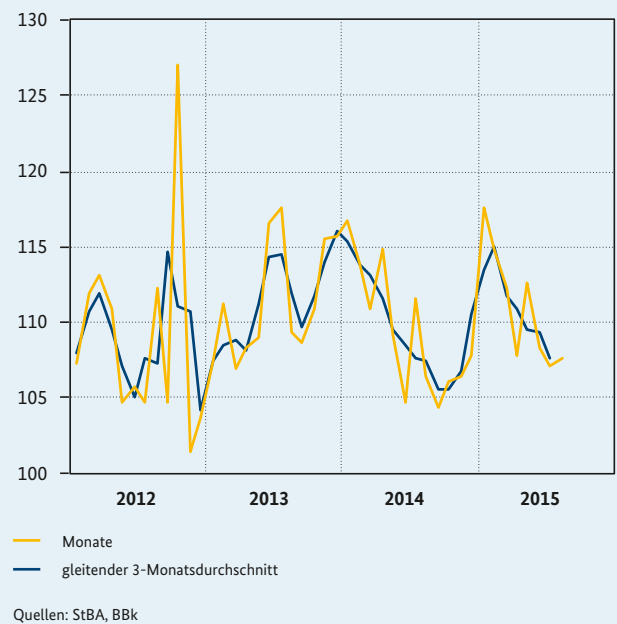
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Insgesamt	7,7	-4,7	-3,8	-1,0	0,4
Hochbau	2,3	-2,8	-3,4	2,4	-3,1
Wohnungsbau*	5,2	-4,9	-2,9	13,3	-10,6
Gewerblicher*	-2,7	0,4	-3,9	-6,9	1,9
Öffentlicher*	12,9	-7,4	-3,2	3,1	5,7
Tiefbau	14,2	-6,8	-4,3	-5,1	4,7
Straßenbau*	13,6	-6,4	-3,1	-4,7	13,9
Gewerblicher*	12,8	-5,5	-12,8	1,9	-0,2
Öffentlicher*	17,2	-9,1	6,9	-13,9	-1,7
Öffentlicher Bau insg.	14,8	-7,5	0,3	-6,7	7,2

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Im Berichtsmonat August nahmen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe wieder leicht zu. Eine tendenziell zunehmende Auftragsvergabe wurde vor allem im Wohnungsbau registriert. Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude bleibt im Trend merklich aufwärtsgerichtet.

Die Stimmung in den Bauunternehmen hat sich gemäß des ifo Konjunkturtests in den letzten Monaten deutlich ver-

bessert. Insbesondere die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate zeigen steil nach oben. Das niedrige Zinsumfeld, die positiven Einkommenserwartungen und die gute Situation am Arbeitsmarkt sprechen für eine absehbar sehr günstige Entwicklung des Wohnungsbaus. Von den öffentlichen Haushalten dürften ebenfalls positive Impulse ausgehen.

3. Privater Konsum

Die Umsätze im Einzelhandel sind im dritten Vierteljahr deutlich aufwärtsgerichtet. Der Kfz-Handel sendet gemischte Signale.

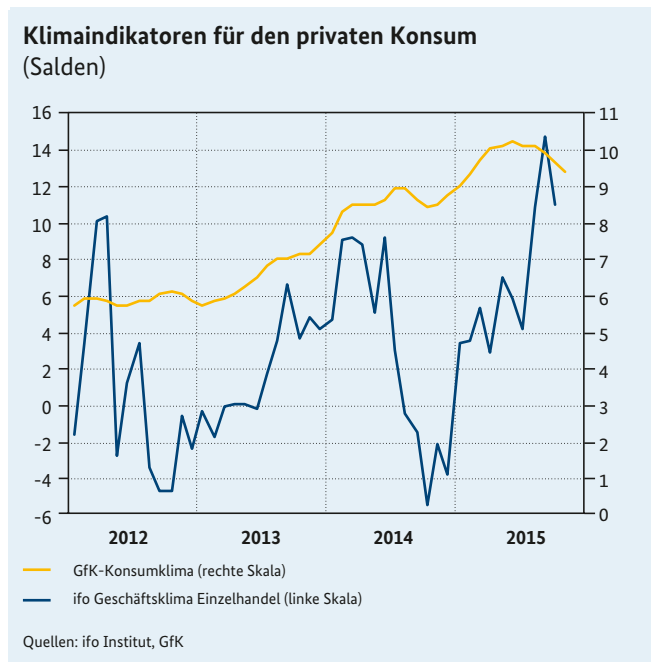
Der private Konsum stützt im dritten Quartal deutlich die Konjunktur.

Der private Konsum ist im dritten Quartal – nach einem zurückhaltenden zweiten Quartal – kräftig expandiert. Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel stabilisierten sich im September nach dem Rückgang im August. Im dritten Quartal wurden sie um 0,9% kräftig ausgeweitet. Der Handel mit Kraftfahrzeugen ging im August allerdings um 0,5%

zurück. Damit schwächte sich sein seit einem Jahr anhaltender schwungvoller Aufwärtstrend zuletzt weiter ab. Seit Dezember des vergangenen Jahres sind die Kfz-Umsätze einschließlich der gewerblichen Käufe im Vergleich zum Vorjahr um etwa 7% gestiegen. Die Steuern vom Umsatz sind im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls deutlich höher ausgefallen.

Passend hierzu zeichnen auch die für den privaten Konsum relevanten Umfrageindikatoren ein positives Bild am aktuellen Rand. Diese deuten auf eine weiterhin sehr gute Stimmung bei Einzelhändlern und Verbrauchern hin. Die Stimmung unter den Händlern hat sich im Oktober, gemessen am ifo Geschäftsklima, etwas abgeschwächt. Dies trübt den seit Jahresbeginn anhaltenden Höhenflug des Indikators aber wenig. Auf der Verbraucherseite bleibt die Stimmung gemessen am GfK-Konsumklima trotz eines erneuten Rückgangs im November auf einem ebenfalls hohen Niveau.

Zusammen mit steigenden Realeinkommen, dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und der sehr hohen Anschaffungsneigung der Verbraucher ist daher von einem beschleunigten Anstieg der privaten Konsumausgaben im dritten Quartal auszugehen. Die stärkere Zuwanderung im zweiten Halbjahr dürfte im vierten Quartal weitere Nachfrageimpulse auslösen.

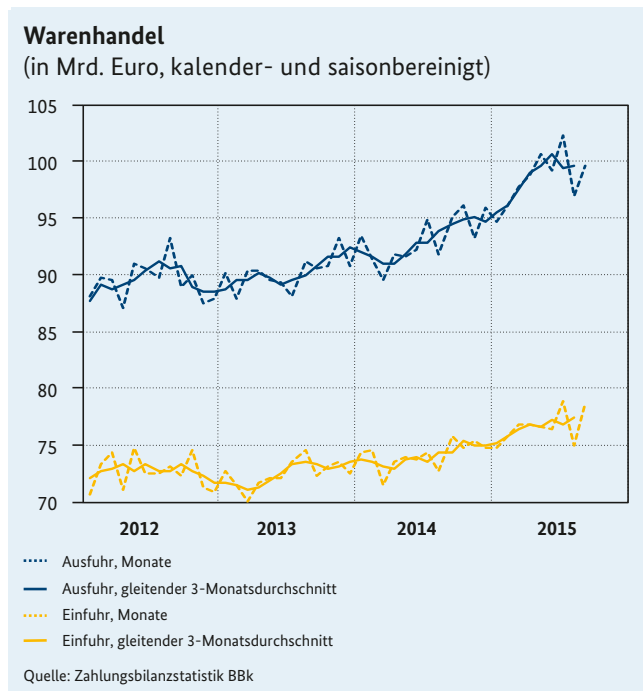


4. Außenwirtschaft

Der Außenhandel dämpfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum im dritten Quartal.

Die Exporterwartungen bleiben zurückhaltend.

Mit der Schwäche des Welthandels und der Weltwirtschaft nahm auch die Aufwärtsdynamik des deutschen Außenhandels im dritten Quartal ab (nominal +0,5%).³ Dabei kam mit dem Anstieg der Ausfuhren im September (+2,3%) die erwartete Gegenreaktion auf den starken Rückgang der Ausfuhren im Vormonat. Die Ausfuhrpreise waren im dritten Quartal insgesamt leicht rückläufig, sodass preisbereinigt ein etwas günstigeres Ergebnis zu verzeichnen sein dürfte. Bis einschließlich August entwickelten sich die Ausfuhren an Waren in Länder außerhalb der Eurozone im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr etwas dynamischer (+7,9%) als die Ausfuhren in die Eurozone (+4,4%). Deutlich rückläufig waren die Exporte nach Russland (-29%). Die Ausfuhren nach China schwächten sich leicht um 1,5% ab.



Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im dritten Quartal deutlich stärker als die Ausfuhren um 1,3%. Dabei wurden in jeweiligen Preisen im September saisonbereinigt 4,1% mehr Waren und Dienstleistungen eingeführt als im Vormonat. Mit den Mineralölpreisen gingen die Einfuhrpreise im dritten Quartal insgesamt deutlich zurück. Daher dürften die Wareneinfuhren in preisbereinigter Rechnung noch deutlich stärker ausgefallen sein. Die Aus- und Einfuhren haben daher im dritten Quartal das gesamtwirtschaftliche Wachstum rechnerisch gedämpft.

Dennoch ergab sich in jeweiligen Preisen im September beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein Überschuss von saisonbereinigt 17,6 Mrd. Euro und für die Leistungsbilanz von 21,3 Mrd. Euro. Für das laufende Jahr kumulieren sich die Leistungsbilanzüberschüsse in Ursprungszahlen auf 177 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+20%) ist maßgeblich auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

Außenhandel*

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	3,2	0,5	2,9	-4,8	2,3
Einfuhr	1,5	1,3	2,7	-4,3	4,1
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	9,1	5,8	7,2	5,9	4,4
Eurozone	7,4	6,2	7,3	3,9	6,9
EU Nicht-Eurozone	11,0	8,1	8,6	7,2	8,4
Drittländer	9,6	4,5	6,5	7,0	0,3
Einfuhr	4,8	5,1	6,8	4,5	3,9
Eurozone	4,2	6,0	7,6	3,7	6,3
EU Nicht-Eurozone	6,1	7,3	7,0	8,0	7,1
Drittländer	4,9	2,6	5,7	3,4	-1,1

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

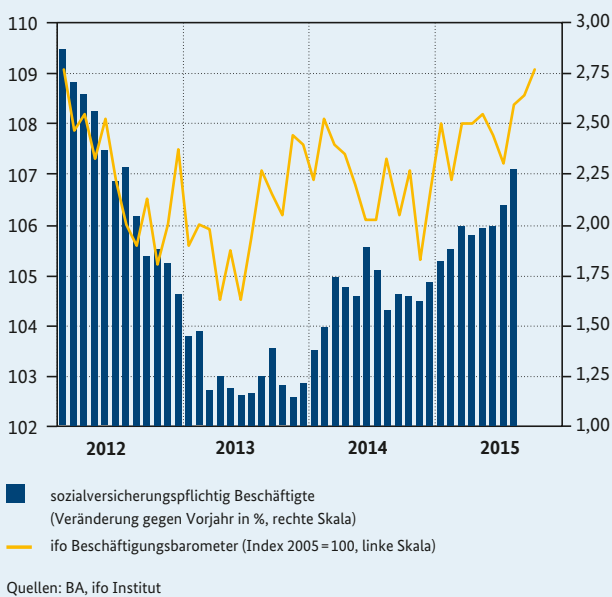
Die Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine verhaltene Exportentwicklung auch im vierten Quartal 2015 hin. Die Auslandsaufträge der Industrie waren zuletzt in der Tendenz abwärtsgerichtet. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe trübten sich im Oktober deutlich ein.

5. Arbeitsmarkt

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an.

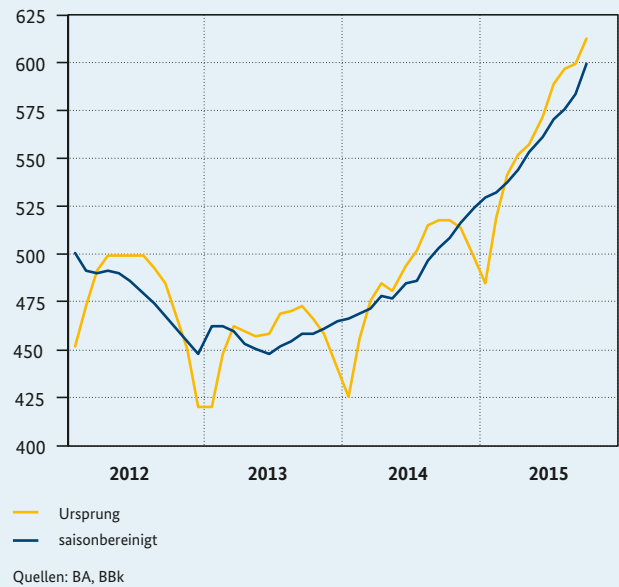
Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an. Die Erwerbstätigkeit nahm im September saisonbereinigt stärker zu als in den Vormonaten. Die Arbeitslosigkeit, die im Vormonat saisonbereinigt geringfügig anstieg, war im Oktober wieder rückläufig. Die Unterbeschäftigung ging ebenfalls zurück. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiterhin zu. Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Frühindikatoren senden im Oktober insgesamt weiterhin positive Signale. Während das ifo Beschäftigungsbarometer erneut leicht angestiegen ist und weiter deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt liegt, ist das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geringfügig gefallen. Die Arbeitsagenturen erwarten für die nächsten drei Monate aber weiterhin einen leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, stieg zuletzt auf ein neues Höchstniveau.

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)

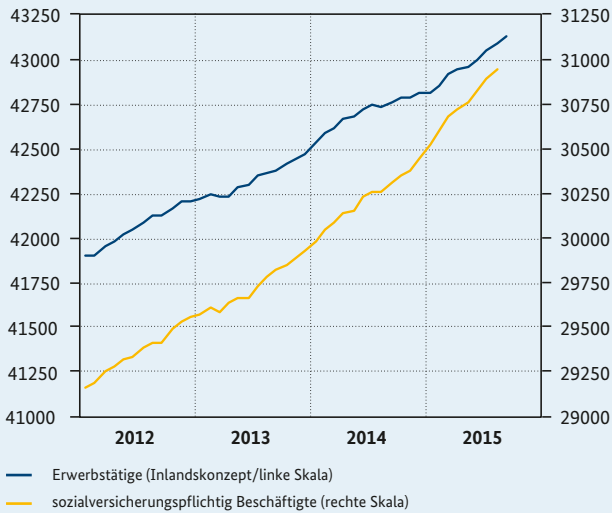


Bei der Erwerbstätigkeit hält der positive Trend im laufenden Jahr an. Die Daten für die vorangegangenen Monate des Jahres wurden zum Teil deutlich aufwärts revidiert. Bereits seit Juni ist in saisonal bereinigter Betrachtungsweise die Marke von 43 Mio. Erwerbstätigen überschritten. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im September saisonbereinigt um 50.000 Personen. Der Zuwachs lag deutlich über den Anstiegen der Vormonate.

Der Aufwuchs bei der Erwerbstätigkeit ist vor allem auf die gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. In der ersten Jahreshälfte trug hierzu bei, dass geringfügige Beschäftigung mit der Einführung des Mindestlohns teilweise in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt wurde. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im August saisonbereinigt um 59.000 Personen zu, viel stärker als die Erwerbstätigkeit im August (+37.000).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg Stand August insbesondere in den Dienstleistungsbereichen Pflege und Soziales (+87.000 Personen), Handel (+83.000 Personen), sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (+70.000) und qualifizierte Unternehmensdienstleistungen (+68.000) gegenüber dem Vorjahr kräftig.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit haben gegenüber dem Vorjahr überwiegend abgenommen. Die Zahl der Selbständigen ist im dritten Quartal 2015 weiter deutlich um 98.000 gegenüber dem Vorjahresquartal auf 4,31 Mio. Personen gesunken. In Arbeitsgelegenheiten waren im September 91.000 ALG-II-Empfänger beschäftigt, 14% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten hat sich auf 4,85 Mio. Personen im August verringert (gegenüber dem Vorjahr -195.000). Insgesamt 2,52 Mio. der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übten zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus, 67.000 Personen mehr als vor einem Jahr.

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Oktober saisonbereinigt um 5.000 Personen, nach einem geringen Anstieg um 2.000 im Vormonat. Im Zuge der Herbstbelegung sank die Arbeitslosigkeit damit nach Ursprungszahlen auf 2,649 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 6,0%. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um 0,3 Prozentpunkte. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im September auf 1,02 Mio. Personen gesunken, 32.000 Personen weniger als vor einem Jahr.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,772	2,759	2,796	2,708	2,649
gg. Vorjahr in 1.000	-114	-102	-106	-100	-83
gg. Vorperiode in 1.000*	-26	3	-6	2	-5
Arbeitslosenquote	6,3	6,3	6,4	6,2	6,0

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
in Mio.	42,9	43,2	43,1	43,2	43,4
gg. Vorjahr in 1.000	276	343	302	346	381
gg. Vorperiode in 1.000*	106	119	44	37	50

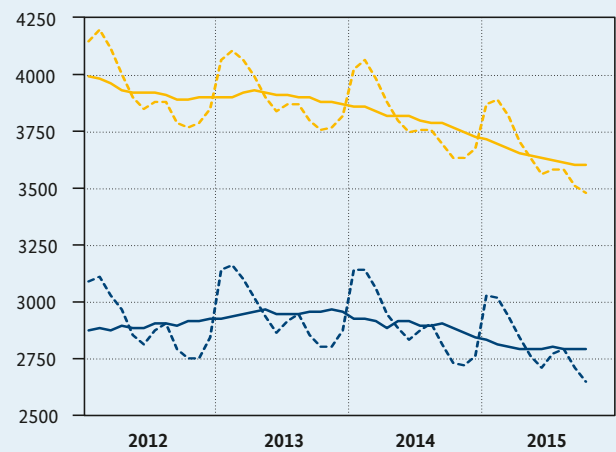
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio.	30,4	30,7	30,8	30,8	31,0
gg. Vorjahr in 1.000	-188	333	603	631	691
gg. Vorperiode in 1.000*	212	168	72	55	59

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

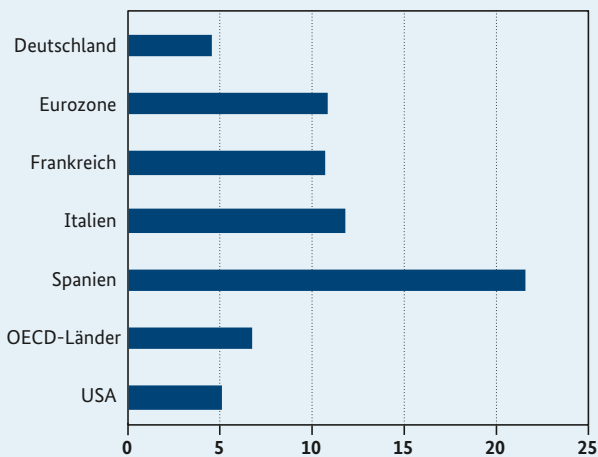
Quellen: BA, IAB, BBk

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im September weiterhin 4,5%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Oktober auf 3,48 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging sie um 161.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 4.000 Personen ab (September: -10.000); die günstige Entwicklung der Vormonate setzte sich somit fort.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: September 2015)



Quelle: Eurostat

6. Preise

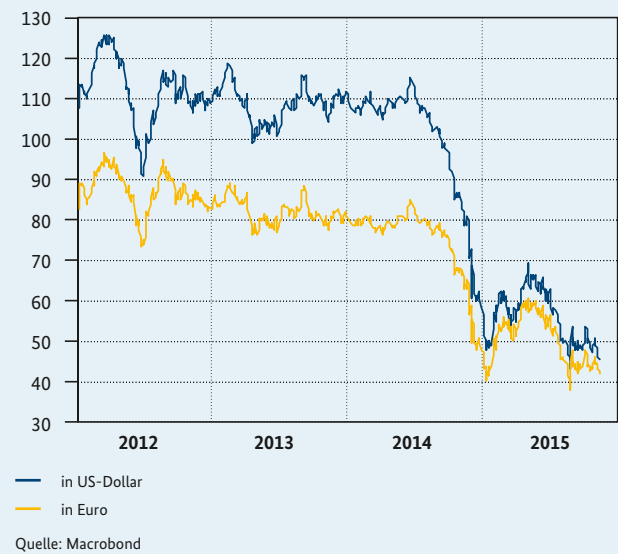
Stillstand bei den Rohstoffpreisen: Der Rohölpreis stabilisiert sich auf niedrigem Niveau.

Die Inflationsrate erhöht sich im Oktober leicht.

Trotz des leichten Anstiegs der Verbraucherpreise im Oktober bleibt das Preisklima in Deutschland entspannt. Impulse für Preiserhöhungen gehen in erster Linie von Lebensmittelpreisen aus. Die Energiepreise liegen weiterhin deutlich unter Vorjahresniveau und dämpfen die Preissteigerungsraten auf allen Wirtschaftsstufen. Der Rohölpreis, der die Energiepreisentwicklung maßgeblich prägt, bewegte sich seit seinem Tiefpunkt im August im Wesentlichen seitwärts.

Mitte November lag der Ölpreis der Sorte Brent mit rund 45 US-Dollar je Barrel nur geringfügig unter Vormonatsniveau. Vor einem Jahr hatte der Rohölpreis allerdings noch bei ca. 77 US-Dollar je Barrel gelegen.

Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)

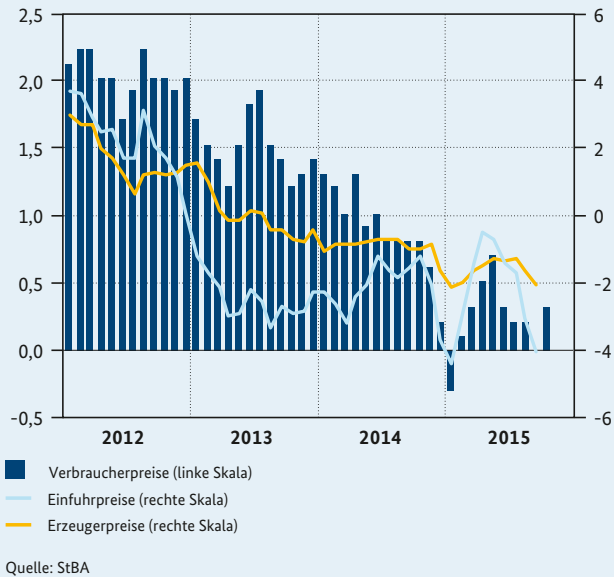


Bei den Einfuhrpreisen hat sich der Abwärtstrend in den vergangenen Monaten im Zuge der Energiepreisentwicklung wieder verstärkt. Im September verbilligten sich die Preise für eingeführte Waren gegenüber dem Vormonat um 0,7%. Sie gingen damit den fünften Monat in Folge zurück. Im Vergleich zum Vorquartal reduzierten sich die Preise im dritten Jahresviertel merklich um 2,2%, wobei vor allem Mineralölzerzeugnisse und Metalle deutlich günstiger importiert wurden. Auf Jahressicht verzeichneten die Importpreise mit -4,0% den stärksten Preisrückgang seit Jahresbeginn. Die Einfuhrpreise ohne Energie lagen dagegen um 0,7% über Vorjahresniveau.

Die Ausführpreise setzten ihren Abwärtstrend ebenfalls fort. Von August auf September sanken sie um 0,3%. Im Quartalsvergleich fielen die Preise für Exportgüter um 0,4%. Binnen Jahresfrist konnten die deutschen Exporteure nur noch geringe Preisanhebungen durchsetzen. Die Jahresrate erreichte mit einem leichten Plus von 0,3% den niedrigsten Stand in diesem Kalenderjahr. Überdurchschnittlich stiegen im Vorjahresvergleich die Investitions- und Konsumgüterpreise. Die Vorleistungsgüterpreise verbilligten sich dagegen.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Insgesamt führte die Entwicklung der Außenhandelspreise durch den stärkeren Rückgang der Importpreise zu einer deutlichen Verbesserung der „Terms of Trade“. Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis lag im September um 4,5% über dem Vorjahreswert.

Auch im Inlandsabsatz gingen die Preise auf der Erzeugerstufe erneut zurück. Die Produzentenpreise sanken im September um 0,4% und im gesamten dritten Quartal um 0,6% gegenüber der Vorperiode. Stabil blieben die industriellen Erzeugerpreise bei den Investitionsgütern. Die Preise der Energie- und Vorleistungsgüterproduzenten gaben dagegen weiter nach. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Preise für Industrieprodukte um 2,1%. Während die Energiepreise deutlich und die Preise für Vorleistungs- und Konsumgüter etwas weniger stark nachgaben, verteuerten sich Investitionsgüter moderat.

Die Verbraucherpreise stagnierten im Oktober, nach einem Rückgang im Vormonat um 0,2%. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich die Verbraucherpreise im Oktober wieder leicht um 0,3% (im September $\pm 0,0\%$). Der Rückgang der Energiepreise im Vorjahresvergleich wirkte wie in den Vormonaten dämpfend. Die Preise für Nahrungsmittel lagen auch im Vorjahresvergleich höher. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) im Vorjahresvergleich stieg etwas an und liegt bei 1,4% merklich höher.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Sept.	Okt.	Sept.	Okt.
Insgesamt	-0,2	0,0	0,0	0,3
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,1	1,2	1,4
Nahrungsmittel	0,5	0,5	1,1	1,6
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,4	1,3	2,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-2,9	0,1	0,5	1,6
Pauschalreisen	-11,7	-2,6	-0,6	1,4
Energie	-1,7	-0,8	-9,3	-8,6
Strom	0,0	-0,1	-1,0	-1,1
Gas	-0,2	0,0	-1,8	-1,9
Heizöl	-0,3	-1,4	-27,9	-24,5
Kraftstoffe	-4,4	-1,6	-13,8	-13,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk

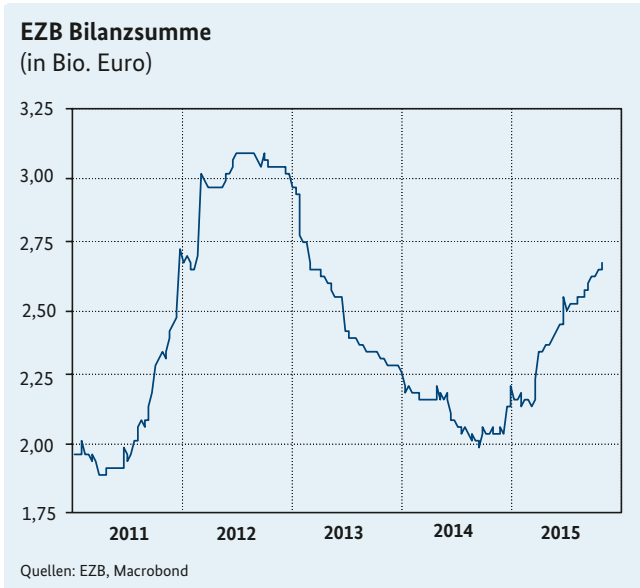
Im weiteren Verlauf dürfte das Verbraucherpreisniveau in dem Maße moderat zunehmen, wie sich der dämpfende Ölpreiseffekt auswächst.

7. Monetäre Entwicklung

Eine baldige Zinserhöhung in den USA ist wieder wahrscheinlicher geworden.

Die EZB denkt über die Ausweitung ihres Anleihekaufprogramms nach.

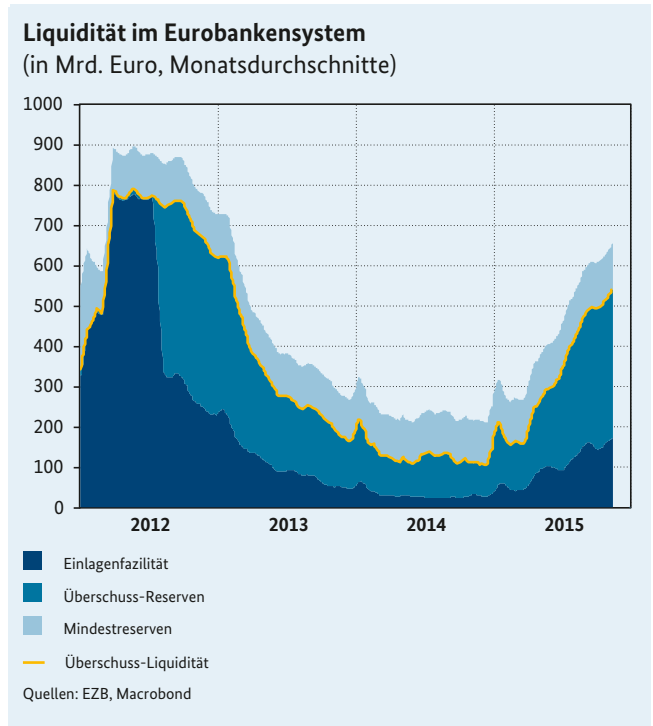
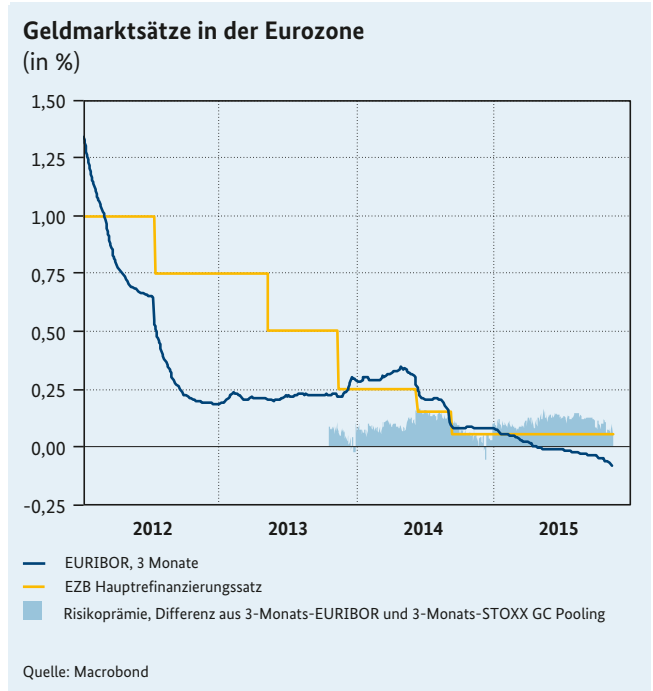
Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05%. Die Einlagenfazilität liegt mit -0,20% im negativen Bereich. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis mindestens September 2016 fortgesetzt werden und monatlich einen Umfang von rund 60 Mrd. Euro haben. Die EZB hat durch die Ankaufprogramme ihre Bilanz seit vergangem Dezember von 2,03 auf 2,67 Bio. Euro ausgeweitet. Sie hatte auf ihrer Ratssitzung im Oktober Überlegungen angestellt, das Ankaufprogramm auszuweiten und den Einlagezins bei der EZB weiter abzusenken.



Die amerikanische Geldpolitik bleibt ebenfalls expansiv ausgerichtet. Seit Ende 2008 hält die US-Notenbank den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Aufgrund der überraschend positiven Arbeitsmarktdaten im November und Äußerungen der amerikanischen Notenbank wird eine erstmalige Zinserhöhung im Dezember von den Finanzmärkten als wahrscheinlich erachtet. Internationale Institutionen und Vertreter von Schwellenländern warnen vor möglichen Risiken für einige Schwellenländer als Konsequenz einer Zinserhöhungsphase in den Vereinigten Staaten. Die chinesische Zentralbank hat angesichts der konjunkturellen Verlangsamung im Oktober den Leitzins für einjährige Kredite von 1,75 % auf 1,5 % gesenkt.

Der allmähliche Erholungsprozess am europäischen Interbankenmarkt setzt sich langsam fort. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankenkredite nahm ab. Der unbesicherte Interbankenzins ist vor dem Hintergrund der Äußerungen der EZB deutlich rückläufig und liegt nahe bei -0,1 %. Trotz der negativen Einlagezinsen steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an. Sie lag im Oktober bei 518 Mrd. Euro.

Angesichts der divergierenden Tendenzen für die Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten und dem Euroraum hat der Euro in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar deutlich abgewertet und liegt aktuell bei 1,07 US-Dollar, was 6 % niedriger ist als im Vormonat.⁴ Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmonat um 3,4 % ab. Die chinesische Zentralbank lässt den Yuan in

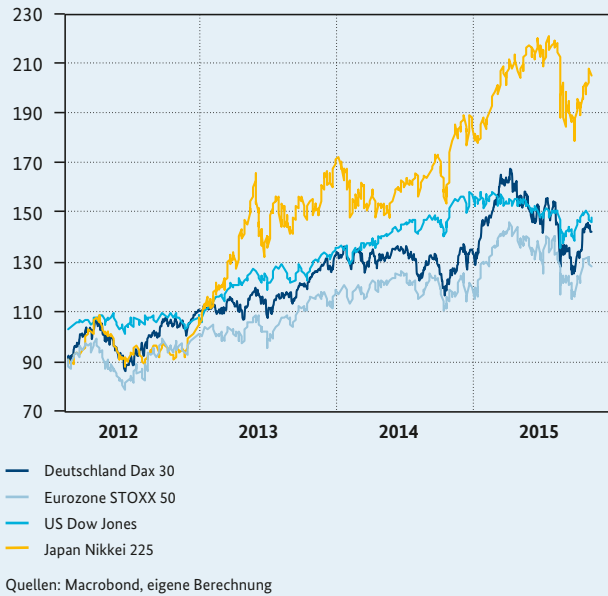


bestimmten Bandbreiten flexibel schwanken. Der Euro hat gegenüber dem Yuan um 5,6% im Vergleich zum Vormonat abgewertet. Der nominal effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 61 Handelspartner lag im September 1,7 % niedriger als im Vorjahr.

4 Berichtszeitraum: 17. Oktober bis 16. November 2015.

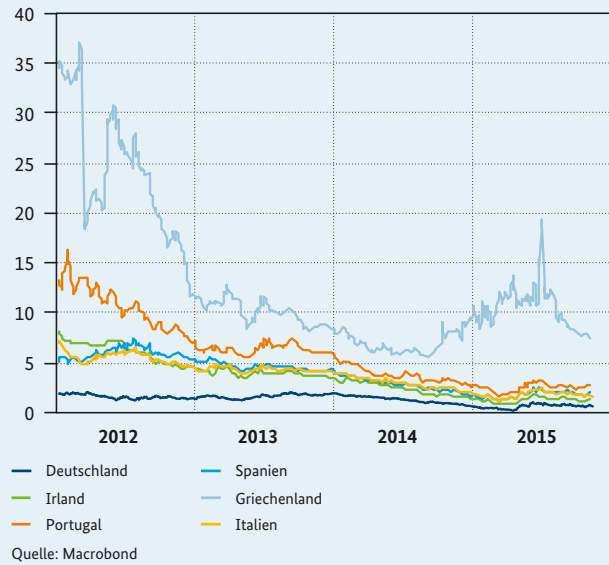
Aktienindizes

(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen stiegen seit Ende April für viele Staaten des Euroraums von einem sehr niedrigen Niveau aus spürbar an. Die Zinsen für zehnjähriges Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07% erreicht. Im Juni erzielten die zehnjähriges Bundesanleihen ein Zinsniveau von bis zu 1,0% und fielen bis Mitte November wieder auf 0,6%.

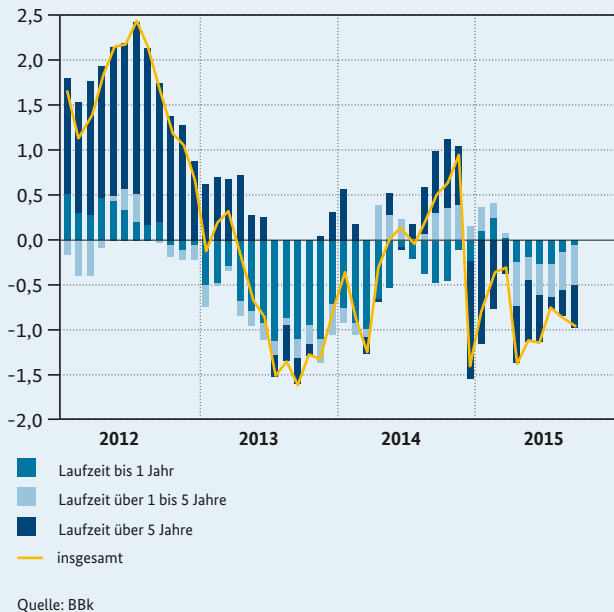
Während die Zinsen für Staatsanleihen im Vergleich zum Vormonat in etwa stabil blieben, gingen die Zinsen für Unternehmensanleihen im Euroraum leicht zurück.

Der Umfang der in Deutschland an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im September 1,0% unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit über einem Jahr bis fünf Jahre haben sich auf Jahresfrist am stärksten verringert. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 2,4% zu. Die Wachstumsrate hat sich hier deutlich erhöhet. Wichtigste Triebfeder blieb die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,7%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Seit April 2014 ist die Geldmenge M3 im Euroraum merklich angestiegen. Die Jahresrate liegt nun im September bei 4,9%. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 im Zuge der Anleihekäufe der EZB zurück, die auf Jahresfrist um 11,7% gestiegen ist.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

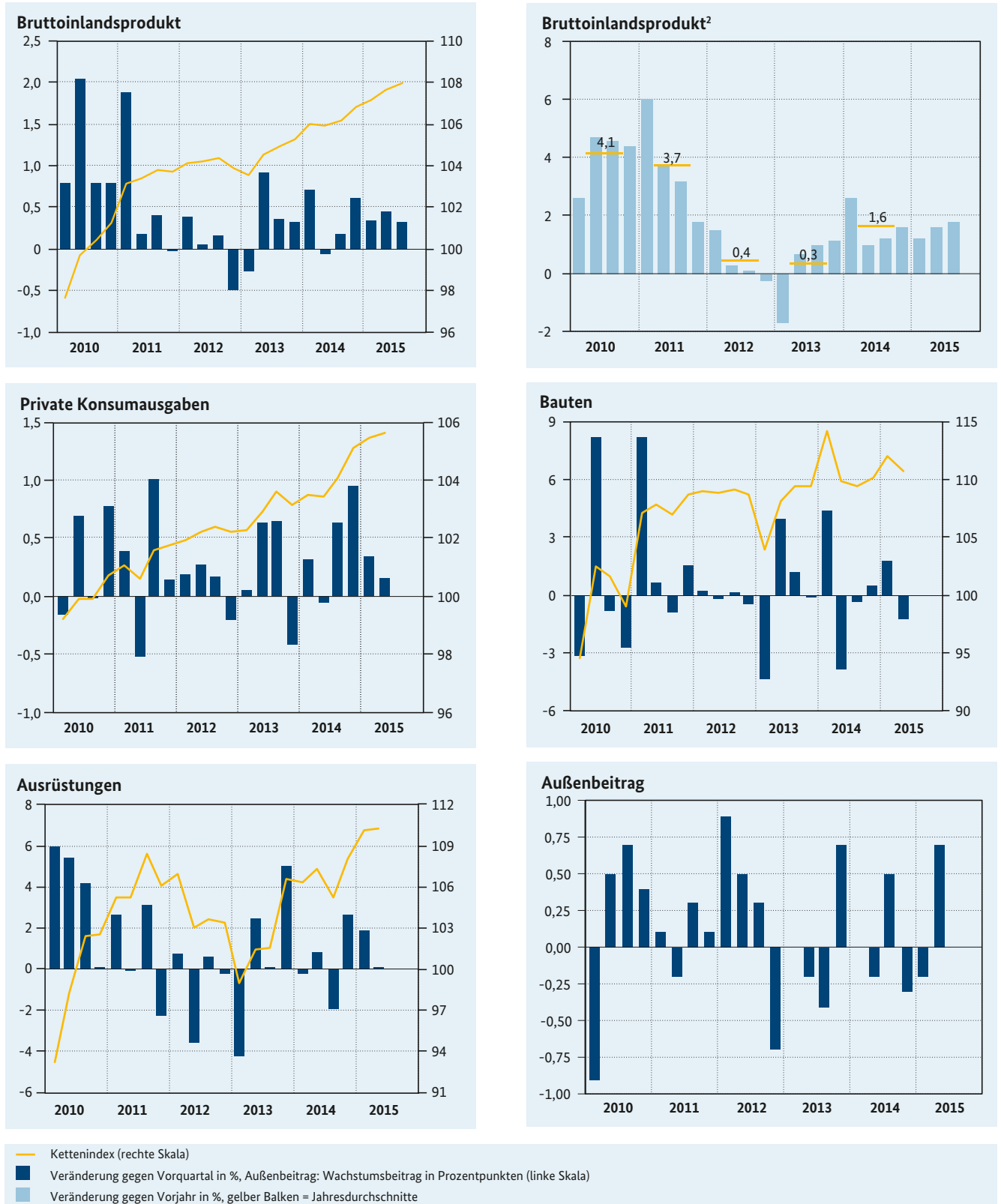
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013			2014				2015			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	-
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 3,4	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,4	-
Ausrüstungen	- 4,2	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,1	-
Bauten	- 4,4	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,2	-
Sonstige Anlagen	+ 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	-
Exporte	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,2	-
Importe	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,8	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,3	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	-
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	-
Ausrüstungen	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	-
Bauten	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,1	- 0,4	-
Außenbeitrag	0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,7	0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2014		2015		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	0,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,8	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	-
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	-
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,8	-
Ausrüstungen	-22,2	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,0	-
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	0,0	+ 1,1	- 1,7	+ 0,8	-
Sonstige Anlagen	+ 0,5	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	-
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,5	+ 6,6	-
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 2,4	+ 4,6	+ 5,6	+ 5,6	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2012		2013			2014				2015	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	- 0,8	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 2,4	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8
Baugewerbe	- 1,7	- 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,3	- 1,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,7	- 2,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 0,2	0,0	- 1,5	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	- 1,1
Unternehmensdienstleister	- 0,3	0,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,6
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2

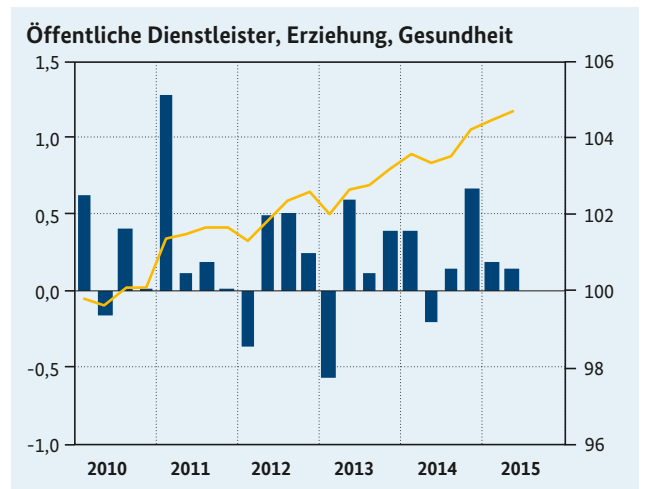
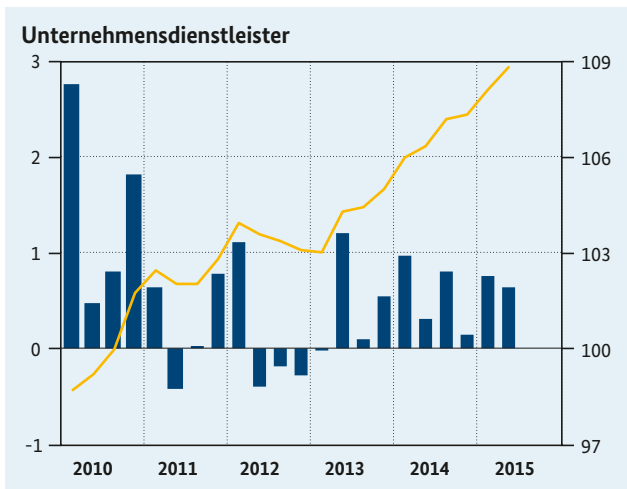
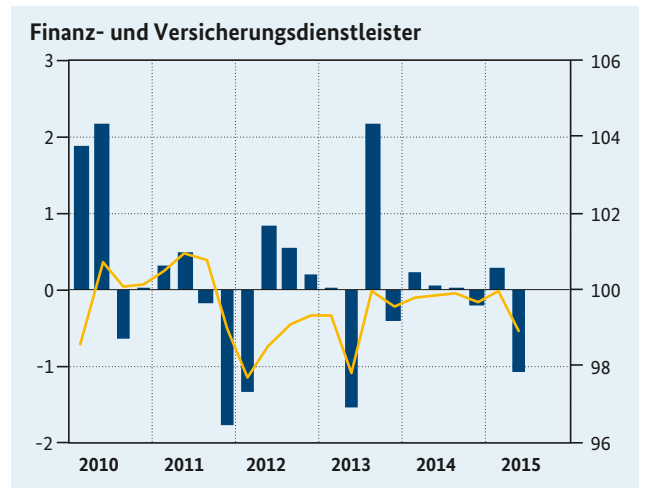
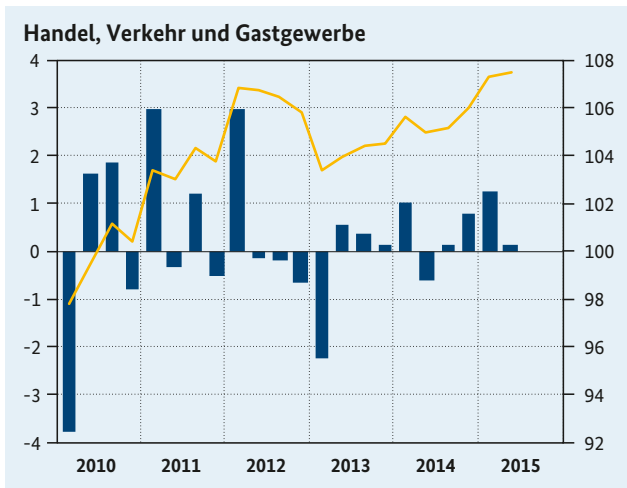
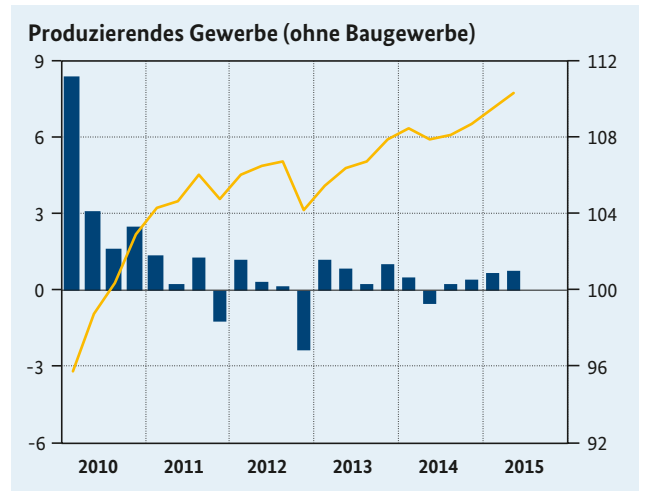
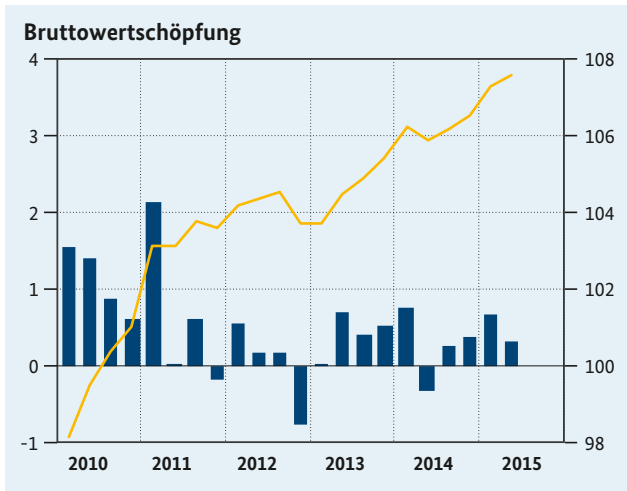
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2014						2015				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,9
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,6
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,2
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,1
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,2	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,1

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
EU	Europäische Kommission	11/2015	+ 1,7	+ 1,9
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2015	+ 1,8	+ 1,9
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2015	+ 1,7	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2015	+ 1,8	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2015	(+ 1,5) ^a	(+ 1,6) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2015	+ 1,8	+ 1,9
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	09/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2015	+ 1,8	+ 2,1
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	09/2015	+ 1,8	+ 1,7
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2015	+ 1,8	+ 1,8
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2015	+ 1,9	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

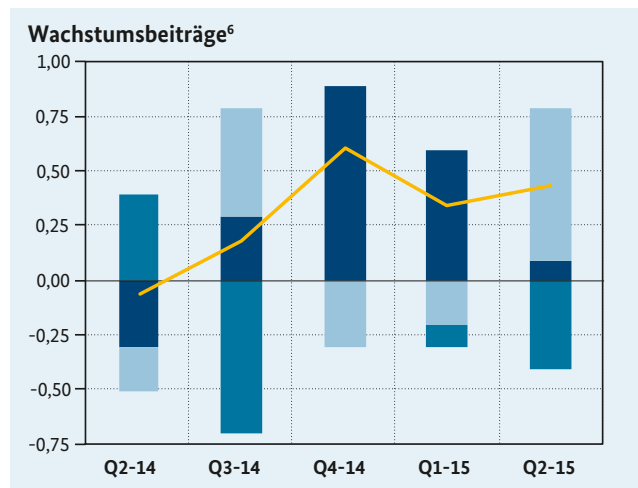
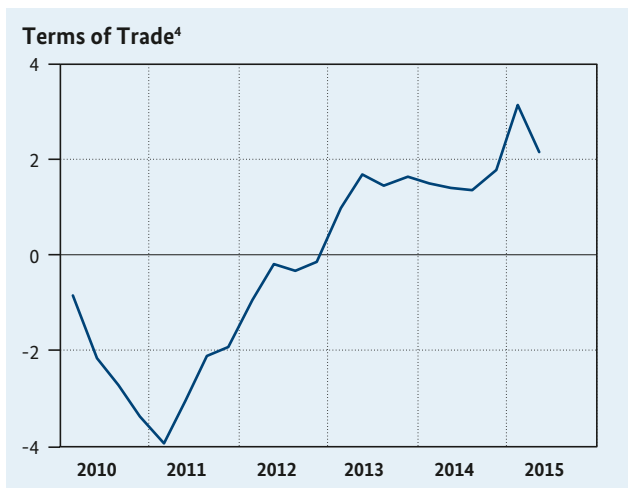
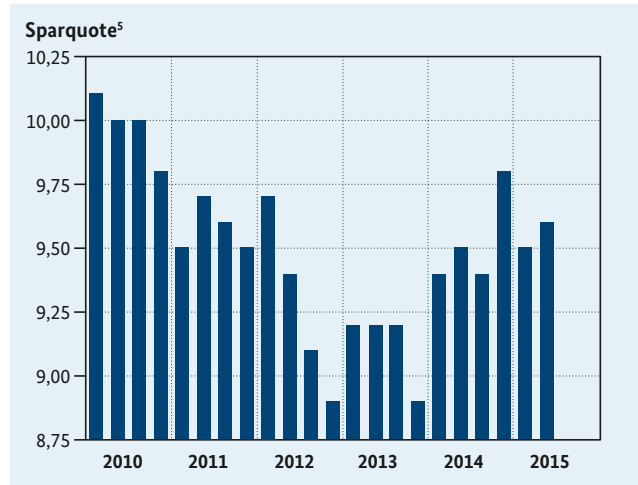
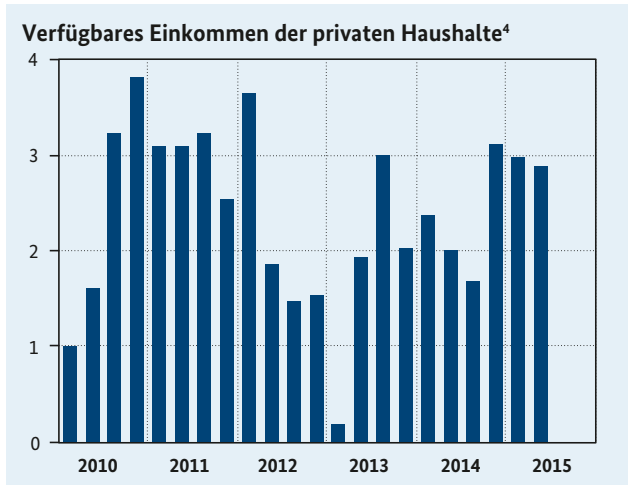
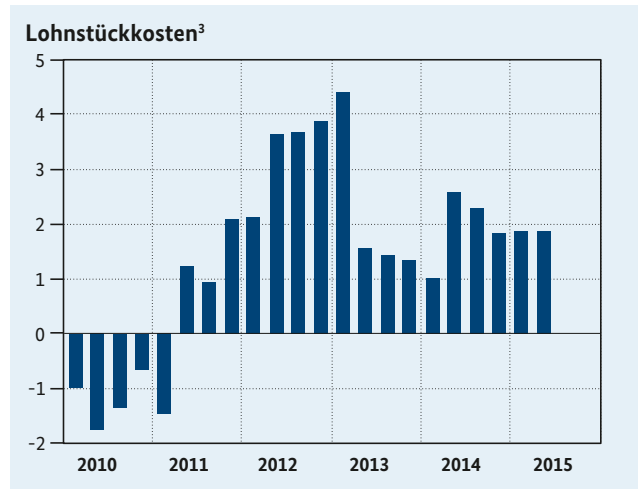
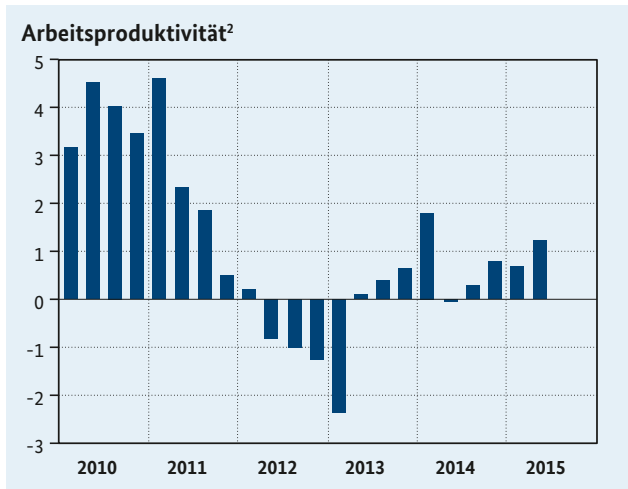


— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012		2013			2014				2015		
	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,8	- 0,3	+ 0,9	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,7	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	- 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Japan	- 0,5	+ 1,7	+ 1,6	- 0,1	- 0,2	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	- 0,2	+ 1,2	- 2,0	- 0,3	+ 0,3	+ 1,1	- 0,2	- 0,2
USA	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,4
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2011	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	+ 6,0	+ 7,0	+ 6,6	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5	+ 5,9	+ 7,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,1	+ 8,3	+ 8,9
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,0	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	-
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,6	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,4	-
China	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4

				2014			2015									
	2012	2013	2014	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,3	12,0	11,6	11,5	11,5	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,0	11,0	10,9	10,9	10,8	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,9	10,2	10,0	10,0	9,9	9,8	9,7	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,4	9,3	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	-
USA	8,1	7,4	6,2	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

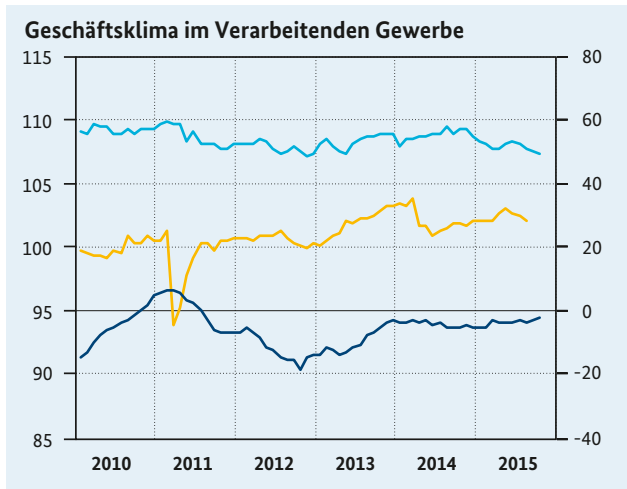
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014	2015			2015					
	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,9	100,1	100,1	100,0	99,8	99,7	99,4	99,6	99,5	99,4	99,4	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	119,0	121,7	125,7	127,1	127,5	127,6	-	128,0	128,3	127,9	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,2	131,4	135,8	138,5	137,1	136,0	-	138,3	137,7	137,0	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	3936	3047	3203	2742	3226	2771	2779	2604	2610	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-11,6	-9,1	-3,9	-4,5	-4,0	-3,2	-3,0	-3,4	-2,9	-3,7	-2,3	-2,0	-
Industrieproduktion ⁴	102,0	101,3	103,1	103,4	104,3	104,6	104,7	104,2	105,0	104,8	104,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	1,5	1,0	1,3	1,4	1,6	1,3	1,4	1,4	1,2	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-22,0	-18,7	-10,1	-11,3	-6,3	-5,3	-7,1	-5,6	-7,2	-6,9	-7,1	-7,7	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,7	53,8	55,7	56,9	52,6	52,6	51,3	53,5	52,7	51,1	50,2	50,1	-
Industrieproduktion ⁷	100,0	101,9	105,7	107,5	107,4	106,8	107,3	106,6	107,4	107,3	107,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,3	2,0	2,2	2,2	2,4	2,3	2,2	2,2	2,1	-
Konsumentenvertrauen ⁸	67,1	73,2	86,9	92,7	101,3	96,2	98,3	99,8	91,0	101,3	102,6	97,6	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	100,8	102,0	102,2	102,0	102,2	102,9	-	102,7	102,5	102,2	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,6	97,0	99,1	98,2	99,8	98,3	97,0	98,4	97,6	96,2	97,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,4	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Konsumentenvertrauen ¹¹	40,0	43,6	39,3	38,9	40,7	41,5	40,9	41,7	40,3	41,7	40,6	41,5	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,8	50,7	50,4	49,9	50,2	49,8	50,2	50,0	49,7	49,8	49,8	-
Industrieproduktion ¹³	+10,8	+9,7	+8,3	+7,6	+6,2	+6,3	+5,9	+6,8	+6,0	+6,1	+5,7	+5,6	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	3,7	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,3	3,2	3,1	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	102,4	101,2	104,4	104,9	107,5	107,7	104,7	105,5	104,5	104,0	105,6	103,8	-

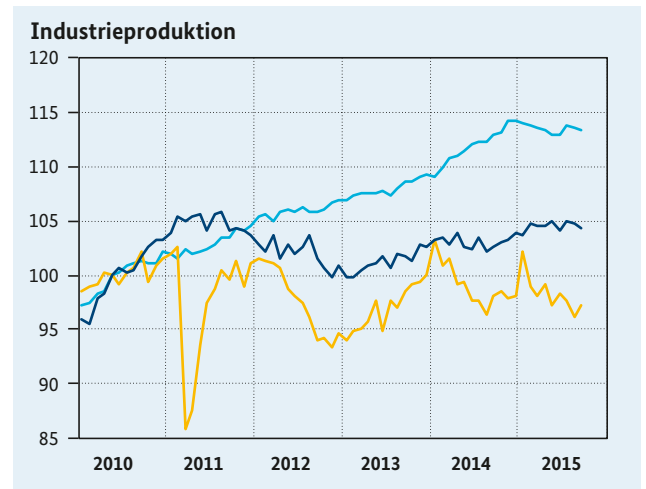
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

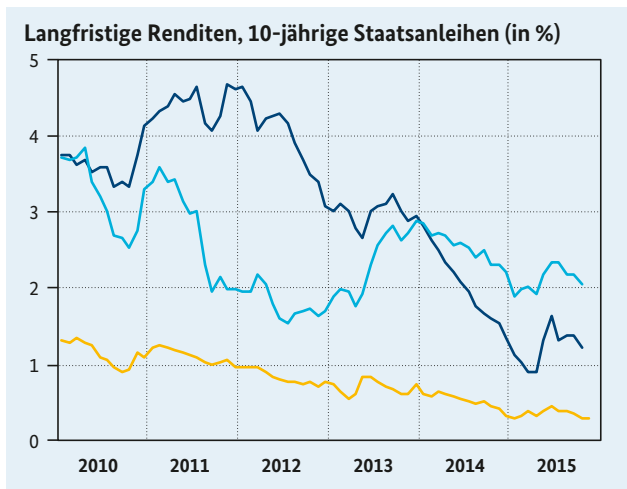
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



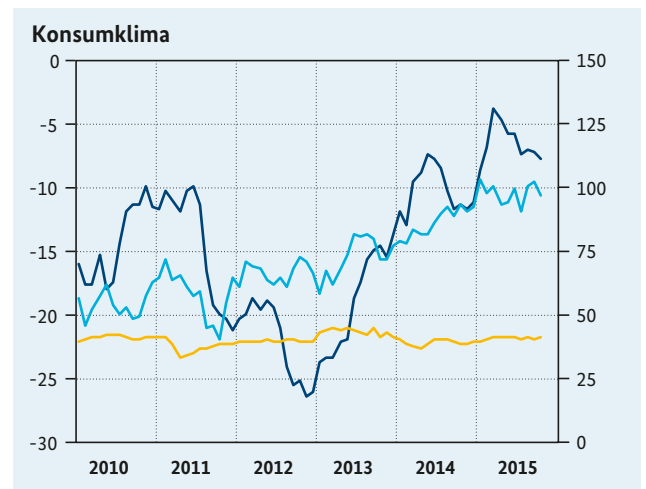
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

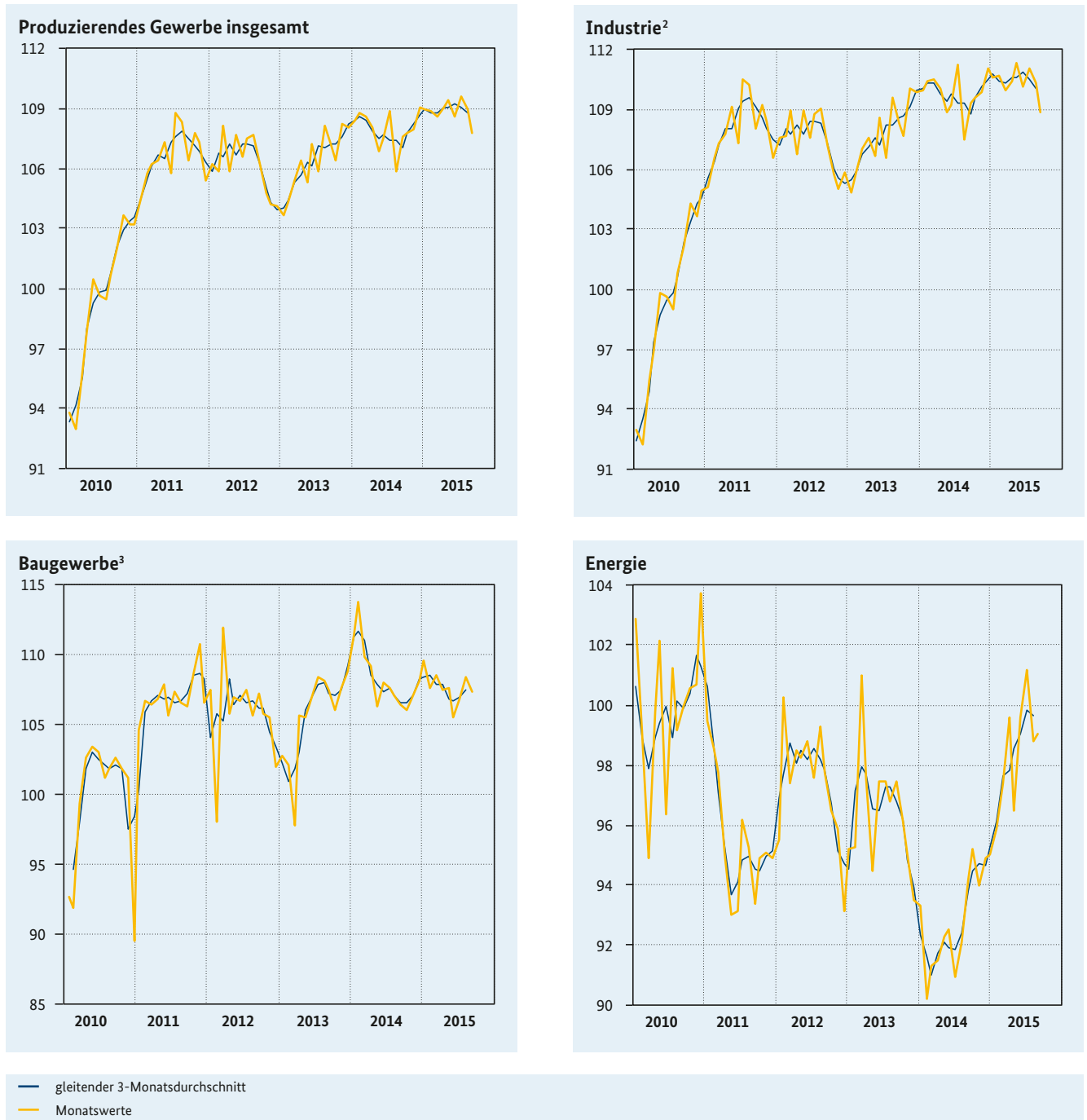
Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015						
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	106,3	106,4	108,0	108,3	108,8	109,1	108,8	109,1	109,5	108,6	109,7	109,0	107,8
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	0,7	0,5	0,3	-0,3	0,5	0,4	-0,8	1,0	-0,6	-1,1	
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	0,5	0,2	1,4	1,2	0,8	2,5	1,0	0,8	2,7	0,2	
Industrie²		Index	107,5	107,8	109,9	110,2	110,5	110,7	110,1	110,5	111,4	110,2	111,1	110,4	108,9
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	0,7	0,3	0,2	-0,5	0,5	0,8	-1,1	0,8	-0,6	-1,4	
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	0,8	0,1	1,2	0,6	0,4	2,3	0,8	0,0	2,5	-0,3	
Vorleistungsgüter		Index	104,6	104,4	106,3	106,3	106,6	106,3	105,4	106,4	106,3	106,1	105,3	105,7	105,3
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	0,7	0,3	-0,3	-0,8	0,5	-0,1	-0,2	-0,8	0,4	-0,4	
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	0,0	-0,6	0,2	-0,2	-0,8	1,1	0,5	-0,9	0,6	-0,2	
Investitionsgüter		Index	113,4	113,9	116,6	117,3	117,7	118,2	118,1	118,3	119,6	116,7	120,0	117,9	116,3
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	0,9	0,3	0,4	-0,1	1,1	1,1	-2,4	2,8	-1,8	-1,4	
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,5	0,9	1,9	1,5	2,2	2,9	0,7	0,4	4,9	-0,2	
Konsumgüter		Index	99,9	100,6	101,9	102,2	102,0	102,9	102,0	101,4	103,6	103,8	103,2	103,0	99,7
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	0,7	-0,2	0,9	-0,9	-1,0	2,2	0,2	-0,6	-0,2	-3,2	
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	0,5	-0,3	1,0	0,4	-1,6	3,1	1,8	1,2	1,1	-1,0	
Baugewerbe		Index	105,9	105,6	108,5	107,1	108,6	106,9	107,6	107,5	107,6	105,6	106,9	108,4	107,4
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	0,0	1,4	-1,6	0,7	-1,0	0,1	-1,9	1,2	1,4	-0,9	
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	-0,3	-3,4	-1,0	0,4	-1,7	1,1	-2,3	-0,6	1,1	0,8	
Bauhauptgewerbe ³		Index	111,5	113,8	119,8	119,7	121,1	120,3	119,2	120,7	121,1	119,1	119,2	119,0	119,5
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	1,2	1,2	-0,7	-0,9	-1,3	0,3	-1,7	0,1	-0,2	0,4	
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	1,8	-2,4	2,0	0,8	1,7	4,7	-0,2	0,4	1,4	0,5	
Ausbaugewerbe		Index	100,9	98,2	98,2	95,7	97,3	94,7	97,0	95,5	95,4	93,3	95,7	98,7	96,5
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,7	0,0	-1,3	1,7	-2,7	2,4	-0,7	-0,1	-2,2	2,6	3,1	-2,2	
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	-2,3	-4,5	-4,6	0,0	-6,0	-3,2	-4,8	-1,7	0,6	1,2	
Energie⁴		Index	97,4	96,5	92,7	94,7	96,1	98,6	99,7	99,6	96,5	99,6	101,2	98,8	99,1
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	2,5	1,5	2,6	1,1	2,3	-3,1	3,2	1,6	-2,4	0,3	
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-0,1	4,7	7,1	7,9	9,0	4,4	7,8	11,2	7,1	5,3	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	105,9	105,8	108,6	109,4	110,1	111,0	110,3	111,1	112,0	109,8	111,4	110,4	109,1
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	1,2	0,6	0,8	-0,6	1,4	0,8	-2,0	1,5	-0,9	-1,2	
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	1,7	1,0	2,8	1,9	2,4	4,6	1,4	1,8	3,4	0,6	
Inland		Index	104,8	103,2	104,5	104,3	105,1	105,2	104,6	104,8	105,8	105,1	105,4	104,8	103,6
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,5	0,8	0,1	-0,6	0,0	1,0	-0,7	0,3	-0,6	-1,1	
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,1	-0,4	0,8	0,8	-1,0	2,6	0,6	-0,1	2,6	0,0	
darunter: Investitionsgüter		Index	109,5	107,6	111,0	112,2	113,0	113,5	112,6	112,5	114,2	113,8	114,0	112,5	111,2
	gg. Vp. in %	0,6	-1,7	3,2	1,5	0,7	0,4	-0,8	0,7	1,5	-0,4	0,2	-1,3	-1,2	
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	2,9	1,7	3,0	1,7	1,7	4,3	3,1	0,7	4,1	0,8	
Ausland		Index	107,0	108,5	113,0	114,9	115,4	117,1	116,4	117,9	118,6	114,8	117,9	116,4	114,9
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	4,1	2,0	0,4	1,5	-0,6	2,7	0,6	-3,2	2,7	-1,3	-1,3	
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	3,5	2,5	4,7	3,0	6,0	6,3	2,2	3,8	4,1	1,2	
darunter: Eurozone		Index	98,9	97,1	102,0	103,8	105,4	107,2	107,5	106,9	106,8	107,8	108,9	106,2	107,5
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	1,7	1,5	1,7	0,3	1,9	-0,1	0,9	1,0	-2,5	1,2	
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	4,2	4,4	5,8	5,2	4,7	6,0	6,8	6,5	3,6	5,1	
			2012	2013	2014			2015							
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵			4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe		in %	81,9	82,4	81,7	83,0	83,7	84,0	83,9	83,9	84,1	84,5	84,3	84,2	84,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2015							
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Auftragseingang¹															
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	110,6	109,0	112,2	109,1	111,8	111,4	113,5	111,0	109,0	107,2	
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	1,3	-1,4	2,9	-2,8	2,2	-0,4	1,9	-2,2	-1,8	-1,7	
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,1	0,2	4,3	-0,3	1,3	4,5	7,0	-1,3	1,7	-1,0	
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	104,0	105,0	104,3	104,6	105,6	104,7	102,7	106,5	103,9	103,3	
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	2,1	1,0	-0,7	0,3	-2,3	-0,9	-1,9	3,7	-2,4	-0,6	
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	1,0	0,7	1,1	2,7	0,3	1,9	1,1	2,7	2,1	3,1	
Ausland	Index	105,1	109,5	113,7	116,0	112,3	118,6	112,7	116,8	116,9	122,2	114,7	113,1	110,4	
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	3,8	0,8	-3,2	5,6	-5,0	5,7	0,1	4,5	-6,1	-1,4	-2,4	
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	2,8	-0,1	6,7	-2,4	2,0	6,6	11,4	-4,2	1,4	-3,9	
Eurozone	Index	95,6	98,9	101,7	104,9	100,6	108,8	109,8	108,8	107,7	109,8	110,5	113,3	105,7	
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	2,8	2,1	-4,1	8,2	0,9	7,0	-1,0	1,9	0,6	2,5	-6,7	
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	2,6	1,9	1,2	9,0	6,3	6,1	9,1	11,8	3,6	12,8	3,7	
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,8	122,1	123,9	120,4	125,6	114,8	122,4	123,4	130,9	117,7	112,9	113,7	
	gg. Vp. in %	3,1	4,6	4,5	0,1	-2,8	4,3	-8,6	4,9	0,8	6,1	-10,1	-4,1	0,7	
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	3,5	-0,8	5,4	-7,4	-0,2	5,2	11,0	-8,8	-4,8	-8,2	
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	102,8	101,2	101,9	100,3	101,3	102,4	101,9	100,5	100,0	100,4	
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	1,6	-1,6	0,7	-1,6	-0,3	1,1	-0,5	-1,4	-0,5	0,4	
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	0,6	-1,1	0,2	-0,9	-2,0	2,1	0,4	-1,5	-0,1	-1,0	
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	99,2	98,6	99,0	98,3	98,6	100,1	98,3	97,8	98,9	98,3	
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	0,8	-0,6	0,4	-0,7	-1,7	1,5	-1,8	-0,5	1,1	-0,6	
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,5	-2,5	-1,3	-0,2	-3,0	0,5	-1,2	-2,1	1,1	0,8	
Ausland	Index	100,6	100,9	104,7	107,0	104,2	105,2	102,7	104,4	105,0	106,2	103,7	101,4	102,9	
	gg. Vp. in %	-3,6	0,3	3,8	2,4	-2,6	1,0	-2,4	1,3	0,6	1,1	-2,4	-2,2	1,5	
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	2,9	0,4	1,7	-1,8	-0,8	4,0	2,1	-0,9	-1,6	-3,0	
Investitionsgüter	Index	105,8	110,6	114,3	116,6	114,7	119,7	115,5	119,2	117,8	122,0	119,0	115,5	112,1	
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,3	1,2	-1,6	4,4	-3,5	3,5	-1,2	3,6	-2,5	-2,9	-2,9	
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	3,2	1,0	7,0	0,0	3,2	6,1	11,7	-1,7	3,2	-1,1	
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	109,5	112,1	110,1	111,5	113,4	109,5	107,3	116,2	109,4	108,9	
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	3,5	2,4	-1,8	1,3	-3,2	-3,4	-2,0	8,3	-5,9	-0,5	
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	3,5	3,2	3,0	5,5	3,3	2,6	3,2	7,7	3,0	5,4	
Ausland	Index	107,3	114,1	118,4	121,1	116,3	125,6	118,0	122,8	122,9	131,0	120,7	119,3	114,1	
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	3,8	0,1	-4,0	8,0	-6,1	7,6	0,1	6,6	-7,9	-1,2	-4,4	
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	3,1	-0,3	9,3	-3,0	3,2	8,2	16,2	-6,7	3,4	-4,6	
Konsumgüter	Index	101,8	103,5	107,3	107,5	108,2	111,7	107,1	111,9	112,1	111,0	107,9	106,9	106,5	
	gg. Vp. in %	-0,9	1,7	3,7	0,9	0,7	3,2	-4,1	3,8	0,2	-1,0	-2,8	-0,9	-0,4	
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,7	0,7	0,5	3,8	0,6	2,9	4,8	3,7	2,4	-0,8	-0,1	
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	99,5	100,6	101,7	100,5	101,0	103,0	101,2	100,7	101,2	99,5	
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	0,6	1,1	1,1	-1,2	0,5	2,0	-1,7	-0,5	0,5	-1,7	
	gg. Vj. in %	-5,2	0,9	1,5	0,9	1,3	2,3	1,5	0,6	5,4	0,8	0,6	2,6	1,2	
Ausland	Index	106,0	108,3	114,1	114,2	114,7	120,1	112,8	121,3	119,8	119,3	114,1	111,8	112,5	
	gg. Vp. in %	2,7	2,2	5,4	1,1	0,4	4,7	-6,1	6,3	-1,2	-0,4	-4,4	-2,0	0,6	
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,3	0,6	0,0	5,0	-0,2	4,7	4,3	5,9	3,9	-3,3	-1,1	
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,4	105,0	108,4	110,4	109,1	111,7	108,3	111,9	111,5	111,8	110,0	107,7	107,3	
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,2	2,6	-1,2	2,4	-3,0	3,5	-0,4	0,3	-1,6	-2,1	-0,4	
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	3,5	0,6	4,3	0,5	2,9	5,7	4,3	0,8	1,0	-0,4	

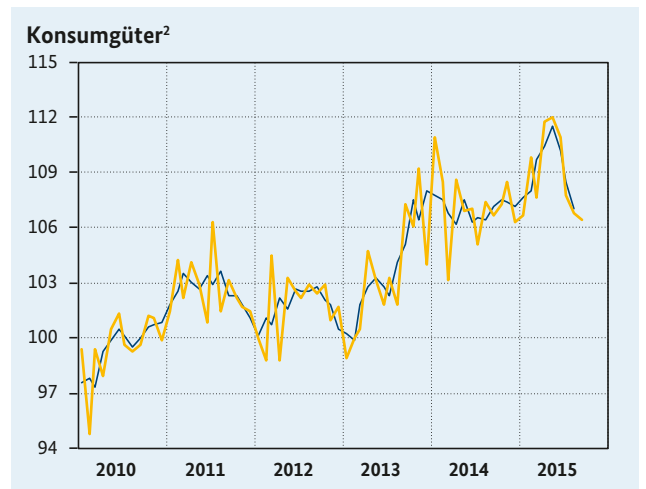
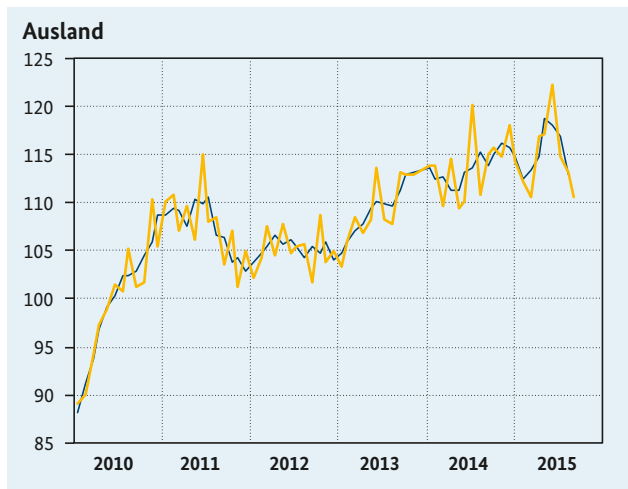
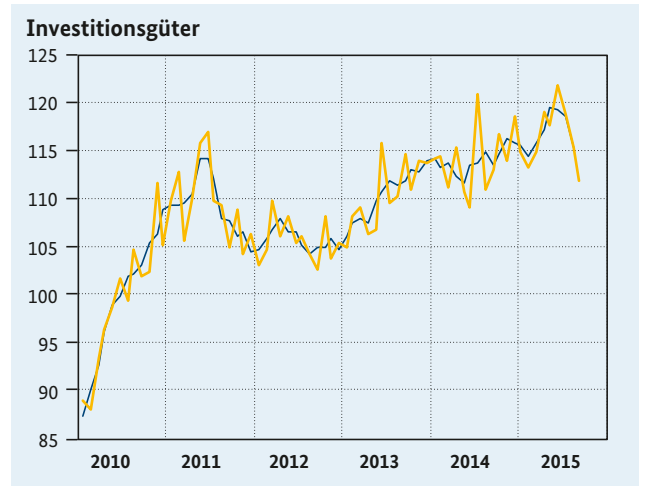
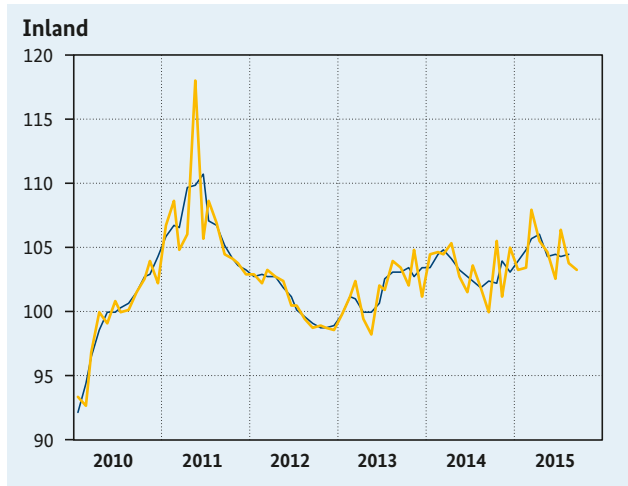
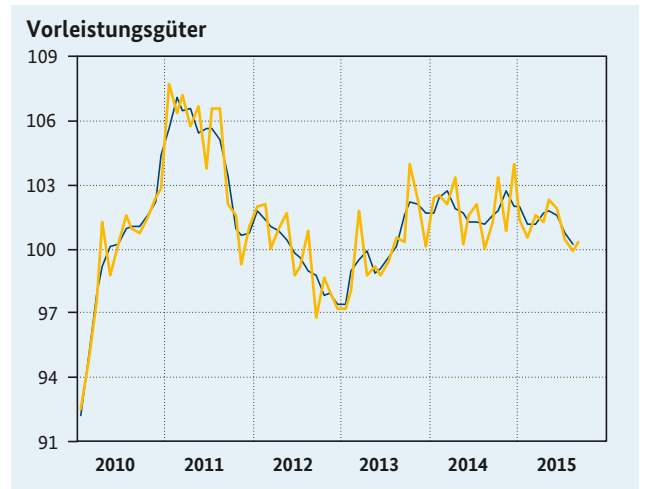
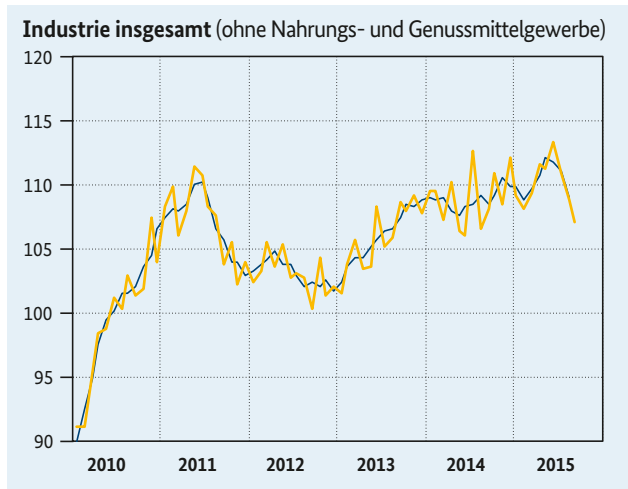
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

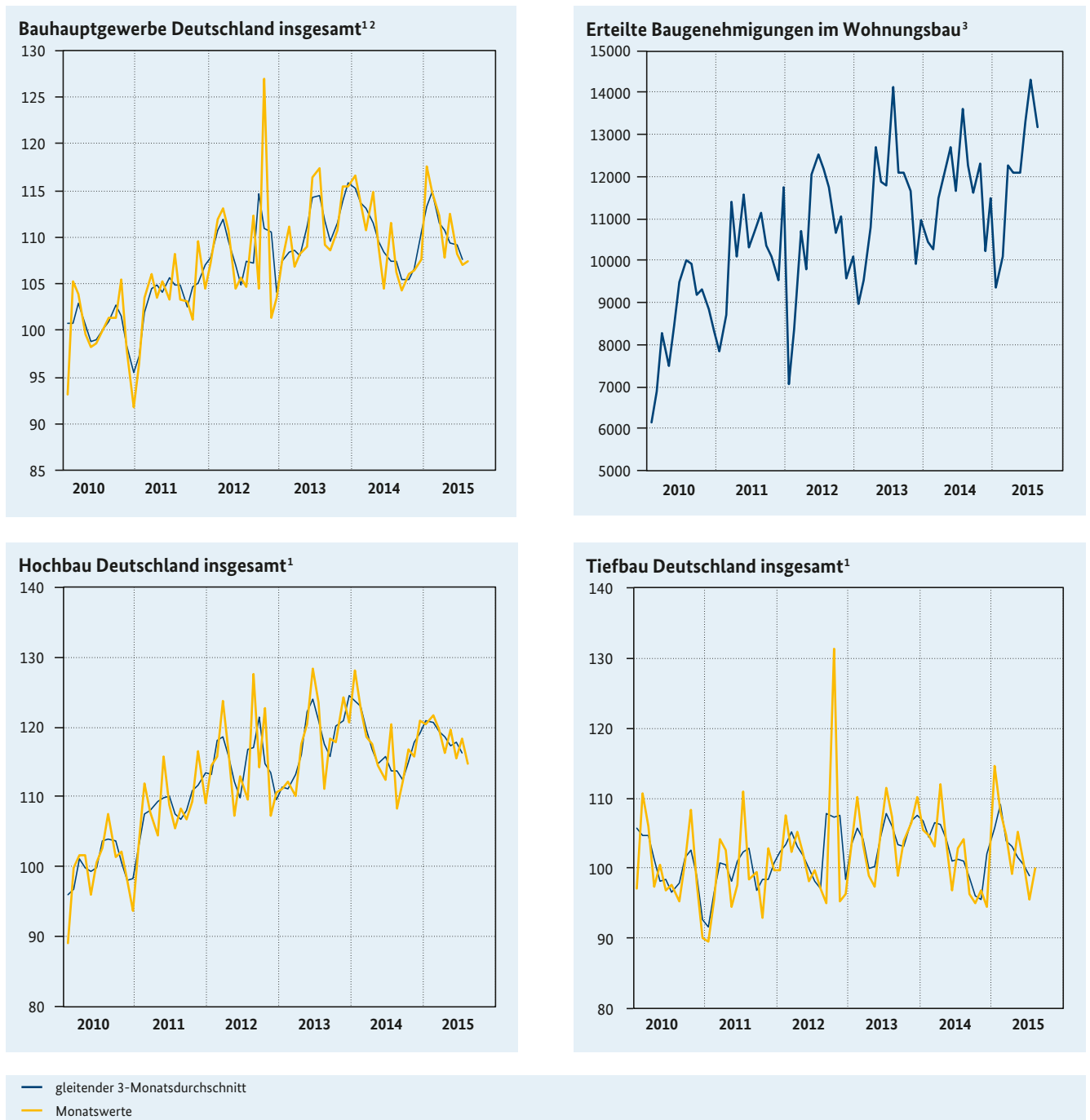
					2014		2015		2015						
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	108,9	111,4	109,4	107,4	106,7	114,9	109,5	112,3	107,8	112,5	108,2	107,1	107,5
		gg. Vp. in %	4,7	2,3	-1,8	-1,9	-0,7	7,7	-4,7	-2,3	-4,0	4,4	-3,8	-1,0	0,4
		gg. Vj. in %	4,5	2,2	-2,0	-4,4	-6,2	1,6	-0,1	1,7	-6,1	3,1	3,1	-4,4	0,9
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	113,7	118,0	120,7	117,3	119,8	116,5	119,8	115,7	118,5	114,8
		gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	-1,1	3,8	2,3	-2,8	-1,6	-2,8	2,8	-3,4	2,4	-3,1
		gg. Vj. in %	5,9	2,4	-0,9	-3,7	-2,5	-1,2	1,9	1,3	-1,1	4,3	2,7	-1,6	4,9
Wohnungsbau		Index	126,0	131,0	135,0	122,8	141,2	148,5	141,2	150,9	141,2	143,3	139,2	157,7	141,0
		gg. Vp. in %	7,4	4,0	3,1	-9,8	15,0	5,2	-4,9	2,5	-6,4	1,5	-2,9	13,3	-10,6
		gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	-9,2	7,3	7,8	3,6	13,6	-0,3	5,4	5,9	26,3	22,5
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,7	108,8	109,1	106,5	106,9	105,5	104,4	104,2	108,2	104,1	99,1	101,8
		gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	4,5	-2,4	0,4	-1,3	-4,4	-0,2	3,8	-3,8	-4,8	2,7
		gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-0,4	-8,0	-6,5	0,9	-6,1	-1,8	3,7	0,7	-15,9	-4,2
Tiefbau		Index	102,5	104,7	101,3	101,1	95,5	109,1	101,7	104,7	99,1	105,2	100,7	95,6	100,1
		gg. Vp. in %	3,5	2,1	-3,2	-2,9	-5,5	14,2	-6,8	-3,1	-5,3	6,2	-4,3	-5,1	4,7
		gg. Vj. in %	3,0	1,9	-3,0	-5,1	-10,9	4,9	-2,3	2,1	-11,2	1,6	3,7	-7,3	-3,2
Straßenbau		Index	98,6	103,7	99,4	96,1	93,2	105,9	99,1	100,2	96,5	102,0	98,8	94,2	107,3
		gg. Vp. in %	2,6	5,2	-4,1	-4,5	-3,0	13,6	-6,4	-16,2	-3,7	5,7	-3,1	-4,7	13,9
		gg. Vj. in %	2,7	3,6	-3,4	-4,5	-13,0	-1,0	-1,4	-2,2	-6,9	-1,7	4,9	-9,8	13,0
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,8	105,3	102,5	104,2	96,8	111,0	103,2	107,5	100,6	107,1	101,8	96,5	95,8
		gg. Vp. in %	4,0	0,5	-2,7	-1,9	-7,1	14,7	-7,0	6,4	-6,4	6,5	-4,9	-5,2	-0,7
		gg. Vj. in %	3,3	0,9	-2,7	-5,4	-9,7	8,1	-2,8	4,9	-13,9	3,8	2,9	-5,7	-12,6
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,8	114,2	112,9	113,1	109,5	112,9	110,6	110,9	107,2	116,7	107,8	104,0	105,1
		gg. Vp. in %	2,8	1,2	-1,1	2,8	-3,2	3,1	-2,0	0,5	-3,3	8,9	-7,6	-3,5	1,1
		gg. Vj. in %	3,1	1,2	-1,4	0,1	-8,1	-4,7	0,5	-4,0	-6,8	7,6	0,8	-14,3	-5,3
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	98,1	100,6	95,5	95,5	90,1	103,4	95,6	98,1	94,7	95,9	96,2	89,8	96,3
		gg. Vp. in %	5,5	2,5	-5,1	-2,9	-5,7	14,8	-7,5	-8,0	-3,5	1,3	0,3	-6,7	7,2
		gg. Vj. in %	4,8	2,2	-4,7	-6,6	-11,5	6,2	-2,6	1,9	-8,9	-3,0	4,3	-7,1	-1,6
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	21008	19330	17937	20491	7158	6669	6528	7294	7567	7370
		gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	-3,6	3,4	0,6	1,4	13,4	-3,2	-5,7	14,0	-2,8	7,4
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	12507	11443	10703	12681	4115	4086	4092	4502	4813	4518
		gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	1,2	7,4	2,8	4,8	9,7	3,2	-2,3	13,8	7,2	10,3
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	8501	7887	7234	7810	3042	2583	2436	2791	2755	2852
		gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-9,9	-1,9	-2,5	-3,7	18,7	-11,9	-10,9	14,3	-16,4	3,2
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	6526	5868	5088	6050	2242	2013	1931	2107	2165	2071
		gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	-4,1	-1,6	-10,6	-0,2	10,8	-3,8	-9,3	14,3	-15,9	1,3
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	1975	2019	2146	1760	800	570	506	684	590	781
		gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-25,0	-2,8	24,0	-13,9	48,4	-32,0	-16,7	14,4	-18,2	8,5
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	37,7	34,1	31,8	37,6	12,3	12,1	12,1	13,3	14,3	13,2
		gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	-2,0	4,5	-1,4	2,6	7,0	-0,7	-4,6	14,0	4,8	7,5
		gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	-0,4	0,1	1,4	1,4	0,5	-1,0	-1,0	5,0	-0,4	2,4
ifo Konjunkturtest⁴															
			2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Jun.	Jul.	Aug.	Sep.	Okt.
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	77,7	62,5	73,4	79,3	74,2	77,2	78,8	79,6	79,5	78,9
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	4,0	38,3	12,3	1,3	8,0	2,0	1,0	1,0	2,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	2,6	7,5	9,5	9,6	10,1	8,2	9,0	9,7	10,1	9,3
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,4	7,6	12,8	16,7	17,3	17,6	15,5	16,7	18,4	16,8	14,2
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,3	-2,3	2,3	2,5	2,2	2,8	1,1	1,7	1,4	3,6	4,6
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	4,8	10,5	13,0	10,9	13,6	11,1	11,4	11,1	10,1	9,7
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	11,3	16,5	22,5	20,1	23,7	20,6	20,1	22,3	17,8	15,6
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	-1,6	4,7	3,9	2,0	4,1	2,0	3,0	0,4	2,7	3,8
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	2,6	8,0	13,5	6,1	12,0	13,6	13,2	13,6	13,7	14,2	13,4	12,1	8,0
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	13,0	16,7	19,0	19,8	19,3	19,5	20,5	20,1	18,9	15,5
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	-0,6	7,4	8,3	6,9	8,1	8,0	8,2	7,0	5,4	0,9
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	3,6	10,9	11,2	8,7	11,3	9,5	8,2	9,2	8,6	9,8
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	8,7	15,3	24,1	19,5	25,9	21,0	17,0	25,0	16,4	14,1
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	-1,3	6,6	-0,9	-1,6	-2,4	-1,3	-0,2	-5,5	1,0	5,6
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	5,5	8,7	7,6	2,3	7,0	10,9	9,6	15,0	5,5	9,1	9,0	10,8	12,0
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	10,8	17,8	22,1	19,0	23,3	19,0	21,4	18,9	16,6	18,3
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	-5,8	-3,2	0,3	0,7	7,0	-7,2	-2,5	-0,5	5,1	6,0
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,2	-3,0	-4,0	-6,3	-4,5	-2,2	-4,7	-3,6	-4,2	-2,6	0,3	0,8
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-4,5	-7,3	-4,6	-4,6	-4,2	-4,8	-7,0	-4,2	-2,6	-3,5
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,3	-2,8	-3,5	-5,4	-4,3	0,3	-5,2	-2,4	-1,5	-1,0	3,3	5,0
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,9	16,8	22,6	23,3	24,6	26,4	29,1	26,7	28,5	26,1	30,8	30,5	32,4
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,4	32,2	32,7	38,4	41,0	39,1	39,2	38,0	42,0	42,9	40,7
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	10,7	13,2	14,7	16,7	14,9	17,9	14,9	18,3	14,8	20,1	18,7	24,4
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	5,5	41,0	66,3	65,7	65,7	62,9	63,9	65,7	67,5	55,2
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	14,3	52,1	42,2	22,3	41,9	31,5	29,7	25,0	12,1	1,9

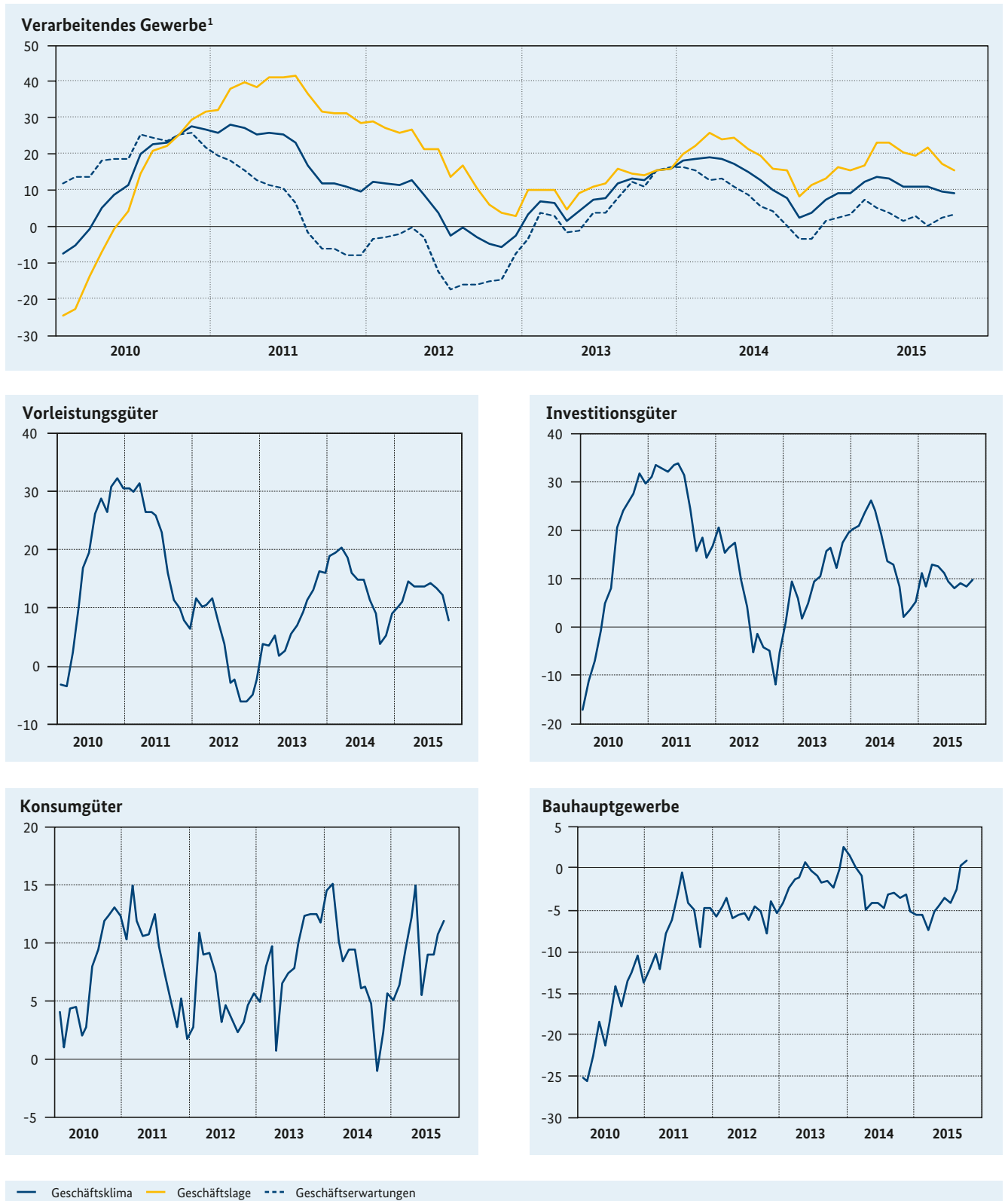
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2013				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	102,3	103,0	103,9	102,3	103,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,0	0,6	0,9	0,1	0,6	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,2
	gg. Vj. in %	1,0	0,6	0,9	-0,7	0,7	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1642	1672	1710	414	417	421	420	424	425	428	435	435	438
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,1	1,8	2,3	0,7	0,7	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	0,0	0,8
	gg. Vj. in %	2,1	1,8	2,3	0,2	1,9	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	3,0	2,9
Einzelhandelsumsätze¹														
		2012	2013	2014	2014			2015			2015			
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Einzelhandel	Index	101,0	101,3	102,8	103,7	105,3	105,1	106,0	104,7	106,5	105,8	105,8	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	-0,1	0,3	1,5	1,2	1,5	-0,2	0,9	-0,7	1,7	-0,7	0,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,5	2,5	2,8	2,6	3,4	1,1	4,3	2,2	3,4	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,6	103,3	104,1	104,6	106,1	103,4	105,0	107,6	105,8	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,3	1,2	0,8	0,5	1,4	-2,1	1,5	2,5	-1,7	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,4	2,2	1,8	1,9	4,0	-0,4	2,7	5,8	3,3	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,1	98,8	99,9	97,3	100,4	101,2	99,3	102,7	102,5	97,4	98,0	-	-
	gg. Vp. In %	-1,5	-0,3	1,1	-3,3	3,2	0,8	-1,9	0,9	-0,2	-5,0	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,3	1,0	-1,2	-2,3	2,7	-1,1	2,2	4,6	-11,0	3,4	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,8	117,5	121,5	126,3	127,5	125,0	128,0	125,4	128,5	126,2	129,4	-	-
	gg. Vp. In %	6,4	1,5	3,4	3,0	1,0	-2,0	2,4	0,7	2,5	-1,8	2,5	-	-
	gg. Vj. in %	6,0	1,5	3,8	7,8	9,5	3,4	4,2	4,5	4,2	5,1	3,2	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,0	100,0	101,8	101,4	-	101,3	100,7	99,1	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	-3,0	-0,7	2,2	1,8	-0,4	-	-1,0	-0,6	-1,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	-0,6	1,1	1,7	3,4	-	2,8	3,5	0,2	-	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	103,3	102,1	104,5	106,1	110,2	111,8	-	111,9	112,3	111,7	-	-	-
	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,4	1,7	3,9	1,5	-	0,0	0,4	-0,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,3	1,1	5,7	8,5	-	8,6	8,2	6,5	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,2	100,8	101,9	103,0	102,0	103,4	-	104,9	104,7	104,7	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	-1,4	1,1	0,6	-1,0	1,4	-	1,8	-0,2	0,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,2	1,8	0,6	2,5	-	4,5	3,3	1,7	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3083	2952	3037	755	758	861	789	314	290	226	272	278	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	2,7	6,4	4,2	6,1	12,9	7,4	6,2	4,8	1,1	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	254	255	311	266	112	103	79	84	95	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-3,6	-1,3	-0,6	-2,5	5,9	-0,2	-2,5	-5,2	-1,0	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	104,1	105,7	106,6	106,7	106,4	107,0	107,1	107,0	107,2	107,2	107,0	107,0	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	0,5	0,0	0,5	0,1	0,3	0,2	0,2	0,0	0,3	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	-0,2	-0,6	1,2	0,8	1,0	0,4	0,8	1,1	1,6	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,1	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-2,3	-4,8	-4,6	-6,4	-4,9	-5,7	-6,7	-7,0	-6,5	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-1,5	-3,4	-1,8	-2,7	-2,0	-1,8	-2,5	-3,9	-3,5	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	0,6	1,8	2,9	-3,9	4,1	5,2	9,9	5,8	4,1	10,8	14,7	10,9	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	0,8	11,8	12,9	20,3	12,9	16,0	19,9	24,9	18,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,2	-2,9	-8,4	-3,4	-2,2	0,0	-1,0	-7,1	2,1	5,0	3,5	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,5	9,3	10,1	10,0	10,2	10,1	10,1	9,9	9,6	9,4
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	39,9	48,7	47,8	57,4	59,3	53,4	58,0	56,0	53,3	50,8	48,3	-

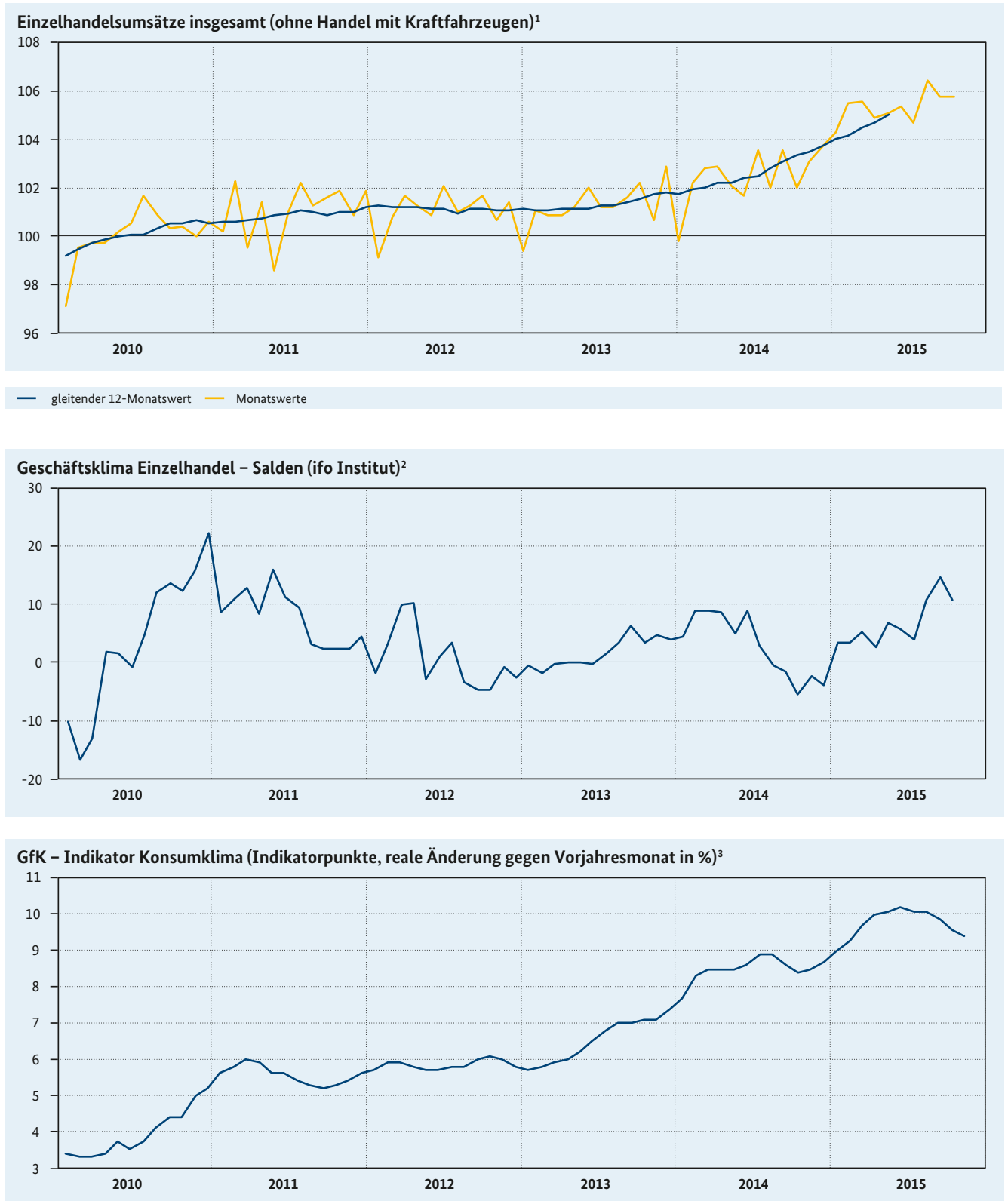
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	185	216	57	60	62	67	20,9	19,8	21,6	24,4	21,8	21,3
	gg. Vp. in %	17,9	-3,7	16,8	-1,5	6,0	3,0	8,2	-1,2	-5,3	8,8	13,0	-10,6	-2,3
Warenhandel	in Mrd. €	201	212	228	61	61	69	66	21,9	23,9	22,9	23,4	21,8	20,9
	gg. Vp. in %	25,3	5,5	7,2	2,8	1,0	12,3	-3,7	4,7	9,0	-4,1	2,4	-7,0	-4,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1074	1083	1118	286	289	299	299	98,8	100,6	99,3	102,3	96,9	99,6
	gg. Vp. in %	4,7	0,9	3,2	1,3	1,1	3,5	0,0	1,0	1,8	-1,3	3,1	-5,3	2,8
Einfuhr	in Mrd. €	872	870	890	225	227	230	233	76,9	76,7	76,4	78,9	75,1	78,7
	gg. Vp. in %	0,8	-0,2	2,2	0,9	1,1	1,1	1,2	0,0	-0,2	-0,4	3,3	-4,8	4,8
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-40	-12	-9	-9	-9	-3,3	-2,9	-3,2	-3,0	-2,9	-3,3
	gg. Vp. in %	9,9	26,8	-9,6	11,2	-25,7	10,1	-3,7	19,4	-11,7	10,2	-7,7	-4,0	15,0
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	53	55	56	58	18,4	18,7	19,1	19,5	19,1	19,1
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	1,3	4,1	2,0	2,7	-2,0	2,0	1,7	2,3	-2,1	-0,1
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	250	64	64	66	67	21,7	21,7	22,3	22,5	22,0	22,4
	gg. Vp. in %	7,6	7,9	1,7	3,0	-1,2	3,1	1,7	0,8	-0,1	2,9	0,8	-2,3	1,9
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	58	67	17	18	16	18	6,2	4,0	5,3	6,7	5,5	5,4
	gg. Vp. in %	-4,9	-13,0	16,3	-3,5	3,3	-13,0	13,5	-5,1	-35,7	33,9	25,0	-17,3	-1,5
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-41	-39	-9	-10	-12	-7	-3,9	-5,1	-3,4	-2,8	-2,7	-1,8
	gg. Vp. in %	13,9	0,4	-5,0	8,8	7,6	25,8	-41,9	10,3	32,4	-32,9	-19,8	-3,3	-32,7

Außenhandel nach Ländern²

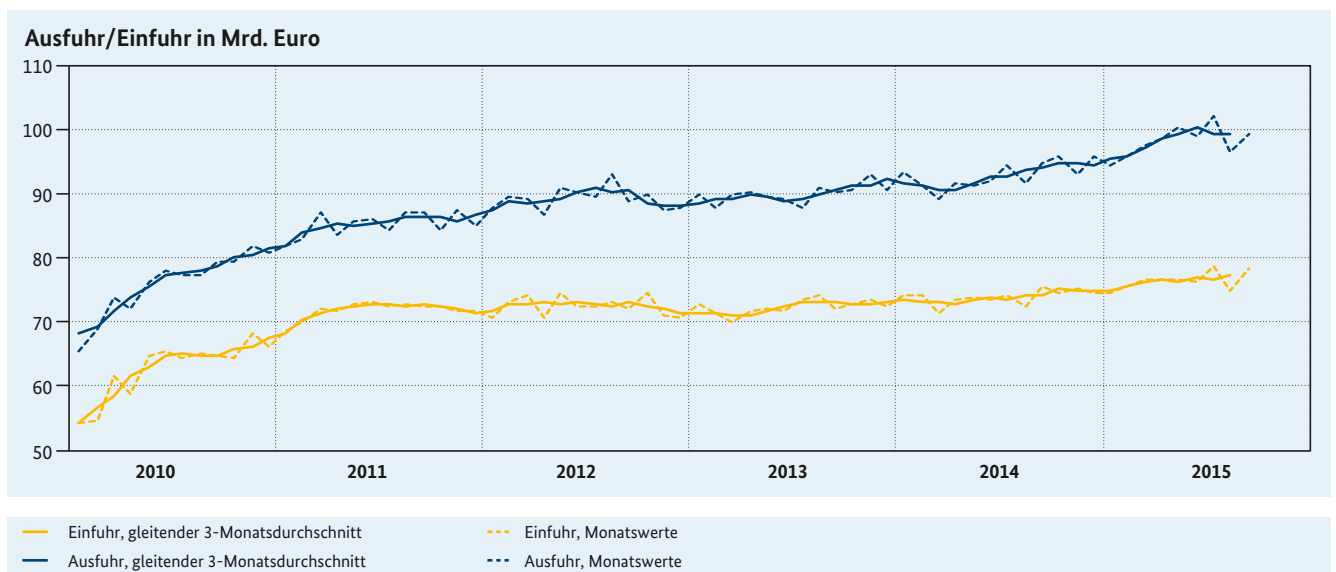
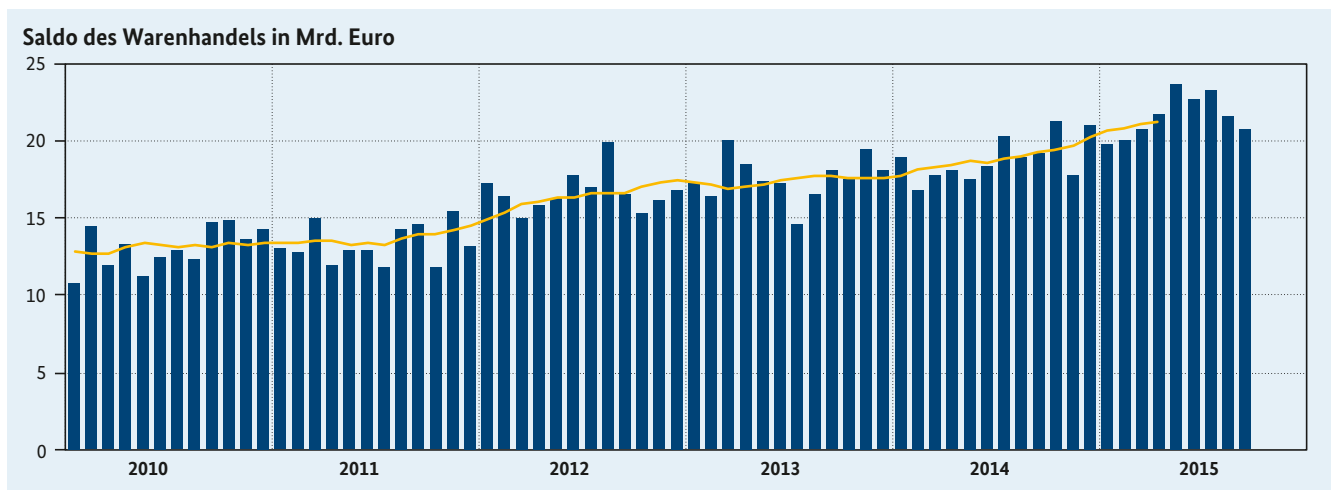
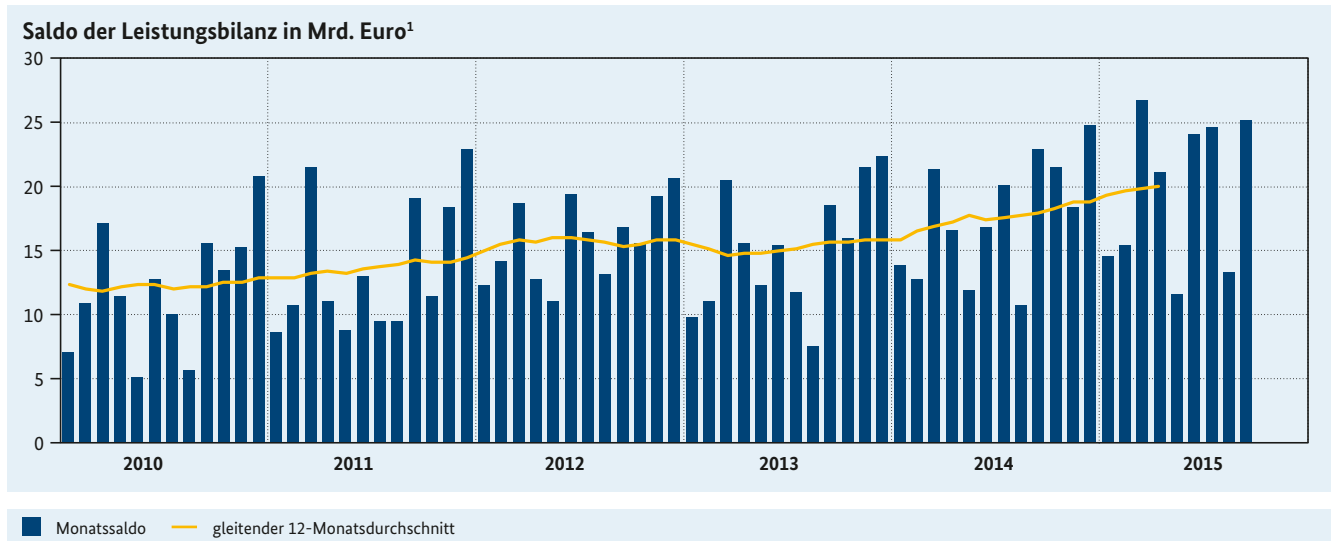
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1093	1088	1124	287	293	302	301	100,4	95,7	105,6	107,2	88,0	105,9
	gg. Vj. in %	3,0	-0,4	3,3	4,7	6,3	9,1	5,8	8,1	5,0	14,0	7,2	5,9	4,4
EU-Länder	in Mrd. €	620	619	649	164	172	175	172	57,1	56,4	61,3	60,5	49,4	62,2
	gg. Vj. in %	-	-0,2	4,8	5,6	6,1	8,7	6,9	5,6	7,3	13,1	7,8	5,2	7,4
Eurozone ¹	in Mrd. €	406	403	411	103	109	111	107	36,3	35,5	38,9	37,8	30,0	38,7
	gg. Vj. in %	-	-0,8	2,0	1,4	3,5	7,4	6,2	3,8	5,7	12,6	7,3	3,9	6,9
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	214	216	238	62	64	64	66	20,8	20,9	22,4	22,7	19,3	23,5
	gg. Vj. in %	-	1,2	10,1	13,3	10,9	11,0	8,1	8,7	10,3	13,9	8,6	7,2	8,4
Drittländer	in Mrd. €	473	469	475	122	121	127	129	43,3	39,3	44,3	46,7	38,7	43,7
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,2	3,6	6,4	9,6	4,5	11,7	1,9	15,3	6,5	7,0	0,3
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	899	890	910	229	235	237	238	78,6	76,3	81,7	82,2	72,7	83,0
	gg. Vj. in %	-0,3	-1,0	2,2	2,4	2,7	4,8	5,1	4,1	3,6	6,7	6,8	4,5	3,9
EU-Länder	in Mrd. €	571	575	595	150	152	156	155	51,9	51,0	53,4	53,7	46,1	55,3
	gg. Vj. in %	-	0,7	3,4	2,4	2,0	4,8	6,4	3,2	6,0	5,3	7,4	5,1	6,6
Eurozone	in Mrd. €	401	401	411	103	105	108	106	35,9	35,0	36,9	37,0	31,4	37,8
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,3	1,1	1,0	4,2	6,0	3,0	5,7	3,9	7,6	3,7	6,3
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	170	174	184	47	47	49	49	16,0	16,0	16,6	16,7	14,8	17,5
	gg. Vj. in %	-	2,3	6,0	5,2	4,3	6,1	7,3	3,6	6,6	8,3	7,0	8,0	7,1
Drittländer	in Mrd. €	328	315	315	79	82	80	83	26,7	25,3	28,3	28,4	26,5	27,6
	gg. Vj. in %	-	-3,9	0,0	2,4	4,0	4,9	2,6	6,1	-1,0	9,6	5,7	3,4	-1,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

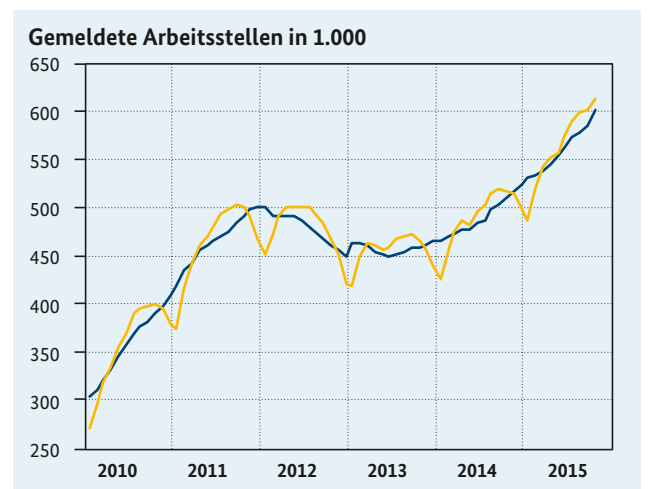
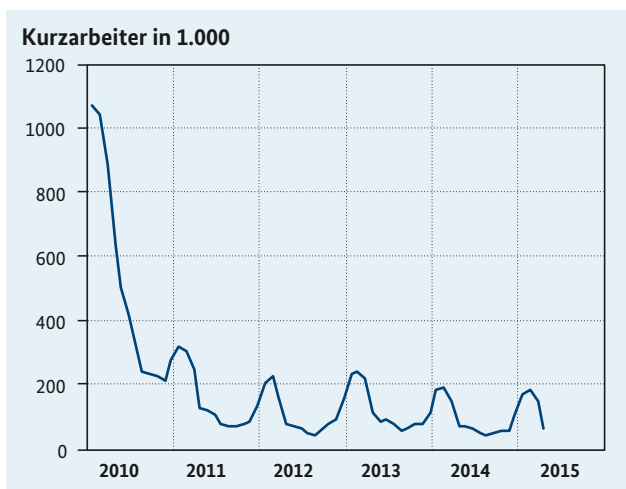
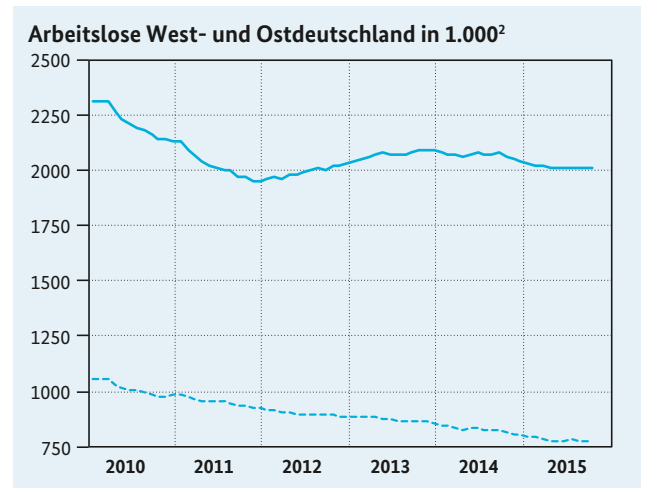
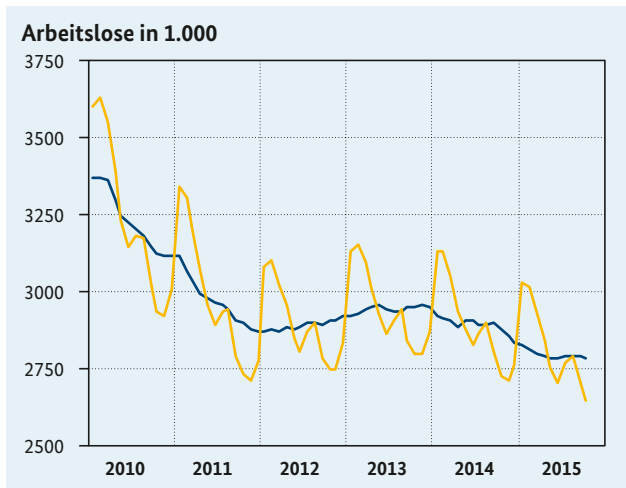
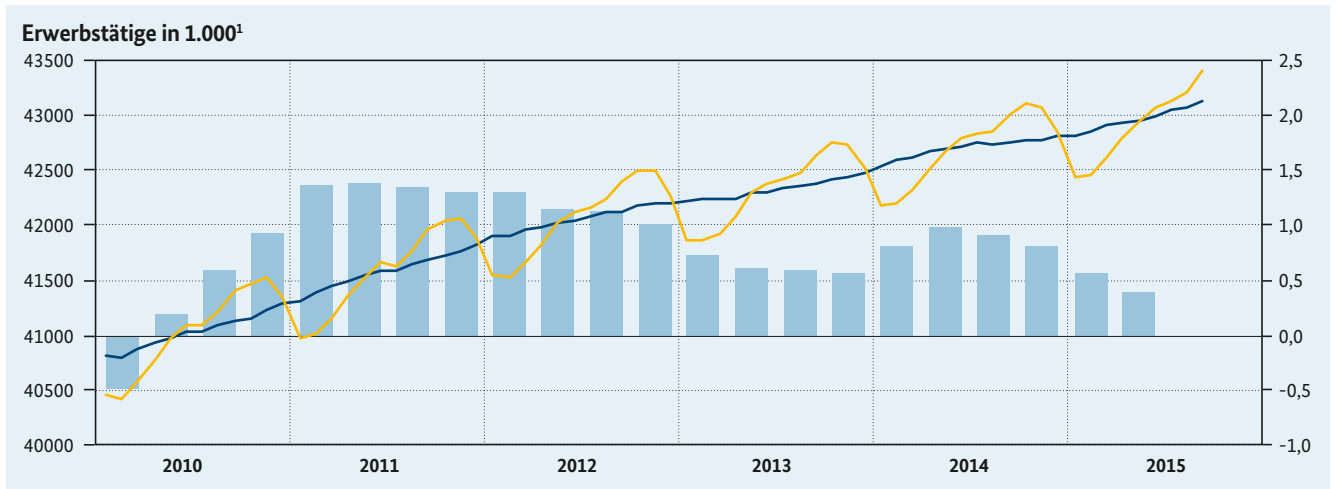
		2012	2013	2014	2014	2015				2015				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42060	42328	42703	43016	42504	42943	43246	42959	43078	43135	43203	43401	-
	gg. Vj. in Tsd.	+483	+268	+375	+349	+279	+276	+343	+275	+283	+302	+346	+381	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30218	30570	30382	30715	-	30723	30777	30753	31003	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+490	+498	+564	+595	-	+598	+603	+631	+691	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2012	2101	1953	1859	1892	1934	1927	1829	1822	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-61	-165	-95	-174	-110	-74	-18	-281	-223	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,8	5,0	4,7	4,4	4,5	4,6	4,6	4,4	4,3	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2738	2993	2772	2759	2762	2711	2773	2796	2708	2649
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-89	-116	-114	-102	-120	-122	-99	-106	-100	-83
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1892	1983	1950	1932	1946	1929	1943	1945	1909	1885
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-44	-49	-36	-19	-43	-36	-20	-23	-14	-11
SGB III	in Tsd.	902	970	933	846	1011	822	827	815	782	830	851	799	764
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-46	-67	-78	-83	-77	-86	-79	-83	-86	-73
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	1970	2137	2003	2013	1995	1969	2019	2042	1979	1930
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-39	-55	-60	-59	-66	-65	-57	-63	-59	-45
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	767	856	769	746	767	742	754	754	729	719
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-50	-61	-54	-42	-54	-56	-42	-43	-41	-39
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,3	6,9	6,3	6,3	6,3	6,2	6,3	6,4	6,2	6,0
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,6	6,1	5,7	5,7	5,6	5,6	5,7	5,8	5,6	5,5
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,1	10,1	9,1	8,9	9,1	8,8	9,0	9,0	8,7	8,6
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	635	679	597	629	543	588	600	645	643	596
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	649	623	670	630	624	638	538	622	731	655
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	46	51	48	-	44	46	35	27	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-14	-8	-8	-	-13	-6	-5	-4	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3648	3854	3630	3558	3627	3560	3583	3579	3510	3476
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-129	-167	-177	-177	-172	-186	-172	-178	-181	-161
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	510	515	560	595	557	572	589	597	600	612
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+55	+63	+73	+83	+75	+78	+87	+81	+81	+95
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+484	+267	+375	+46	+70	+106	+119	+20	+40	+44	+37	+50	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+489	+115	+212	+168	-	+43	+72	+55	+59	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-181	-42	-89	-34	-54	-37	-75	-16	-24	-29	-26	-22	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8	4,7	4,5	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-77	+53	-52	-38	-44	-26	+3	-4	-1	+9	-6	+1	-5
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-12	-19	+1	+11	-1	+8	+7	-5	+8	0
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+66	-37	-25	-26	-27	-8	-3	-8	+1	-1	-7	-5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-25	-25	-13	+3	-5	+2	+4	-3	+3	-2
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-53	-27	-46	-14	-19	-13	+1	+1	-3	+5	-3	-2	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	6,0	5,9	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,5	9,3	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,1
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-47	-52	-50	-31	-8	-18	-6	-11	-10	-4
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+21	+17	+19	+24	+9	+8	+10	+5	+8	+15
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,4	107,6	108,0	108,1	108,2	107,8	107,2	108,4	108,6	109,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,6	100,9	100,8	100,3	100,8	100,1	100,7	100,7	101,0	100,6	100,5
BA-X Stellenindex	Index	166,1	159,2	169,1	177,0	182,3	187,7	194,7	188,0	190,0	192,0	195,0	197,0	202,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

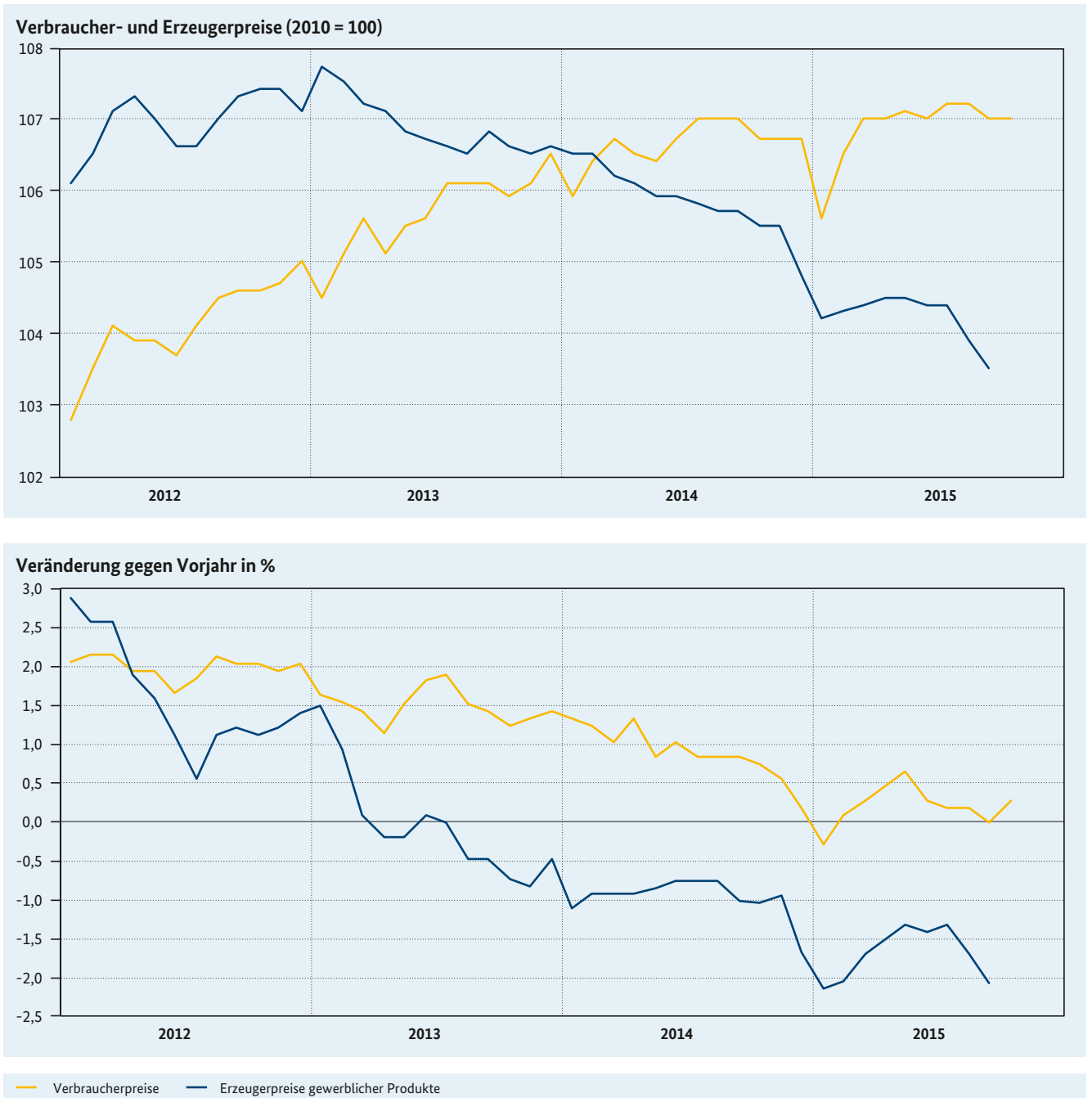
Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015						
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Verbraucherpreise¹															
Insgesamt (Ursprungszahlen)		Index	104,1	105,7	106,6	106,7	106,4	107,0	107,1	107,1	107,0	107,2	107,2	107,0	107,0
		gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,5	+0,1	+0,5	+0,1	+0,7	+0,3	+0,2	+0,2	0,0	+0,3
Waren		Index	105,9	107,7	107,9	107,5	106,4	107,8	106,9	107,9	107,6	107,0	106,7	107,0	107,1
		gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	-0,5	-1,4	-0,4	-1,0	-0,3	-0,5	-0,7	-0,9	-1,3	-0,8
Verbrauchsgüter		Index	109,0	111,5	111,7	110,8	109,7	111,1	110,0	111,3	111,1	110,8	109,9	109,4	109,3
		gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	-0,7	-2,1	-0,9	-1,9	-0,6	-1,0	-1,2	-1,8	-2,4	-2,1
darunter:		Index	105,7	110,4	111,5	110,7	112,0	113,0	111,8	113,2	112,6	111,8	111,5	112,1	112,7
Nahrungsmittel		gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	-0,2	-0,5	+1,2	+0,8	+1,4	+1,0	+0,4	+0,8	+1,1	+1,6
darunter:		Index	115,8	120,6	119,5	117,6	114,4	114,5	112,2	114,8	114,2	113,1	112,0	111,6	111,1
Haushaltsenergie ²		gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-2,2	-4,8	-4,7	-6,5	-4,3	-4,9	-5,7	-6,7	-7,0	-6,5
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer		Index	102,7	104,1	104,8	106,1	104,2	105,8	104,8	105,8	105,0	103,0	104,3	107,2	108,1
		gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,5	+0,2	+0,5	+0,9	+0,4	+0,6	+0,7	+1,2	+0,9	+1,9
Gebrauchsgüter, langlebig		Index	98,0	97,4	96,9	96,7	96,8	97,2	97,3	97,3	97,2	97,1	97,4	97,4	97,7
		gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,5	-0,2	+0,3	+0,4	+0,4	+0,1	0,0	+0,4	+0,7	+1,1
Dienstleistungen		Index	102,4	103,8	105,5	106,0	106,3	106,3	107,3	106,3	106,4	107,4	107,6	107,0	106,9
		gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,5	+1,4	+1,2	+1,1	+1,5	+0,9	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2
darunter:		Index	102,5	103,8	105,4	105,9	106,2	106,5	106,8	106,5	106,6	106,7	106,8	106,9	107,0
Wohnungsmieten		gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1
Insgesamt ohne Energie		Index	102,6	104,2	105,6	106,0	106,2	106,6	107,0	106,6	106,6	106,9	107,1	107,1	107,3
		gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,0	+1,3	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,4
Energie		Index	116,4	118,0	115,5	112,5	107,6	110,4	107,7	110,9	110,4	109,8	107,5	105,7	104,9
		gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-3,8	-7,3	-5,6	-7,6	-5,0	-5,9	-6,2	-7,6	-9,3	-8,6
Insgesamt (saisonbereinigt³)		Index	104,1	105,7	106,6	106,6	106,4	107,1	107,0	107,2	107,1	107,1	107,0	107,0	107,1
		gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,5	0,0	+0,5	+0,1	+0,7	+0,4	+0,2	+0,1	0,0	+0,3
HVPI⁴		Index	113,5	115,3	116,2	116,2	115,8	116,5	116,6	116,6	116,4	116,7	116,7	116,4	116,4
		gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+0,4	-0,1	+0,3	0,0	+0,7	+0,1	+0,1	+0,1	-0,2	+0,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵															
Insgesamt		Index	107,0	106,9	105,8	105,3	104,3	104,5	103,9	104,5	104,4	104,4	103,9	103,5	-
		gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-1,2	-2,0	-1,4	-1,7	-1,3	-1,4	-1,3	-1,7	-2,1	-
Vorleistungsgüter		Index	105,8	104,6	103,5	103,4	102,5	102,9	102,6	103,0	103,0	103,0	102,6	102,2	-
		gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-0,4	-1,2	-0,6	-1,0	-0,5	-0,4	-0,6	-1,0	-1,4	-
Investitionsgüter		Index	102,2	103,0	103,5	103,7	103,9	104,1	104,3	104,1	104,2	104,3	104,3	104,3	-
		gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,6	+0,6	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	+0,8	+0,8	+0,7	-
Konsumgüter		Index	106,3	108,4	109,0	108,1	107,9	108,2	108,2	108,1	108,3	108,2	108,1	108,3	-
		gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	-0,8	-1,2	-1,1	-1,0	-1,1	-1,0	-1,2	-1,2	-0,7	-
Gebrauchsgüter		Index	103,3	104,3	105,7	105,9	106,6	107,0	107,3	107,0	107,1	107,2	107,3	107,3	-
		gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	+1,4	+1,3	-
Verbrauchsgüter		Index	106,8	109,0	109,5	108,4	108,1	108,4	108,3	108,3	108,4	108,3	108,2	108,5	-
		gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	-1,1	-1,5	-1,4	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,0	-
Energie		Index	113,0	112,0	108,5	107,0	104,3	104,1	102,3	104,2	103,8	103,5	102,3	101,2	-
		gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-3,9	-5,5	-4,3	-5,1	-4,1	-4,4	-4,1	-5,0	-6,1	-
Baupreise⁶															
Wohngebäude		Index	105,4	107,5	109,4	109,8	110,6	110,9	111,4	-	-	-	-	-	-
		gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau		Index	106,3	108,9	110,3	110,8	111,1	111,3	111,4	-	-	-	-	-	-
		gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+0,5	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	91,9	69,2	76,7	64,4	78,6	77,2	70,2	61,5	61,5	61,7
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-24,9	-43,1	-38,2	-45,1	-36,5	-38,6	-42,7	-47,6	-45,3	-39,9
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	98,5	92,2	87,6	87,1	86,7	88,3	91,5	86,3	83,4	85,7
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-2,7	-14,7	-25,0	-13,3	-26,8	-21,8	-11,8	-15,2	-12,7	-12,2
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	84,5	76,2	74,2	67,5	75,7	73,4	69,2	66,5	66,7	65,1
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-9,1	-16,4	-17,5	-25,5	-15,6	-17,4	-24,3	-27,3	-24,7	-24,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	92,9	66,2	76,4	62,3	78,6	77,2	68,9	58,9	59,0	59,4
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-28,3	-48,5	-41,8	-49,7	-39,9	-42,3	-47,0	-52,3	-50,1	-44,1
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	102,4	101,5	102,9	100,6	103,0	102,5	101,8	100,3	99,6	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-2,4	-2,9	-0,9	-3,0	-0,8	-1,4	-1,7	-3,1	-4,0	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	111,3	113,6	113,7	111,6	113,6	113,0	111,9	111,2	111,7	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,3	+0,5	+1,3	+0,5	+1,2	+1,4	+1,1	+0,1	+0,3	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	101,5	100,2	101,8	99,4	101,9	101,4	100,8	99,2	98,3	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-2,5	-3,3	-1,2	-3,4	-1,1	-1,8	-2,0	-3,4	-4,7	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	101,6	91,5	95,8	86,4	96,7	94,4	90,9	85,1	83,2	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-11,9	-19,6	-14,1	-20,8	-13,1	-15,7	-17,3	-21,6	-23,7	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	101,5	102,9	103,7	103,5	103,6	103,6	103,9	103,5	103,1	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	+0,7	+2,4	+3,3	+2,5	+3,2	+3,0	+3,2	+2,6	+1,9	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	104,1	104,8	105,4	105,0	105,4	105,3	105,4	104,9	104,6	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	+0,2	+0,8	+1,4	+0,8	+1,4	+1,3	+1,2	+0,8	+0,3	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	101,7	103,3	102,4	104,4	102,3	102,7	103,5	104,6	105,0	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+2,7	+3,9	+2,4	+3,8	+2,2	+2,7	+3,0	+4,0	+4,5	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,25	1,13	1,10	1,11	1,12	1,12	1,10	1,11	1,12	1,12
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	-8,2	-17,7	-19,4	-16,1	-18,8	-17,5	-18,8	-16,3	-13,0	-11,3
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	143,0	134,2	134,1	135,9	134,8	138,7	135,7	137,1	134,9	134,8
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+4,6	-4,7	-4,2	-1,3	-3,6	0,0	-1,5	0,0	-2,6	-1,5
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,79	0,74	0,72	0,72	0,72	0,72	0,71	0,71	0,73	0,73
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-6,1	-10,2	-11,5	-9,6	-11,5	-10,4	-10,9	-10,4	-7,6	-7,1
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	97,7	101,2	101,8	99,0	93,0	91,2	92,7	91,6	92,3	91,3	93,0	93,8	93,6
	gg. Vj. in %	-5,4	+3,6	+0,6	-3,6	-10,1	-11,9	-8,4	-11,6	-10,1	-10,7	-8,4	-6,1	-5,5
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,0	98,2	97,9	94,9	89,2	87,5	88,7	87,9	88,5	87,5	89,0	89,6	89,3
	gg. Vj. in %	-5,2	+3,3	-0,3	-4,4	-10,8	-12,1	-8,8	-11,7	-10,3	-10,9	-8,7	-6,6	-6,0
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,0	98,4	98,6	97,7	95,1	94,5	94,8	94,6	94,7	94,3	94,9	95,1	95,1
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,5	+0,2	-1,4	-4,2	-4,5	-3,6	-4,3	-4,0	-4,4	-3,6	-3,0	-2,6
56 Länder	Index	88,4	90,4	91,1	89,7	86,6	85,5	86,9	85,7	86,2	85,7	87,1	87,8	87,5
	gg. Vj. in %	-3,3	+2,3	+0,8	-1,9	-6,1	-6,8	-4,1	-6,4	-5,6	-5,9	-4,0	-2,5	-2,4

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

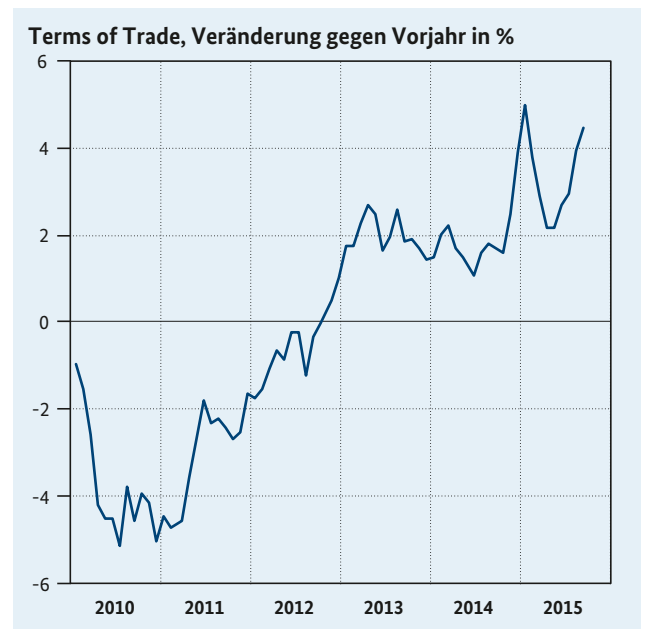
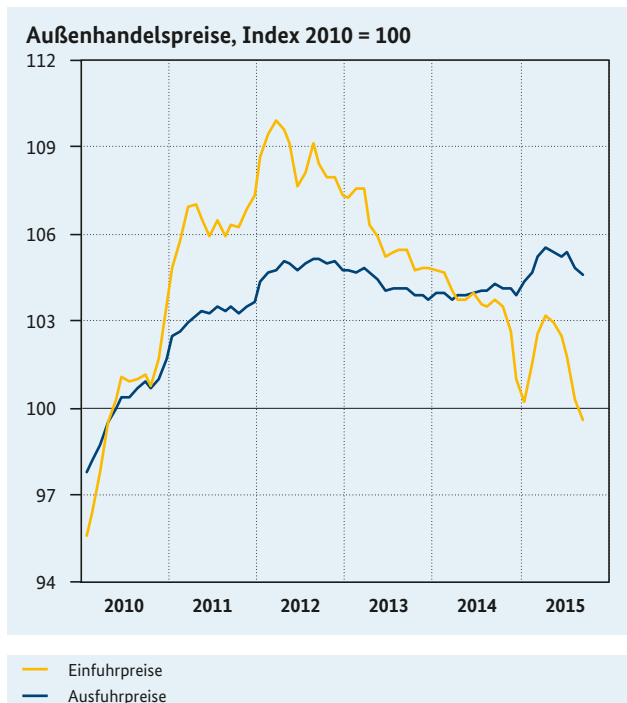
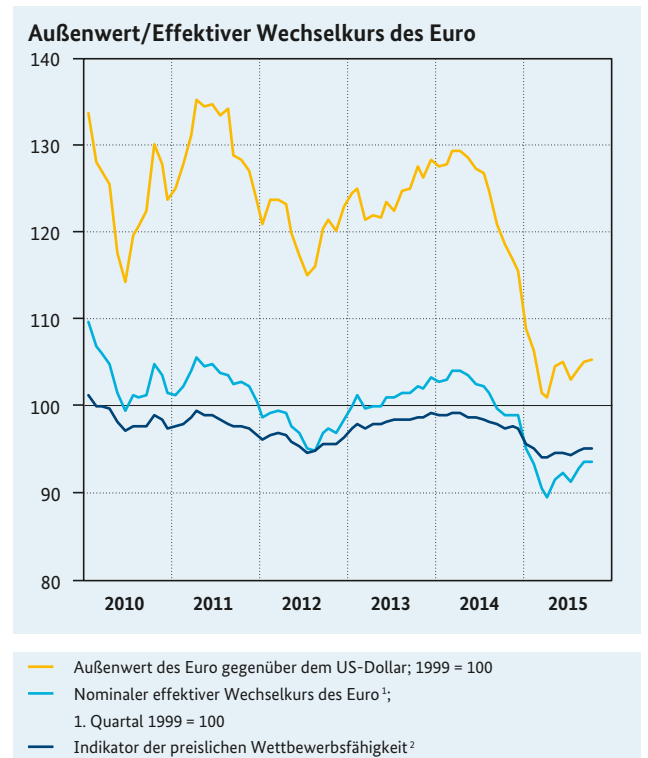
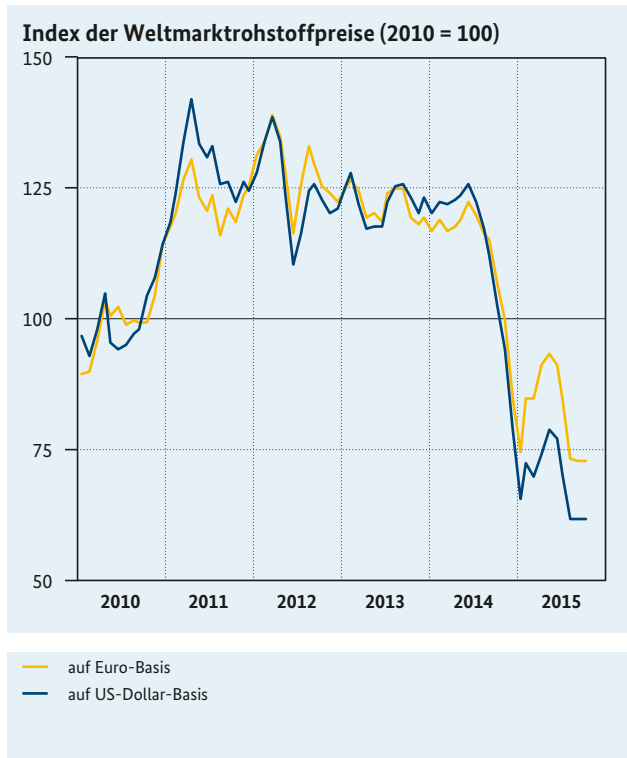
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,04	0,04	-0,05	-0,13	-0,04	-0,06	-0,10	-0,14	-0,15	-0,14
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,08	0,05	-0,01	-0,03	-0,01	-0,01	-0,02	-0,03	-0,04	-0,05
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,18	0,13	0,06	0,04	0,06	0,05	0,05	0,04	0,04	0,02
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,33	0,26	0,17	0,16	0,17	0,16	0,17	0,16	0,15	0,13
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,04	0,01	0,04	0,10	0,03	0,05	0,08	0,11	0,11	0,09
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,02	-0,14	-0,08	-0,09	-0,05	-0,01	-0,06	-0,11	-0,09	-0,15
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,29	0,03	0,17	0,23	0,22	0,35	0,28	0,19	0,22	0,10
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	0,70	0,31	0,49	0,66	0,56	0,79	0,71	0,61	0,65	0,52
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	7,0	9,3	11,1	11,8	11,2	11,7	12,2	11,4	11,7	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	3,2	4,2	5,0	5,2	5,0	5,2	5,4	5,1	5,2	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	3,1	4,2	5,1	5,0	5,0	4,9	5,3	4,8	4,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	3,1	4,3	5,1	-	5,1	5,1	5,1	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-1,3	-0,2	+0,4	+0,9	+0,6	+0,3	+0,9	+1,1	+0,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-0,8	+0,2	+0,7	+0,9	+1,0	+0,8	+1,0	+1,1	+0,7	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+1,0	+1,8	+2,5	+2,1	+2,9	+2,3	+2,2	+3,0	+3,0	+2,7	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,8	+1,5	+1,9	+1,9	+2,3	+1,9	+2,1	+2,2	+2,3	+2,3	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	+0,1	-0,5	-1,2	-0,9	-1,1	-1,1	-0,7	-0,9	-1,0	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-1,6	+0,7	-1,4	-0,9	-1,2	-1,6	-1,7	-0,8	-0,3	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+2,1	+1,1	-2,6	-3,0	-2,0	-2,4	-2,7	-3,1	-3,2	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	0,0	-1,1	-0,9	-0,4	-0,9	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,4	+1,6	+1,9	+2,3	+2,0	+2,0	+2,2	+2,3	+2,4	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,5	+3,0	+3,2	+3,6	+3,2	+3,4	+3,6	+3,5	+3,7	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9433	10962	11598	10686	11602	11236	11288	10818	9953	10222
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	-1,3	+16,2	+5,8	-7,9	-3,0	-3,2	+0,5	-4,2	-8,0	+2,7
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3106	3438	3624	3385	3618	3522	3545	3444	3165	3275
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	-2,1	+10,7	+5,4	-6,6	-3,1	-2,7	+0,7	-2,8	-8,1	+3,5
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	2013	2064	2102	2026	2113	2099	2093	2040	1943	2025
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+1,9	+2,5	+1,8	-3,6	+0,9	-0,6	-0,3	-2,6	-4,7	+4,2
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	16694	18173	20032	19422	19911	20404	20385	19919	17961	18377
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+7,3	+8,9	+10,2	-3,0	+0,7	+2,5	-0,1	-2,3	-9,8	+2,3

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

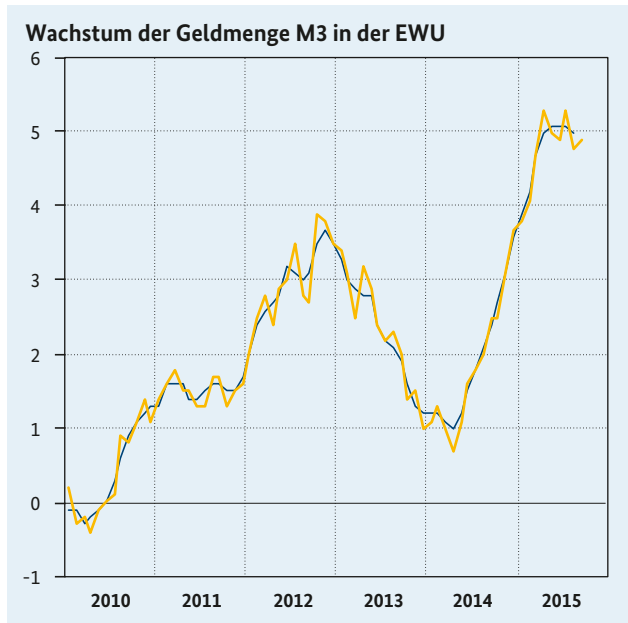
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

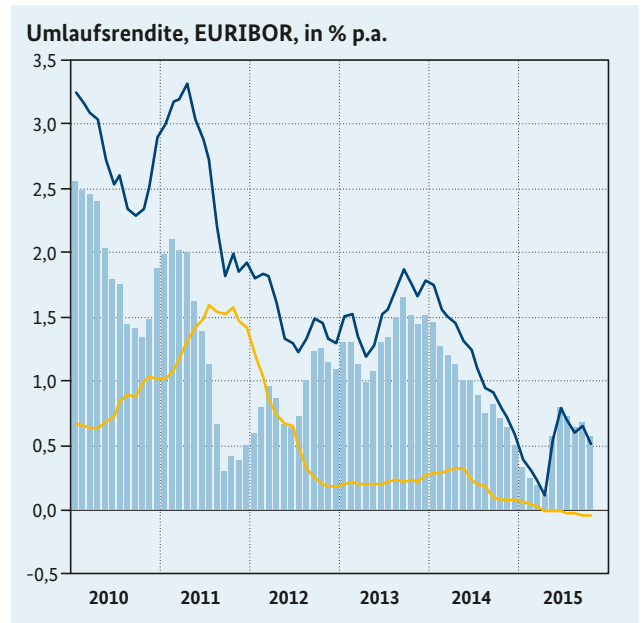
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

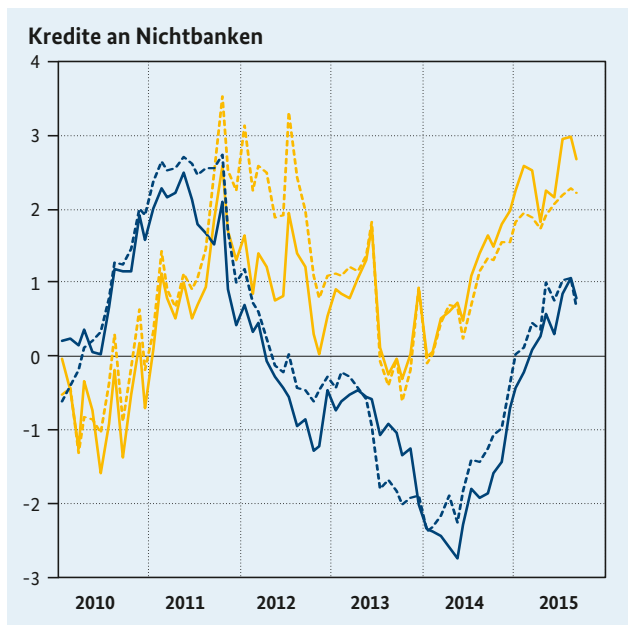
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



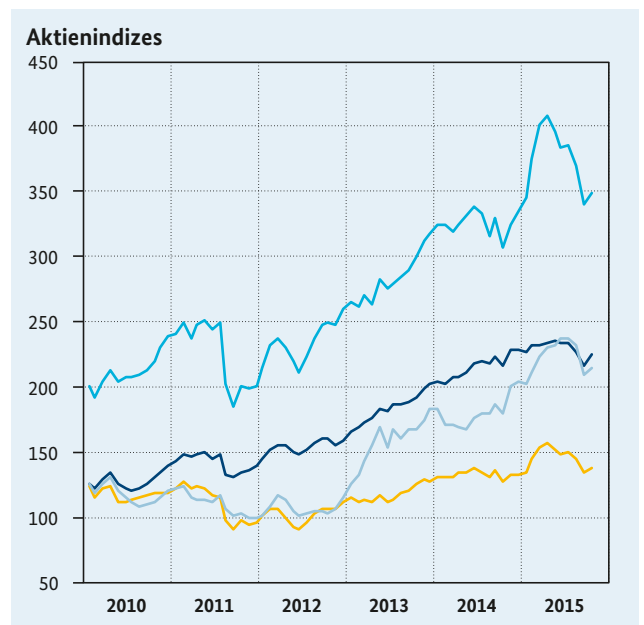
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Alfred Garloff
(Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen!)

Dr. Martin Meurers, Dagmar Weinberg und Nadine Herzum
(Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz)

Dr. Felicitas Hoch
(Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen)

Andreas Hartl
(Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung)

Ruth Lochte
(Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen

Ausgabe	Fachartikel
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig
Oktober 2015	Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017
November 2015	Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
